

**Landeskommission
Berlin
gegen Gewalt**

**Berliner Forum
Gewaltprävention**

**THEMENSCHWERPUNKT:
Rechtsextremismus, Fremdenfeindlich-
keit und Antisemitismus**

**Dokumentation der Fachtagung „Engagement er-
wünscht! Konsequenzen aus Berliner Bezirksstudien
und Lokalen Aktionsplänen für Demokratie und
Toleranz“ am 23. 11. 2004**

Nr.20

Impressum:

Berliner Forum Gewaltprävention

Das BFG erscheint unregelmäßig.

Es wendet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Institutionen, Verwaltungen, Verbänden und an die interessierte Öffentlichkeit als Forum zur Diskussion und Information über Prävention.

Herausgeber:

Landeskommission Berlin gegen Gewalt

c/o Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Beuthstr. 6-8, 10117 Berlin - Mitte
 Telefon: (030) 9026 – 5253, Telefax:(030) 9026 – 5003, E-Mail: Manuela.Bohlemann@SenBJS.Verwalt-Berlin.de

Internet:

www.berlin-gegen-gewalt.de

Redaktion:

Stephan Voß

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder.

Nachdrucke sind nur mit Quellenangabe gestattet und bedürfen der Zustimmung der Autorin oder des Autors.

ISSN 1617 - 0253

V.i.S.d.P.:

Stephan Voß

Nr. 20,

2005, 6. Jahrgang,

Druckauflage:

2000 Exemplare

Druck:

JVA Berlin



Programm der Fachtagung am 23.11.04	2
Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Die Bedeutung von Initiativen in kommunalen Sozialräumen	5
Dierk Borstel Die Bezirksstudien und Lokalen Aktionspläne: Ansatz, Durchführung, Ergebnisse und Schlussfolgerungen	21
Sabine Behn Von der Analyse zur Umsetzung. Beteiligung und Kooperation von Nichtregierungsorganisationen und Behörden	28
Ingo Siebert Kooperation zwischen den Bezirken. Bearbeitung bezirksübergreifender Problemlagen und Austausch von Know How	38
Sanem Kleff Die Analyse und Lokalen Aktionspläne – Strategien gegen demokratiefeindliche Phänomene in der Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung	44
Andreas Germershausen Die Analysen – Konsequenzen für die Landespolitik	47
Bianca Klose Analyse der rechtsextremen Strukturen und Entwicklungen in Lichtenberg, Pankow und Treptow - Köpenick - den Schwerpunktbezirken der MBR	49
<i>Carl Chung</i> Hasskulturen und Desintegration als Herausforderung - Thesen zum politischen Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Minderheitenfeindlichkeit	53
Michael Rump – Räuber Standpunktepädagog/innen gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus	58
Ergebnisse aus den Foren	62
Abschlussdiskussion Engagement fördern! Welche Strategien sind im Umgang mit Rechtsextremismus erfolgreich?	68
Autor/innen	88
Bestellcoupon	93



Engagement erwünscht!

Konsequenzen aus Berliner Bezirksstudien und Lokalen Aktionsplänen für Demokratie und Toleranz - gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Fachtagung am 23. November 2004 in der Friedrich - Ebert - Stiftung

- Wie können öffentliche Institutionen und Nichtregierungsorganisationen Phänomenen wie Rechtsextremismus, Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Islamismus wirksam begegnen?
- Welche Strategien sind erfolgreich?
- Sind die Initiativen ausreichend vernetzt?
- Funktioniert die Zusammenarbeit mit den Verwaltungen?
- Wie kann zivilgesellschaftliches Engagement stärker gefördert werden?

Diese Fragen wollen wir am 23. November 2004 mit Ihnen diskutieren. Ausgangspunkt hierfür bilden fünf Bezirksstudien und zwei bereits in der Phase ihrer Umsetzung befindliche Lokale Aktionspläne, die jeweils ein differenziertes Bild von Erscheinungsformen und Ausprägungen demokratiegefährdender Phänomene in Berliner Bezirken vermitteln und auch Gegenstrategien aufzeigen.

Ziel der Tagung ist es festzustellen, ob sich aus den Analysen verallgemeinerbare Konsequenzen für zivilgesellschaftliches und staatliches Handeln vor Ort ableiten lassen sowie eine erste Bewertung darüber vorzunehmen, inwieweit die im Auftrag des Beauftragten des Senats für Integration und Migration, der Landeskommission Berlin gegen Gewalt und verschiedener Bezirke vom Zentrum Demokratische Kultur (ZDK) erstellten Bezirksstudien und Lokalen Aktionspläne ein geeignetes Instrument zur Stärkung der Demokratie darstellen. Unter anderem wird die in diesem Zusammenhang entscheidende Rolle kommunalen Handelns Gegenstand der Diskussion in den Foren und auch in der Abschlussrunde sein, an der neben Vertretern/innen von Wissenschaft, Praxis und Medien drei Bezirksbürgermeister teilnehmen.

Wir laden Sie herzlich ein!

Thomas Härtel, Günter Piening, Ursula Koch - Laugwitz

Programm

- 9.00 **Begrüßung**
Ursula Koch-Laugwitz
Friedrich-Ebert-Stiftung
- 9.15 **Vortrag und Diskussion**
Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit,
Rassismus und Antisemitismus. Die Bedeutung von Initiativen in kommunalen Sozialräumen
Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer, Universität Bielefeld
- 10.15 **Vortrag und Diskussion**
Die Bezirksstudien und Lokalen Aktionspläne:
Ansatz, Durchführung, Ergebnisse und Schlussfolgerungen
Dierk Borstel, Zentrum Demokratische Kultur (ZDK)
- 11.00 Kaffeepause

11.15 – 13.15 **Diskussion in Foren**

Forum 1

Von der Analyse zur Umsetzung. Beteiligung und Kooperation von Nichtregierungsorganisationen und Behörden

Moderation: Sabine Behn, Camino gGmbH

Forum 2

Kooperation zwischen den Bezirken. Bearbeitung bezirksübergreifender Problemlagen und Austausch von Know How

Moderation: Ingo Siebert, Camino gGmbH

Forum 3

Evaluation - Denn wir wissen, was wir tun. Wie können wir den Erfolg der Umsetzung selbst evaluieren?

Moderation: Prof. Dr. Birgit Rommelspacher, Alice-Salomon-Fachhochschule Berlin

Forum 4

Die Analysen und Lokalen Aktionspläne - Strategien gegen demokratiefeindliche Phänomene in der Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung

Moderation: Sanem Kleff, GEW

Forum 5

Die Analysen - Konsequenzen für die Landespolitik

Moderation: Andreas Germershausen, Stab des Beauftragten für Integration und Migration

Forum 6

Strategien gegen Rechtsextremismus in der Schule - Bündnispartner der Schule

Moderation: Michael Rump - Räuber, Landesinstitut für Schule und Medien

13.15 Mittagspause

14.15 **Präsentation der Ergebnisse der Foren**

Moderation: Dr. Michael Kohlstruck

Zentrum für Antisemitismusforschung Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus

15.00 Kaffeepause

15.15 **Abschlussdiskussion**

Engagement fördern! Welche Strategien sind im Umgang mit Rechtsextremismus erfolgreich?

Es diskutieren Verantwortliche aus Politik und Verwaltung

Thomas Härtel, Vorsitzender der Landeskommision Berlin gegen Gewalt, Staatssekretär für Bildung, Jugend und Sport

Günter Piening, Beauftragter des Senats für Integration und Migration

Burkhard Kleinert, Bürgermeister von Pankow

Dr. Klaus Ulbricht, Bürgermeister von Treptow- Köpenick

Joachim Zeller, Bürgermeister von Mitte

mit Expertinnen und Experten aus Praxis, Wissenschaft und Medien

Dierk Borstel

Heide Determann, Stiftung SPI - Ostkreuz, Netzwerke gegen Rechts

Frank Jansen, Journalist
Bianca Klose, Mobiles Beratungsteam gegen Rechtsextremismus in Berlin
Prof. Dr. Birgit Rommelspacher

Moderation: Dr. Matthias Franck, Journalist

16.45 Ende der Veranstaltung

GEWALT
BERLIN GEGEN
GEWALT

Wilhelm Heitmeyer

Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus 2002, 2003 und 2004

(Leicht gekürzte Fassung aus Heitmeyer; W. (Hg.): Deutsche Zustände, Folge 3, Suhrkamp Verlag Frankfurt, 2005, S. 13-34)

1. In welcher Normalität leben wir?

Die humane Qualität einer Gesellschaft erkennt man nicht an Ethikdebatten in Feuilletons meinungsbildender Printmedien oder in Talkshows, sondern am Umgang mit schwachen Gruppen. Dieser kann sich in vielen Facetten ausdrücken: Ökonomische Umverteilungen von unten nach oben, Entfernungen aus dem öffentlichen „Verkaufsraum“, Generalverdächtigungen gegenüber den Lebensstilen oder religiösen Überzeugungen ganzer Gruppen sind nur einige Varianten. Zum Teil werden Gruppen gegen andere instrumentalisiert oder als Bedrohungspotential auf die öffentliche Tagesordnung gehoben. Eine andere Variante besteht darin, die Situation schwacher Gruppen gar nicht erst zu thematisieren, sie also aus der öffentlichen Wahrnehmung und Diskussion auszuschließen, zu vergessen, mithin sie nicht anzuerkennen, um nicht über Verbesserungen ihrer Lage nachdenken zu müssen. Klammheimlich kann dazu auch die „Schuldumkehr“ eingesetzt werden, womit die Ursachen für Abwertungen – quasi gesellschaftsentlastend – den Gruppen selbst zugeschrieben werden. Zugleich ist ihre Existenz latent im kollektiven Bewusstsein der Gesellschaft wach zu halten, gleichsam als Disziplinierungsinstrument für die restliche Bevölkerung, mit der unausgesprochenen Warnung, nicht „abzuweichen“. Das ist – nur scheinbar paradoxerweise – zur Sicherung von Stabilität umso nötiger, desto mehr eine Entwicklung von einer Konsens- zu einer Konfliktgesellschaft fortschreitet. Dies ist besonders dann riskant, wenn Solidargemeinschaften von starken Gruppen aufgekündigt werden, so dass Spaltungstendenzen und Ungleichheiten zunehmen und soziale Status- und Abstiegsängste grassieren.

Hinter allen diesen Erscheinungsweisen, Instrumentalisierungen und Entwicklungen lagert eines der zentralen Probleme auch dieser Gesellschaft: Die Aufrechterhaltung oder gar Verstärkung der Ungleichwertigkeit von Gruppen und den ihnen angehörenden Menschen sowie die Auflösung von Grenzen zur Sicherung ihrer physischen und psychischen Integrität, die ihnen ein Leben in Anerkennung und möglichst frei von Angst ermöglichen. Daher geht es immer wieder um die Frage, wie Menschen unterschiedlicher sozialer, religiöser und ethnischer Herkunft mit ihren verschiedenen Lebensstilen in dieser Gesellschaft leben, Anerkennung erfahren oder aber sich feindseligen Mentalitäten ausgesetzt sehen. Dabei sind wir mit einer bemerkenswerten Ungleichzeitigkeit konfrontiert. Auf der einen Seite werden politisch durchaus Anstrengungen etwa zur rechtlichen Gleichstellung bzw. Anti - Diskriminierung unternommen. Auf der anderen Seite sind offenkundig deren Effekte nicht hinreichend für eine bedeutsame Veränderung von Einstellungen in der Bevölkerung und für das Zusammenleben von Gruppen.

2. Das Konzept der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit. Phänomene, Erklärungen und die Entwicklungen über die Zeit

Das Konzept der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* (GMF), dessen empirische Umsetzung einen Beitrag zur kritischen Spiegelung der gesellschaftlichen Zustände leisten will, bezieht sich auf *Phänomene*, ihre *Erklärungen* und die *Veränderungen* über die Zeit. In 2002 waren die ersten beiden Aspekte zentral, der dritte kam 2003 erstmals hinzu und wird nun in 2004 fortgeschrieben.

Menschenfeindlichkeit zielt nicht auf ein Feindschaftsverhältnis zu einzelnen Personen, sondern bezieht sich auf Gruppen. Werden Personen aufgrund ihrer gewählten oder zugewiesenen Gruppenzugehörigkeit als ungleichwertig markiert und feindseligen Mentalitäten der Abwertung und Ausgrenzung ausgesetzt, dann sprechen wir von *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit*. Hierdurch wird die Würde der betroffenen Menschen antastbar und kann zerstört werden. Das besondere Kennzeichen dieses Begriffs ist seine Spannweite. Sie ergibt sich aus dem Phänomen selbst, denn nicht nur Personen fremder Herkunft sind mit Feindseligkeiten und Gewalt konfrontiert, wenn sie bestimmten Gruppen zugeordnet werden, sondern auch Menschen gleicher Herkunft, deren Verhaltensweisen oder Lebensstile in der Bevölkerung als „abweichend“ von einer als beruhigend empfundenen Normalität interpretiert werden. In unsere Konzeption (vgl. ausführlicher Heitmeyer 2002, 20f.) sind bisher sieben Elemente eingegangen, in denen sich die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* in Deutschland zeigt (1).

- *Rassismus* umfasst jene Einstellungen und Verhaltensweisen, die Abwertungen auf der Grundlage einer konstruierten „natürlichen“ Höherwertigkeit der Eigengruppe vornehmen.
- *Fremdenfeindlichkeit* ist auf bedrohlich wahrgenommene kulturelle Differenz und materielle Konkurrenz um knappe Ressourcen bezogen.
- *Antisemitismus* ist als feindselige Mentalität auf die jüdische Gruppe und ihre Symbole gerichtet.
- *Heterophobie* erfasst die Abwertung und Abwehr von Gruppenangehörigen, die wie Homosexuelle, Obdachlose und Behinderte, von der Normalität „abweichende“ Verhaltensweisen und Lebensstile aufweisen.
- *Islamophobie* bezeichnet die Bedrohungsgefühle und die ablehnenden Einstellungen gegenüber der Gruppe der Muslime, ihrer Kultur und ihren öffentlich - politischen wie religiösen Aktivitäten.
- *Etabliertenvorrechte* umfassen die von Alteingesessenen, gleich welcher Herkunft, beanspruchten raum - zeitlichen Vorrangstellungen, die auf eine Unterminierung gleicher Rechte hinauslaufen und somit die Gleichwertigkeit unterschiedlicher Gruppen verletzen.
- *Sexismus* betont die Unterschiede zwischen den Geschlechtern im Sinne einer Demonstration der Überlegenheit des Mannes und fixierter Rollenzuweisungen an Frauen. Sexismus ist ein Sonderfall, weil es hierbei nicht, wie bei den anderen Gruppen, um die Ungleichwertigkeit einer zahlenmäßigen Minderheit, sondern einer Mehrheit der Bevölkerung geht.

Da *Ungleichwertigkeit* den gemeinsamen Kern aller Elemente ausmacht, sprechen wir von einem *Syndrom*, das wir in 2002 erstmals nachweisen konnten (vgl. Heitmeyer 2002, 23). Diese Analyse erfolgte auf der Basis solcher Operationalisierungen, die Mentalitäten erfassen sollen, die sowohl als Vorformen als auch Legitimationen von zerstörerischer Brutalität dienen können. Dieser Weg wurde gewählt, weil *manifeste* Menschenfeindlichkeit, die sich im zerstörerischen Handeln zeigt, vielfach mit *latenter* Menschenfeindlichkeit in Einstellungen und Verhaltensbereitschaften beginnt – ohne dass bekanntlich ein Automatismus besteht. Vielfältige Einflüsse sind dazwischengeschaltet: das regionale oder gesellschaftliche Klima, die sozialen Lagen, die persönliche Risikobereitschaft, die zur Verfügung stehenden Opfer, die erwartbare Sanktionswahrscheinlichkeit oder der stützende soziale Bezugscontext, um nur einige wichtige Faktoren zu nennen.

Die Analysen in Teil II (Deutsche Zustände, Folge 3, 2005 d. Redaktion) orientieren sich an einem Untersuchungskonzept zur *Erklärung* des Syndroms der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit*, das sich aus vier Komplexen zusammensetzt. Es sind erstens *objektive Kontextbedingungen* wie Arbeitslosenquoten bzw. Ausländeranteile in den Regionen; zweitens werden *theoretische Konzepte* wie z.B. Soziale Desintegration, relative Deprivation, Anomie und Autoritarismus herangezogen.

Drittens werden *moderierende Elemente* berücksichtigt, die zwischen den Faktoren vermitteln, also Zusammenhänge verstärken oder abschwächen, wie z.B. Kontakte mit Ausländern. Zusätzlich werden *Verhaltensintentionen* wie Diskriminierungs- und Gewaltbereitschaft betrachtet (...).

In 2004 wurde aufgrund der in 2003 sichtbar gewordenen negativen Trends in der Wahrnehmung und Beurteilung gesellschaftlicher Entwicklungen und der eigenen sozialen Lage der Befragten eine besondere Aufmerksamkeit den Folgen sozialer Spaltungen für die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* gewidmet (...). Dies betrifft auch den in 2002 und 2003 auffälligen Befund höherer Werte von Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Islamophobie bei Frauen (...). Ihren Ursachen wird ebenso nachgegangen wie der Funktion des sozialen Bezugskontextes (...). Die Bedeutung von Kontakten für die Reduzierung *Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit* wird im Zusammenhang mit der Ausländerquote analysiert (...). Gefragt wird ferner, wie sich Menschen von der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* durch Schuldzuweisung entlasten (...). Schließlich sind infolge der politischen Debatten die Zusammenhänge zwischen Antisemitismus und Israelkritik untersucht worden (...).

Insgesamt sind vier zentrale Fragen zur *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* ständig neu zu stellen:

- Sind *Zusammenhänge* zwischen den verschiedenen Elementen der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* auffindbar? Existiert das ermittelte Syndrom weiterhin?
- In welchem *Ausmaß* wird die Würde schwacher Gruppen durch abwertende wie ausgrenzende Einstellungen und diskriminierendes wie gewalttätiges Verhalten in Frage gestellt?
- Welche *Erklärungen* lassen sich dafür finden, dass sich feindselige Mentalitäten und Verhaltensweisen gegenüber diesen Gruppen entwickeln, verfestigen und ausbreiten?
- Wo werden *Veränderungen* in den Ausmaßen und Zusammenhängen im *Zeitverlauf* erkennbar?

Diesen Fragestellungen wird aus verschiedenen Perspektiven nachgegangen.

3. Empirische Ergebnisse

In der Regel werden Analysen zum zivilen Zustand dieser Gesellschaft aufgrund einmalig erfasster Daten durchgeführt. Der Ansatz dieses Projektes geht darüber hinaus, indem jährlich neue Daten erhoben werden. Die Kernfragestellungen bleiben gleich, um Verlaufsformen zu zeichnen. Zugleich wird aber auch auf gesellschaftliche Veränderungen und politische Debatten reagiert. In der Berichterstattung für 2004 wird dementsprechend vergleichend auf Ergebnisse aus 2002 und 2003 zurückgegriffen. Es wird also erste Hinweise auf Trends geben.

Die Ergebnisse in diesem Jahr (...) basieren auf einer im Juni 2004 durchgeführten Befragung von 2.656 repräsentativ ausgewählten Personen der deutschsprachigen Bevölkerung (2).

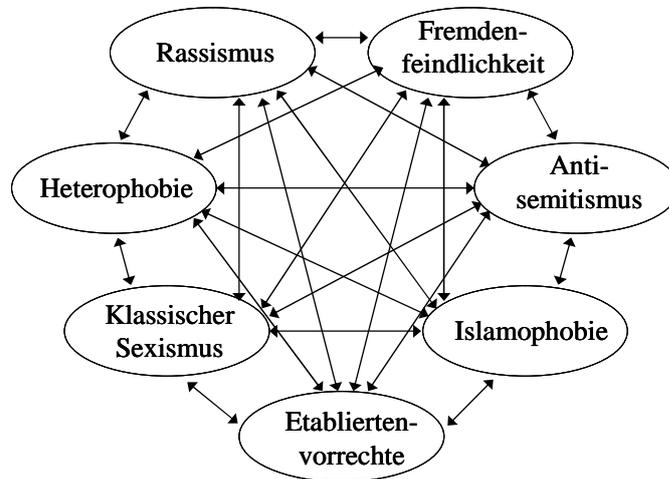
3.1 Das Syndrom

Die Analysen zu den Elementen der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* zeigen, dass sich auch in diesem Jahr ein *Syndrom* bestätigen lässt. Das Syndrom wurde erstmals in 2002 ermittelt und bereits in 2003 repliziert. Die Befunde in 2004 unterstreichen die These, dass es sich bei der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* um ein theoretisches Konstrukt mit dem gemeinsamen Kern der *Ungleichwertigkeit* handelt. So belegen die empirischen Ergebnisse, dass die einzelnen Elemente nicht unabhängig voneinander ausgeprägt sind. Es lässt sich daher folgern, dass feindselige Einstellungen nicht nur gegen eine, sondern vielfach gegen mehrere Gruppen gerichtet sein können. Trotz des gemeinsamen Kerns des Syndroms ist zu beachten, dass die Zusammenhänge nach wie vor unterschiedlich eng ausfallen.

Beispielsweise sind die Korrelationen zwischen Fremdenfeindlichkeit und Etabliertenvorrechten stärker als zwischen Heterophobie und Rassismus.

Die Graphik (vgl. Abb. 1) bildet das Syndrom *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* ab und die Tabelle 1 dokumentiert die Stärke der Zusammenhänge der Einzelelemente für Ost- und Westdeutschland.

Abb. 1: Konstrukte des Syndroms (3) *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit*



Tab. 1: Korrelationen (4) zwischen den Konstrukten des Syndroms in 2004

	Rassismus	Etablierten- vorrechte	Fremdenfeind- lichkeit	Antisemi- tismus	Islamophobie	Heterophobie	Klassischer Sexismus
Rassismus	-	.61	.56	.38	.67	.40	.61
Etablierten- vorrechte	.64	-	.64	.54	.70	.48	.43
Fremden- feindlichkeit	.58	.79	-	.53	.86	.52	.42
Antisemi- tismus	.28	.41	.36	-	.61	.49	.40
Islamo- phobie	.63	.77	.91	.40	-	.63	.56
Hetero- phobie	.48	.56	.51	.27	.46	-	.48
Klassischer Sexismus	.51	.53	.46	.37	.53	.32	-

(Westdeutschland: unterhalb der Diagonalen, Ostdeutschland: oberhalb der Diagonalen)

Verglichen mit 2003 zeigt sich 2004 eine weitgehende Stabilität. Wenn es Änderungen gibt, dann eher Anstiege der Korrelationen als Rückgänge. Das kann als eine *Verfestigung* des Syndroms interpretiert werden. Dieses Ergebnis erhöht das Gewicht unserer These, nach der ein solches Syndrom umso problematischer für das gesellschaftliche Klima und die Qualität des Zusammenlebens ist, desto eher potentielle Mobilisierer gegen schwache Gruppen an den verschiedenen Elementen des Syndroms ansetzen können.

3.2 Ausmaße und Veränderungen

Die Konstrukte des Syndroms wurden über Indikatoren (5) gebildet, die in Tabelle 2 aufgelistet sind. Die Modellbildung basiert auf einer reduzierten Anzahl von Aussagen zu jedem Konstrukt (6). In die weiteren Analysen mit dem Syndrom (...) gehen nur die aufgeführten einzelnen Aussagen ein, während bei deskriptiven Darstellungen auch weitere Items zu den unterschiedlichen Elementen von Menschenfeindlichkeit berücksichtigt werden.

Betrachtet man die Verteilung bei den Einzelitems (7) (vgl. Tab. 2), dann zeigt der Vergleich das generelle Ergebnis, dass die Abwertungen insgesamt zwischen 2003 und 2004 weniger stark zugenommen haben als zwischen 2002 und 2003. Die Verläufe sind zudem nicht einheitlich negativ oder positiv, wie sich auch aus Abbildung 2 ersehen lässt.

Auffällig für die Fremdenfeindlichkeit sind inzwischen jene 60 %, die der Auffassung sind, dass zu viele Ausländer in Deutschland leben. Und der Forderung, dass Ausländer wieder in ihre Heimat zurückgeschickt werden sollen, wenn die Arbeitsplätze knapp werden, stimmen nach mehr als 27 % in 2002 jetzt in 2004 36 % zu. Besondere Beachtung verdient folgender Befund: Aus dem Blickwinkel der politischen Orientierung zeigt sich, dass der Gesamtanstieg der Fremdenfeindlichkeit insbesondere auf Personen zurückzuführen ist, die sich selbst der politischen Mitte zuordnen. In dieser Gruppe stimmen jetzt ca. 65 % der Aussage zu, dass es zu viele Ausländer in Deutschland gibt, im Jahr 2002 waren es fast 58 %. In der politischen Mitte verschieben sich also die Normalitäten.

Ebenso auffällig sind die Werte zwischen 2002 und 2004 bei den verschiedenen Varianten der Heterophobie, also der Feindseligkeit gegenüber Obdachlosen, Homosexuellen oder Behinderter. Die Zunahmeraten negativer Einstellungen reicht von 3,6 % über 4,4 % bis 6,0 %. Bei einer zusätzlichen Frage zur Entfernung von Obdachlosen aus den Fußgängerzonen stieg das Ausmaß der Diskriminierungsintention im Vergleichszeitraum von 35 % auf jetzt fast 39 %.

Zwar signalisieren die Ergebnisse zu den im Syndrom enthaltenen Aussagen zur Islamophobie keine gesonderten Probleme. Eine nähere Betrachtung weiterer Items lässt aber eine negative Entwicklung deutlich werden. So stieg die Ablehnung, dass der Islam eine bewundernswerte Kultur hervorgebracht habe, von fast 37 % in 2003 auf 43 % in 2004. Dass die muslimische Kultur in die westliche Welt passe, lehnten 2003 fast 66 % ab, in 2004 sind es fast 70 %. Auch bei den distanzierenden Verhaltensabsichten zeigen sich diese Trends. Das Misstrauen gegenüber Muslimen stieg von mehr als 34 % auf fast 39 %. Die Abneigung der Befragten in eine Gegend zu ziehen, in der viele Muslime leben, stieg kontinuierlich von fast 52 % in 2002 auf fast 58 % in 2004. Inwieweit diese Entwicklung nur ein zeitweilig wirksamer Effekt aufgrund der Anschläge im März 2004 in Madrid ist, oder ob sich ein stabiler Trend herausbildet, bleibt abzuwarten.

Die anderen Syndromelemente weisen eher stabile Verläufe auf.

Tab. 2: Indikatoren des Syndroms Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Angaben in Prozent. Werte, die auf menschenfeindliche Einstellungen hindeuten, sind grau unterlegt. Der erste Prozentwert bezieht sich auf die Erhebung in 2002, der zweite auf 2003, der dritte auf 2004.

Stimmeüberhaupt nicht zu	...eher nicht zu	...eher zu	...voll und ganz zu	Signifikanz der Veränderung
Rassismus					
Aussiedler sollten besser gestellt werden als Ausländer, da sie deutscher Abstammung sind.	39,9	38,1	13,5	8,5	2002 <input type="checkbox"/> ns 2003 <input type="checkbox"/>
	35,9	42,9	14,4	6,8	2003 <input type="checkbox"/> ns 2004 <input type="checkbox"/>
	37,4	40,6	14,0	7,9	2002 <input type="checkbox"/> ns 2004 <input type="checkbox"/>
Die Weißen sind zu Recht führend in der Welt.	51,2	32,4	10,4	6,0	2002 <input type="checkbox"/> ns 2003 <input type="checkbox"/>
	48,4	34,0	11,3	6,3	2003 <input type="checkbox"/> ** 2004 <input type="checkbox"/>
	58,5	28,4	7,9	5,2	2002 <input type="checkbox"/> ** 2004 <input type="checkbox"/>
Fremdenfeindlichkeit					
Es leben zu viele Ausländer in Deutschland.	15,3	29,3	28,6	26,8	2002 <input type="checkbox"/> * 2003 <input type="checkbox"/>
	12,8	28,1	31,0	28,1	2003 <input type="checkbox"/> ns 2004 <input type="checkbox"/>
	11,1	29,1	29,7	30,1	2002 <input type="checkbox"/> ** 2004 <input type="checkbox"/>
Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die in Deutschland lebenden Ausländer wieder in ihre Heimat zurückschicken.	27,0	45,3	15,5	12,2	2002 <input type="checkbox"/> ** 2003 <input type="checkbox"/>
	21,6	48,3	16,4	13,7	2003 <input type="checkbox"/> * 2004 <input type="checkbox"/>
	22,5	41,6	19,5	16,5	2002 <input type="checkbox"/> ** 2004 <input type="checkbox"/>
Antisemitismus					
Juden haben in Deutschland zuviel Einfluss.	36,8	41,5	14,8	6,9	2002 <input type="checkbox"/> ** 2003 <input type="checkbox"/>
	33,0	43,7	13,9	9,5	2003 <input type="checkbox"/> ** 2004 <input type="checkbox"/>
	43,6	34,9	10,9	10,6	2002 <input type="checkbox"/> ns 2004 <input type="checkbox"/>
Durch ihr Verhalten sind die Juden an ihren Verfolgungen mitschuldig.	50,5	32,9	12,1	4,5	2002 <input type="checkbox"/> ** 2003 <input type="checkbox"/>
	45,3	36,9	12,4	5,5	2003 <input type="checkbox"/> ns 2004 <input type="checkbox"/>
	50,4	32,2	11,1	6,3	2002 <input type="checkbox"/> ns 2004 <input type="checkbox"/>
Heterophobie					
Es ist ekelhaft, wenn Homosexuelle sich in der Öffentlichkeit küssen.	37,5	29,2	11,5	21,8	2002 <input type="checkbox"/> ** 2003 <input type="checkbox"/>
	31,3	32,6	11,2	24,8	2003 <input type="checkbox"/> ns 2004 <input type="checkbox"/>
	30,5	31,9	14,2	23,5	2002 <input type="checkbox"/> ** 2004 <input type="checkbox"/>
In der Gegenwart von Behinderten fühlt man sich manchmal unwohl.	43,9	34,6	16,6	4,9	2002 <input type="checkbox"/> ** 2003 <input type="checkbox"/>
	38,3	32,5	21,9	7,3	2003 <input type="checkbox"/> ns 2004 <input type="checkbox"/>

Stimmeüberhaupt nicht zu	...eher nicht zu	...eher zu	...voll und ganz zu	Signifikanz der Veränderung
	42,3	30,2	20,4	7,1	2002 <input type="checkbox"/> ** 2004 <input type="checkbox"/>
Die Obdachlosen in den Städten sind unangenehm.	16,8	41,8	28,4	13,0	2002 <input type="checkbox"/> ** 2003 <input type="checkbox"/>
	15,3	38,2	31,5	15,0	2003 <input type="checkbox"/> ns 2004 <input type="checkbox"/>
	15,8	39,1	28,5	16,5	2002 <input type="checkbox"/> ** 2004 <input type="checkbox"/>
Islamophobie					
Muslimen sollte die Zuwanderung nach Deutschland untersagt werden. ^a	—	—	—	—	
	26,9	46,6	14,1	12,4	2003 <input type="checkbox"/> ns 2004 <input type="checkbox"/>
	28,4	47,5	12,1	11,9	2002 <input type="checkbox"/> ns 2004 <input type="checkbox"/>
Durch die vielen Muslime hier fühle ich mich manchmal wie ein Fremder im eigenen Land. ^a	—	—	—	—	
	28,4	40,5	15,8	15,2	2003 <input type="checkbox"/> ** 2004 <input type="checkbox"/>
	25,3	39,6	17,2	17,9	2002 <input type="checkbox"/> ns 2004 <input type="checkbox"/>
Die Muslime in Deutschland sollten das Recht haben, nach ihren eigenen Glaubensgesetzen zu leben. ^a	8,7	20,4	36,5	34,5	2002 <input type="checkbox"/> ns 2003 <input type="checkbox"/>
	8,2	20,2	35,7	35,9	2003 <input type="checkbox"/> ns 2004 <input type="checkbox"/>
	—	—	—	—	
Es ist allein Sache der Muslime, wenn sie über Lautsprecher zum Gebet aufrufen. ^a	17,7	26,7	22,8	32,7	2002 <input type="checkbox"/> * 2003 <input type="checkbox"/>
	15,6	27,8	25,7	30,9	2003 <input type="checkbox"/> ns 2004 <input type="checkbox"/>
	—	—	—	—	
Etabliertenvorrechte					
Wer irgendwo neu ist, sollte sich erst mal mit weniger zufrieden geben.	12,7	29,4	32,9	24,9	2002 <input type="checkbox"/> ns 2003 <input type="checkbox"/>
	13,3	28,8	34,5	23,4	2003 <input type="checkbox"/> ** 2004 <input type="checkbox"/>
	12,4	26,2	28,6	32,9	2002 <input type="checkbox"/> ** 2004 <input type="checkbox"/>
Wer schon immer hier lebt, sollte mehr Rechte haben, als die, die später zugezogen sind.	29,3	29,8	22,4	18,5	2002 <input type="checkbox"/> ** 2003 <input type="checkbox"/>
	29,5	35,8	18,7	16,0	2003 <input type="checkbox"/> ns 2004 <input type="checkbox"/>
	31,0	33,5	17,7	17,8	2002 <input type="checkbox"/> * 2004 <input type="checkbox"/>
Klassischer Sexismus					
Frauen sollen sich wieder mehr auf die Rolle der Ehefrau und Mutter besinnen.	31,2	39,4	18,2	11,2	2002 <input type="checkbox"/> ns 2003 <input type="checkbox"/>
	28,7	40,0	19,0	12,3	2003 <input type="checkbox"/> ns 2004 <input type="checkbox"/>
	34,1	36,5	19,1	10,2	2002 <input type="checkbox"/> ** 2004 <input type="checkbox"/>

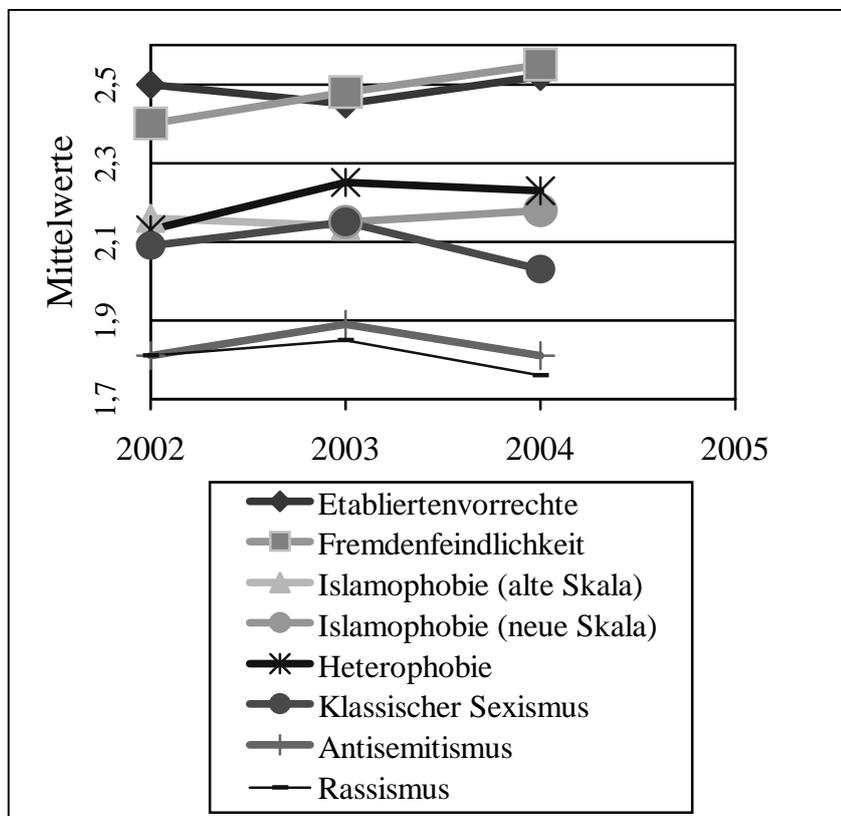
Stimmeüberhaupt nicht zu	...eher nicht zu	...eher zu	...voll und ganz zu	Signifikanz der Veränderung
Für eine Frau sollte es wichtiger sein, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen. ^a	—	—	—	—	
	30,7	42,8	15,6	10,9	2003 2004 } **
	36,0	38,4	15,5	10,1	2002 2004 } ns

Anmerkung: ^a Diese Items wurden in einem der Jahre nicht erhoben. Deshalb liegen hier keine Vergleichswerte vor.
 Unterschiede zwischen den Jahren 2002 - 2004 sind auf Basis des Mittelwertvergleichs ** signifikant bei 1%-Irrtumswahrscheinlichkeit bzw. * signifikant bei 5% - Irrtumswahrscheinlichkeit oder nicht signifikant (ns).

Zum besseren Überblick sind im Folgenden die Verläufe der Syndromelemente der Jahre 2002, 2003 und 2004 in einer Graphik abgebildet. Diese Präsentation der Ergebnisse (...) soll auch in den nächsten Jahren weiter fortgeschrieben werden.

Die abgebildeten Linien beziehen sich auf Werte, die jeweils aus den beiden Aussagen der einzelnen Syndromelemente gemittelt wurden (vgl. Abbildung 2). Die Mittelwerte rangieren von 1 bis 4, d.h., je höher die Werte ausgeprägt sind, desto höher sind auch die feindseligen Mentalitäten zu bewerten.

Abb. 2: Mittelwerte der Syndromelemente für die Jahre 2002, 2003 und 2004



Zunächst wird deutlich, dass die Zustimmung zu Fremdenfeindlichkeit und Etabliertenvorrechten nach wie vor relativ hoch sind. Im mittleren Bereich liegen die Heterophobie, die Islamophobie und der Sexismus. Relativ niedrige Werte finden sich bezüglich Rassismus und Antisemitismus konstant über die Jahre.

Bei einer genaueren Betrachtung der Verläufe von 2002, 2003 und 2004 wird deutlich, dass einzig bei der Fremdenfeindlichkeit die Werte tendenziell *kontinuierlich* zunehmen. Leicht *diskontinuierlich* ist der Verlauf bei der Reklamierung von Etabliertenvorrechten – einem Abfall in 2003 folgt nun in 2004 ein Anstieg sogar über das Niveau von 2002 hinaus.

Die Heterophobie ist relativ *stagnierend* bis leicht abnehmend von 2003 nach 2004. Zusätzliche Analysen zeigen jedoch, dass insbesondere die Aversion gegenüber Homosexuellen zunehmend ist. Dieser Befund wird durch gegenläufige Entwicklungen bezüglich der Obdachlosen und Behinderten verdeckt.

Die Islamophobie ist in ihrem Verlauf bislang besonders vorsichtig einzuschätzen, denn wir haben im Untersuchungsprozess das Erhebungsinstrument dazu wesentlich optimiert. Insgesamt zeigt sich bei der Islamphobie ein *leichter Anstieg*, der durch bereits publizierte und darüber hinausgehende Analysen gestützt werden kann (vgl. Leibold / Kühnel 2003).

Das Element Sexismus weist eine *diskontinuierlich* eher abnehmende Kurve auf; nach einer Zunahme in 2003 fällt der Wert unter das Ausgangsniveau in 2002.

Ähnlich *diskontinuierliche* Verläufe auf niedrigerem Niveau weisen Antisemitismus und Rassismus auf. Der Antisemitismus fällt nach einer Zunahme in 2003 auf das Niveau von 2002 zurück, der Rassismus sogar noch darunter.

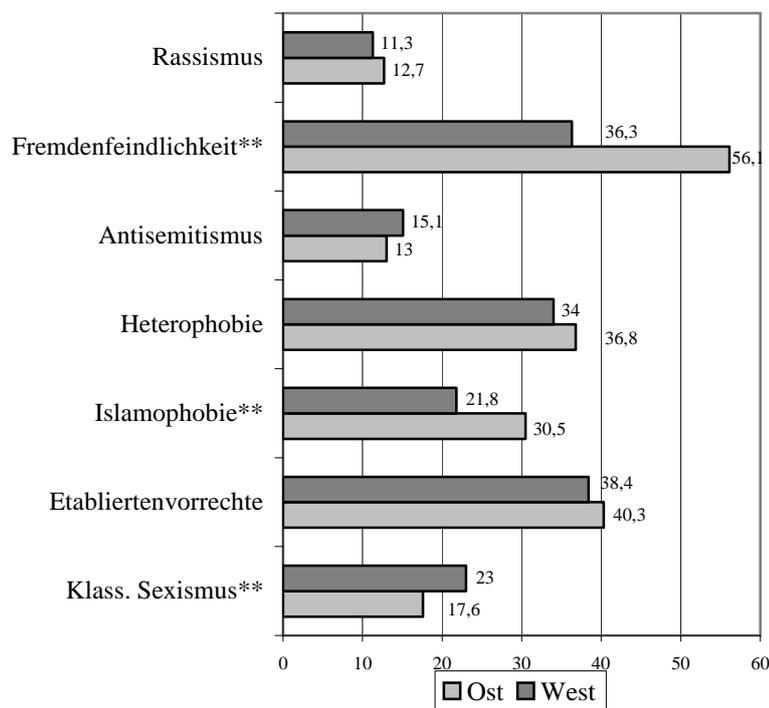
Ob es sich tatsächlich im Einzelnen um kontinuierlich zu- bzw. abnehmende, diskontinuierlich zu- bzw. abnehmende oder stagnierende Trends handelt, müssen erst folgende Analysen mittels Daten aus weiteren Erhebungszeitpunkten ergeben. So zeigt sich an dieser Stelle die Notwendigkeit, die GMF - Studie über die nächsten Jahre weiterzuführen, um menschenfeindliche Muster differenziert zu beschreiben und ihre Verläufe genauer zu verfolgen. Dann erst wird eine eindeutige Interpretation der Trends möglich sein.

Relativierend muss an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, dass die auf der Basis von Mittelwerten beschriebenen Verläufe keine großen Unterschiede zwischen 2002, 2003 und 2004 aufweisen. Wir haben allerdings deutliche Differenzen auch nicht erwartet, denn Einstellungsmuster werden sich eher sukzessive verschieben. Gleichwohl gibt es erschreckend hohe Zustimmungen zu einzelnen Elementen des Syndroms. Gerade deshalb sind diese Prozesse besonders aufmerksam zu verfolgen, weil sich – ohne alarmierende Veränderungen – eine *Normalität* herausbilden kann, die sich dann, wenn diese Prozesse in der Deutung der Bevölkerung eben „normal“ erscheinen, nur noch mit großen Anstrengungen verändern lassen. Denn alles, was als normal gilt, lässt sich nur schwer problematisieren.

Die bisher dargestellten Befunde sagen etwas über Stabilität und Veränderungen in der gesamten Befragengruppe aus. Dadurch können zugleich spezifische Entwicklungen in Teilgruppen der Bevölkerung verdeckt werden, die wir in wenigen Beispielen gesondert betrachten.

Ein Blick auf Ost- und Westdeutschland offenbart deutliche Unterschiede in verschiedenen Elementen (vgl. Abb. 3). Die Trendentwicklung zeigt insbesondere den Anstieg der Fremdenfeindlichkeit in Ostdeutschland von ca. 46 % in 2002 auf fast 56 % in 2004. Demgegenüber verlief die vergleichbare Entwicklung in Westdeutschland von fast 32 % auf über 36 %. Auffällig ist auch der Anstieg der Islamophobie von fast 23 % in 2003 auf jetzt fast 31 % im Osten gegenüber ca. 21 % in 2003 auf jetzt fast 22 % im Westen. Gleichzeitig stieg der Antisemitismus im Osten geringfügig von ca. 12 % in 2002 auf 13,0 % in 2004, im Westen jedoch im selben Zeitraum von fast 13 % auf 15 %.

Abb. 3: Vergleich zwischen Ost- und Westdeutschland in den Elementen des Syndroms *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* im GMF - Survey - 2004
(Raten derer, die Skalenwerte von über 2,5 aufweisen / Angaben in Prozent)



Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland sind auf Basis des Mittelwertvergleichs ** signifikant bei 1% - Irrtumswahrscheinlichkeit bzw. * signifikant bei 5% - Irrtumswahrscheinlichkeit.

3.3 Veränderungen in der Integrationsqualität dieser Gesellschaft und den politischen Orientierungen

Eine der zentralen Fragen dieses Projektes ist darauf gerichtet, wie die Veränderungen der Zu- oder Abnahme der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* mit gesellschaftlichen Entwicklungen einhergehen (vgl. Endrikat / Schaefer / Mansel / Heitmeyer 2002). Deshalb werden relevante Faktoren von sozialen Desintegrationsgefahren (...) betrachtet.

Dabei zeigt sich, dass die Zukunftsangst ansteigt. Von 2002 zu 2004 ist die Erwartung, dass sich die eigene finanzielle und wirtschaftliche Situation verschlechtern wird von fast 24 % auf über 40 % gestiegen. Ähnliche Entwicklungen zeigen sich in der weiter gestiegenen Angst vor Arbeitslosigkeit bzw. in der Erwartung eigener Arbeitslosigkeit (vgl. Tab. 4).

Tab. 4: Zukunftsaussichten 2002, 2003, 2004

Angaben in Prozent. Werte, die auf schlechte Zukunftsaussichten hindeuten, sind grau unterlegt. Der obere Prozentwert bezieht sich auf die Erhebung in 2002, der mittlere auf 2003, der untere auf 2004.

	Besser	ungefähr gleich	schlechter		Signifikanz der Veränderung
Was erwarten Sie für die nächsten fünf Jahre? Wie wird Ihre wirtschaftliche und finanzielle Situation im Vergleich zu heute sein?	24,5	51,8	23,8		2002 <input type="checkbox"/> **
	18,3	43,7	37,9		2003 <input type="checkbox"/> ns
	17,1	42,8	40,2		2004 <input type="checkbox"/> **
	sehr gut	eher gut	eher schlecht	sehr schlecht	
Wie beurteilen Sie Ihre Absicherung für die Zukunft?	10,1	56,3	29,5	4,1	2002 <input type="checkbox"/> **
	6,8	51,0	33,9	8,4	2003 <input type="checkbox"/> ns
	6,6	51,3	33,6	8,5	2004 <input type="checkbox"/> **
	keine Angst	geringe Angst	mal mehr, mal weniger Angst	große Angst	
Wie viel Angst haben Sie arbeitslos zu werden?	42,9	29,2	17,5	10,3	2002 <input type="checkbox"/> **
	35,4	29,4	20,5	14,7	2003 <input type="checkbox"/> ns
	31,2	30,3	23,0	15,5	2004 <input type="checkbox"/> **
	sehr unwahr-	eher unwahr-	eher wahr-scheinlich	sehr wahr-scheinlich	
Wie wahrscheinlich ist es, daß Sie in den nächsten fünf Jahren arbeitslos werden?	31,7	45,9	15,4	6,9	2002 <input type="checkbox"/> **
	24,8	48,3	18,8	8,1	2003 <input type="checkbox"/> ns
	23,8	44,6	24,0	7,6	2004 <input type="checkbox"/> **

Unterschiede zwischen den Jahren sind auf Basis des Mittelwertvergleichs ** signifikant bei 1%-Irrtumswahrscheinlichkeit bzw. * signifikant bei 5% - Irrtumswahrscheinlichkeit oder nicht signifikant (ns).

Die Entwicklung in Ost- und Westdeutschland zeigt folgenden Verlauf:
Die schlechten Erwartungen an die wirtschaftliche und finanzielle Zukunft lagen in 2002 in Ost und West noch gleich. Sie sind in 2004 nicht nur gestiegen, es öffnet sich auch eine Schere:

Mehr als 39 % der Befragten im Westen und fast 45 % im Osten haben pessimistische Zukunftserwartungen.

Das Muster wiederholt sich bei der Frage nach persönlicher Absicherung. Zwar beurteilten schon in 2002 die Befragten im Osten ihre persönliche Absicherung bei Krankheit etc. schlechter. Hier hat sich die Schere weiter geöffnet. Im Westen ist mit fast 39 % das Ost - Niveau von 2002 erreicht, während im Osten nun fast 56 % zu einer negativen Bewertung ihrer Absicherung kommen, die u.U. angesichts erwarteter negativer Konsequenzen aus den Arbeitsmarktreformen („Hartz IV“) weiter zunehmen könnte.

Betrachtet man die Entwicklungen der Syndromelemente vor dem Hintergrund der Erwartungen für die Zukunft und unter Berücksichtigung der sozialen Lage der Befragten, also jener Facetten, die in den letzten Jahren deutlich pessimistische Entwicklungen genommen haben, dann zeigt sich Folgendes: Bei jenen, die ihre eigene wirtschaftliche Lage als sehr schlecht einschätzen, steigt deutlich die Fremdenfeindlichkeit. So nimmt bei der Gruppe die Forderung, dass bei knappen Arbeitsplätzen Ausländer in die Heimat zurückgeschickt werden sollten, von 36,7 % in 2002 auf 52,1 % in 2004, also um 15,4 Prozentpunkte zu. Diese Forderung wird hingegen von Personen, die ihre wirtschaftliche Lage als sehr gut einschätzen, immer seltener unterstützt (minus 6,6 Prozentpunkte).

Ein Blickwechsel auf die Integrationsdimension der politischen Partizipation zeigt, dass das Empfinden der Sinnlosigkeit sich politisch zu engagieren von fast 38 % in 2002 auf 42 % in 2004 angewachsen ist. An eine politische Einflussnahme als Bürger glauben inzwischen ca. 60 % nicht mehr. Damit entfällt für sie auch die Möglichkeit, an der Realisierung grundlegender Normen dieser Gesellschaft mitzuwirken. Zu diesen Normen zählt vor allem auch Gerechtigkeit, um soziale Spaltung und Desintegration zu verhindern. Damit steht es in der Wahrnehmung der Bevölkerung fast unverändert sehr schlecht. Dabei gehen diese hohen Werte (vgl. Tab. 5) nicht nur auf jene zurück, die sich ungerecht behandelt fühlen. Ebenso dürften auch jene vertreten sein, die die Entwicklung der Gesellschaft kritisch betrachten, ängstlich in die Zukunft blicken oder auch solche, die politischen Parolen folgen, ohne selbst akut betroffen zu sein.

Tab. 5: Entwicklung der Wahrnehmung sozialer Spaltung in West- und Ostdeutschland
Zustimmung in Prozent.

		Ost	West
In Deutschland werden die Reichen immer reicher und die Armen immer ärmer.	2002	93,2	84,0
	2003	96,4	88,8
	2004	94,9	89,5
In Deutschland werden immer mehr Menschen an den Rand gedrängt.	2002	89,4	74,7
	2003	94,9	83,3
	2004	91,9	82,5

Es scheinen nicht nur Spaltungs- und Polarisierungstendenzen in der Wahrnehmung der Bevölkerung zuzunehmen. Gleichzeitig nimmt die für die Integrationsqualität einer Gesellschaft zentrale Anerkennung sowohl im Beruf als auch im Alltag im Erhebungszeitraum 2002 bis 2004 signifikant ab, was auf zunehmende Konkurrenz und Gleichgültigkeit hindeuten könnte.

4. Ein vorläufiges Fazit

Insgesamt entwickelt sich die *Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit* im Vergleichszeitraum seit 2002 differenziert. Ein klar negativer Trend zeigt sich in der Wahrnehmung von sozialen Desintegrationsgefahren und politischen Partizipationschancen. Wir konnten mehrfach nachweisen, dass Desintegrationsgefahren erhebliche Auswirkungen auf die Abwertung schwacher Gruppen haben können.

Dort wo die Ängste zu- und Sicherheiten abnehmen, werden höhere Werte der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* wahrscheinlich (...). Die offene Frage ist nun, ob und wie diese privaten individuellen Einstellungen „politisiert“ werden, also sich mit kollektiven öffentlichen Protesten verbinden, wie sie sich seit dem Sommer 2004 in den wieder aufgenommenen sogenannten „Montagsdemonstrationen“ zeigen, die in Ostdeutschland zeitweise einen Massencharakter angenommen haben. Sie könnten sich nicht nur gegen Starke wie z.B. Regierende in Land und Bund, sondern auch gegen schwache Gruppen richten; sei es als Nebeneffekt, im Sinne eines „Blitzableiters“ oder als frustrierter „Ausweg“. Entgrenzte Wut ist ziellos und sucht – insbesondere bei Misserfolgen – nach Überlegenheit: Schwache Gruppen können dann verstärkt zu geeigneten Objekten werden.

Eine gefährliche politische Bündelung kann im rechtspopulistischen Potential bestehen. Von 2002 auf 2003 stieg dieses Potential von knapp 20 % auf 25 %. In Ostdeutschland lag es 2003 mit seinen Facetten von Law - and - Order Parolen, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus bei fast 30 %. In 2004 bleiben die ermittelten Werte auf hohem Niveau. Es ist ein breites Reservoir zur Mobilisierung gegen Schwache vorhanden. Rechtspopulismus mobilisiert im „Sinne des Volkes“ sowohl gegen Regierende („Ausbeuter“), als auch gegen Schwache („Schmarotzer“). Es bleibt abzuwarten, wie die Landtagswahlen am 19. September 2004 in Brandenburg und Sachsen ausfallen, und ob sie eine Signalwirkung haben, die nicht nur die Regierenden, sondern auch schwache Gruppen fürchten müssen.

Anmerkungen

(1) Es ist nicht ausgeschlossen, dass zukünftig weitere Gruppen hinzukommen. Dies kann u. a. durch neu zugewanderte Gruppen aufgrund der EU - Erweiterung geschehen. Zu denken wäre z. B. an Sinti und Roma aus Osteuropa. In einer internationalen Forschergruppe, initiiert vom Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung der Universität Bielefeld, wird eine Vergleichsuntersuchung in acht europäischen Ländern vorbereitet, die auch andere Gruppen umfasst.

(2) Beschreibung des GMF - Surveys 2004:

a) Der Fragebogen

Das Instrument der Untersuchung wurde so konstruiert, dass alle Elemente des Syndroms der *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* repräsentiert sind.

Da der Fragebogen im Vergleich zur Erhebung 2002 und 2003 neue Konzepte und Konstrukte beinhaltet, wurden zwei empirische Pretests durchgeführt. Schließlich wurde mittels eines dritten Pretests von *Infratest Sozialforschung* (tns - Infratest München) das Instrument nochmals erprobt und optimiert.

Die Endversion des Fragebogens 2004 beinhaltet meist zwei bis drei, an einigen Stellen bis zu zehn Items je Konstrukt bzw. Subdimension (analog zu Erhebungen in 2002 und 2003).

Als Antwortskalierung wurden drei- bis vierstufige Kategorien eingesetzt (Likert - Skalen), die aufgrund ihrer überprüften Verbalisierungen im sozialwissenschaftlichen Kontext als intervallskaliert gelten und somit den Anwendungsvoraussetzungen für multivariate Berechnungen genügen.

b) Die Durchführung

Die Datenerhebung erfolgte mittels Telefonbefragung (CATI - Methode) durch 191 geschulte Interviewer/innen des Sozialforschungsinstituts tns - Infratest. Durchschnittlich führte jeder Interviewer 16 Befragungen durch.

Die Befragung basiert auf dem Infratest - Telefon - Master - Sample (ITMS), welches verzerrungsfreie Stichproben ohne Klumpeneffekte gewährleistet. Das ITMS ist so differenziert geschichtet, dass jede Gemeinde über 5.000 Einwohner in der Stichprobe vertreten ist und eine eigene Schicht bildet, in der durch eine systematische Zufallsauswahl Telefonhaushalte proportional zur Zahl aller Privathaushalte in der Gemeinde ausgewählt werden. Das Auswahlverfahren führte zu einer haushaltsrepräsentativen Stichprobe, wobei jeder Haushalt die gleiche Chance hatte, in die Auswahl zu kommen.

In jedem der ausgewählten Haushalte wurde durch ein Zufallsverfahren (Schwedenschlüssel) eine Person als Zielperson ausgewählt.

Die Erhebung fand vom 27.5.04 bis zum 20.6.04 meist zwischen 17.00 und 21.00 Uhr statt; die durchschnittliche Interviewdauer betrug 30,4 Minuten. Die Abbruchquote der Befragungen lag bei 7,9 % und ist damit etwas geringer als in den beiden letzten Jahren.

c) Die Stichprobe

Die Haupterhebung umfasst insgesamt 3.000 Personen im Alter von 17 bis 92 Jahren, davon waren 55,3 % (n= 1660) Frauen und 44,7 % (n= 1.340) Männer. Der Anteil der Personen aus dem Osten Deutschlands liegt bei 33,4 % (n=1.002). In Westdeutschland wurden 1.998 Personen (66,6 %) interviewt. Die überwiegende Mehrheit der befragten Personen gibt die deutsche Staatsangehörigkeit an, lediglich 103 Ausländer/innen sind in der Stichprobe enthalten.

Die Stichprobe zeigt aufgrund der Erhebungsmethode (Telefoninterviews) haushaltsproportionale, nicht personenproportionale Verteilungen. Die rechnerische Transformation in eine Personenstichprobe erfolgt erst im Gewichtungsverfahren, welches die Repräsentativität der Stichprobe herstellt.

Durch Gewichtungsfaktoren werden auch Disproportionalitäten zwischen der Stichprobe und der Grundgesamtheit hinsichtlich verschiedener Merkmale wie Alter, Geschlecht, Bildung und Ost - West - Verteilung ausgeglichen. Sie liegen den Berechnungen der folgenden Analysen (Folge 3, Deutsche Zustände, 2005 d. Redaktion) zu Grunde. Aufgrund der unterschiedlichen Gewichtungsfaktoren können bei einigen Berechnungen die Stichprobengrößen (n - Zahlen) variieren.

In der Auswertung dieses Bandes (Folge 3, Deutsche Zustände, 2005 d. Redaktion) werden die befragten Personen mit Migrationshintergrund nicht berücksichtigt. Das gesamte ausgewertete Sample reduziert sich daher von insgesamt 3.000 auf 2.656 Fälle (ungewichtet).

In diesem Jahr wurde erstmalig zur Optimierung der Befragungszeit für einen Teil der Items ein Split durchgeführt. So wurde z.B. nur die Hälfte der Personen nach dem Meinungsklima in ihrem Freundes- und Bekanntenkreis, nach der Schuldzuweisung von negativen Meinungen und nach Kontakterfahrungen mit Ausländern gefragt. Split A beinhaltet 1.444 Befragte und Split B umfasst 1.556 Personen. Dies erklärt neben den Gewichtungsfaktoren variierende Stichprobengrößen (n - Zahlen) bei den Auswertungen.

(3) Diese Analyse ist mit einer für die alten und die neuen Bundesländer simultanen konfirmatorischen Faktorenanalyse durchgeführt worden. Es ist darauf hinzuweisen, dass bei der Erhebung und Berechnung des Syndroms zur Optimierung gegenüber 2002 und 2003 mehrere Veränderungen vorgenommen wurden. Die Items zur Sozialen Dominanz (s. Deutsche Zustände, Folge 1) sind nicht mehr Teil des Rassismus, sondern werden in Zukunft als erklärende Variablen verwendet. Für die Islamophobie wurden zwei neue Items verwendet (vgl. auch Leibold/Kühnel 2003), und der Klassische Sexismus ist um ein Item erweitert worden. Daher sind die Korrelationskoeffizienten der unterschiedlichen Erhebungsjahre nur bedingt vergleichbar.

(4) Faktorkorrelationen sind ein (standardisiertes) Zusammenhangsmaß, dessen Wertebereich zwischen »-1« und »+1« variieren kann. Je näher ein Wert bei »+1« liegt, desto stärker ist der Zusammenhang. »+1« drückt einen perfekten positiven Zusammenhang aus (je größer »A«, desto größer ist »B«), »0« bedeutet kein Zusammenhang und »-1« ist mit einem perfekten umgekehrten Zusammenhang gleichzusetzen (je größer »A«, desto kleiner ist »B«).

(5) Indikatoren oder Items sind Fragen, die zur Messung eines latenten, d. h. nicht direkt beobachtbaren Konstruktes formuliert wurden. Indikatoren umreißen den Bedeutungsgehalt und sind in diesem Sinne (beobachtbare bzw. messbare) Kennzeichen eines Konstrukts.

(6) Zur Güte von Kurzskaalen vergleiche Meloen u. a. 1996.

(7) Um Aussagen bezüglich der menschenfeindlichen Einstellungen machen zu können, wurden die jeweiligen Skalen (Etabliertenvorrechte, Fremdenfeindlichkeit etc.) an ihrer numerischen Mitte (bei 2,5) geteilt. Die dargestellten Prozentwerte beziehen sich auf diejenigen Befragten, die Skalenwerte von über 2,5 aufweisen.

Literatur

Da es sich bei diesem Text um die Weiterführung des 2002 erstmals vorgestellten Ansatzes zur *Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit* handelt, wird hier auf eine Wiederholung der umfangreichen Sekundärliteratur für das Konzept verzichtet (vgl. Heitmeyer 2002, 15-34). Die in diesem Text zitierte Literatur entstammt den beiden bisher erschienenen Bänden.

Deutsche Zustände, Folge 1, 2002:

Wilhelm Heitmeyer: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

Die theoretische Konzeption und erste empirische Ergebnisse, S. 15-36

Kirsten Endrikat / Dagmar Schaefer / Jürgen Mansel / Wilhelm Heitmeyer: Soziale Desintegration. Die riskanten Folgen negativer Anerkennungsbilanzen, S. 37-58

Wilhelm Heitmeyer / Aribert Heyder: Autoritäre Haltungen. Rabiante Forderungen in unsicheren Zeiten, S. 59-70

Aribert Heyder / Peter Schmidt: Deutscher Stolz. Patriotismus wäre besser, S. 71-82

Steffen M. Kühnel / Peter Schmidt: Orientierungslosigkeit. Ungünstige Effekte für schwache Gruppen, S. 83-95

Ulrich Wagner / Rolf van Dick / Kirsten Endrikat: Interkulturelle Kontakte. Die Ergebnisse lassen hoffen, S. 96-109

Ulrich Wagner / Oliver Christ / Steffen M. Kühnel: Diskriminierendes Verhalten. Es beginnt bei Abwertungen, S. 110-122

Dagmar Schaefer / Jürgen Mansel / Wilhelm Heitmeyer: Rechtspopulistisches Potenzial. Die »saubere Mitte« als Problem, S. 123-144

Deutsche Zustände, Folge 2, 2003:

Wilhelm Heitmeyer: Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit. Die theoretische Konzeption und empirische Ergebnisse aus 2002 sowie 2003, S. 13-34

Wilhelm Heitmeyer / Jürgen Mansel: Entleerung der Demokratie. Die unübersichtlichen Folgen sind weitreichend, S. 35-60

Julia Iser / Peter Schmidt: Gefährliche Werte? Was Tradition und Konformität anrichten können, S. 61-77

Aribert Heyder: Bessere Bildung, bessere Menschen? Genaueres Hinsehen hilft weiter, S. 78-99

Jürgen Leibold / Steffen Kühnel: Islamphobie. Sensible Aufmerksamkeit für spannungsreiche Anzeichen, S. 100-119

Kirsten Endrikat: Ganz normaler Sexismus. Reizende Einschnürung in ein Rollenkorsett, S. 120-141

Carina Wolf / Jost Stellmacher / Ulrich Wagner / Oliver Christ: Druckvolle Ermunterungen.
Das Meinungsklima fördert menschenfeindliche Gewaltbereitschaft, S. 142-163



Dierk Borstel

Die Bezirksstudien und Lokalen Aktionspläne: Ansatz, Durchführung, Ergebnisse und Schlussfolgerungen Kernthesen des Vortrags am 23.11.2004

Der Arbeitsansatz „Community Coaching“

Die vorliegenden Kommunalanalysen und Lokalen Aktionspläne sind Teil des Konzepts Community Coaching im Zentrum Demokratische Kultur (ZDK). Das Ziel des Arbeitsansatzes ist die Stärkung der demokratischen Kultur in Kommunen in der Auseinandersetzung mit demokratiegefährdenden Phänomenen. Der Demokratiebegriff enthält für das ZDK nicht alleine Regelungen zur Partizipation von Bürgern und Bürgerinnen sondern besonders auch die allgemeine Achtung der Menschenrechte und der explizite Schutz von Minderheiten als normative Basis der Gesellschaft. Als ein zentraler Motor der Demokratieentwicklung wird dabei die demokratischen Zivilgesellschaft angesehen. Unsere Grundannahme ist, dass eine demokratische Staatsform durch eine demokratische Kultur gestützt werden muss, um dauerhaft gesichert existieren zu können. Eine starke Demokratie lebt von der Verankerung ihrer Werte im Alltag der Menschen.

Community Coaching besteht dabei aus drei Teilen:

Formulierung der Kommunalanalyse

Es handelt sich um eine wissenschaftliche Studie zum Themenfeld „Demokratiegefährdende Phänomene“. Mittels der qualitativen Sozialforschung werden lokale Problemfelder ebenso ermittelt wie Potentiale und Optionen der Demokratieentwicklung. Lokale Engagierte werden bereits im ersten Schritt eingebunden.

Öffentlicher Diskurs

Die Studienergebnisse werden der Öffentlichkeit in unterschiedlichen Foren und Formen präsentiert. Es entsteht ein öffentlicher Diskurs. Im Idealfall findet eine öffentliche Verständigung im Gemeinwesen über Probleme und Handlungsoptionen statt.

Begleitung demokratiefördernder Maßnahmen

Das ZDK begleitet auf Nachfrage Maßnahmen, Ideen und Projekte, die sich aus dem öffentlichen Diskurs heraus ergeben. Besondere Beachtung findet dabei die Qualitätsentwicklung des zivilgesellschaftlichen Engagements, der Transfer zwischen Theorie und Praxis sowie die Einbindung „neuer“ Akteursgruppen in ein Gesamtkonzept der kommunalen Demokratieentwicklung.

Aufbau der Kommunalanalysen und Erläuterung zu Lokalen Aktionsplänen

Die Kommunalanalysen bestehen aus drei Teilen:

Theorieteil

Er umfasst Definitionen, Beschreibung der Methodik und eine Einordnung in die Wissenschaftslandschaft.

Empirischer Teil

Es handelt sich um eine „dichte Beschreibung“ (Geertz) demokratiegefährdender Phänomene wie Handlungsoptionen und Potentiale für demokratische Akteure. Besondere Aufmerksamkeit, auch als Indikator für den Zustand der politischen Kultur erfährt die Opferperspektive, das heißt die subjektive Perspektive derjenigen, die Opfer rassistischer oder rechtsextremer Gewalt sind.

Empfehlungskatalog

Er gibt Handlungsempfehlungen für verschiedene kommunale Akteure und ist bezogen auf konkrete Problembeschreibungen wie auch auf reale Handlungsmöglichkeiten vor Ort. Dieser dritte Teil wurde in Form der „lokalen Aktionspläne“ ausgliedert und als Experiment gesondert umgesetzt.

Vorliegende Studien

Es liegen mittlerweile zahlreiche Erfahrungen in der Umsetzung der Konzeption Community Coaching vor. Konkret kann auf folgende Projekte verwiesen werden:

Kommunalanalysen

Jahr	Ort
1999	Leipzig Grünau (Vorläufer)
1999	Berlin Hohenschönhausen
2001	Kreis Dahme – Spreewald / Altkreis Lübben (Brandenburg)
2002	Kreis Dahme – Spreewald / Altkreis Luckau (Brandenburg)
2002	Berlin Kreuzberg – Friedrichshain
2003	Berlin Mitte
2003	Berlin Marzahn – Hellersdorf
2003	Berlin Treptow – Köpenick

Einige Kommunalanalysen sind als kostenloser Download auf der Homepage des ZDK erhältlich. (<http://www.zentrum-demokratische-kultur.de>)

Lokale Aktionspläne

2003	Berlin Lichtenberg (als Kooperationsprojekt mit der Mobilien Beratung gegen Rechtsextremismus [MBR])
------	--

Der lokale Aktionsplan in Pankow ebenfalls aus dem Jahre 2003 wurde alleine von der MBR entwickelt und vorgestellt.

Kurzanalysen

2002	Rostock Lichtenhagen und angrenzende Stadtteile
2002	Rechtsextremismus in dörflichen Kontexten im Landkreis Ostvorpommern (Mecklenburg – Vorpommern)

Inhaltliche Ergebnisse der Kommunalanalysen

Eine Darstellung der inhaltlichen Ergebnisse im Detail ist angesichts des Umfangs der Studie an dieser Stelle nicht möglich. Auffallend ist jedoch, dass sich ein zentrales Thema durch alle vorliegenden Studie zieht: die Frage nach der Qualität der Demokratie. Konkreter:

- Es zeigt sich in allen Stadtteilen, dass das Vertrauen in die Lösungskraft der Demokratie für politische, ökonomische und gesellschaftliche Probleme auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft schwindet. Demokratische Werte sind im Alltag ungenügend verankert. Nicht alle Personen, die verbal demokratische Werte teilen, versuchen diese auch real zu leben. Das Problem der Demokratieentleerung ist somit zentral. Es droht im kommunalen Nahraum ein Vakuum demokratischer Kultur, welches der Rechtsextremismus wie auch andere demokratiegefährdende Phänomene zu füllen versuchen.
- Besonders bei Jüngeren ist zu beobachten, dass zu viele schon früh demokratischen Werten skeptisch bis ablehnend gegenüberstehen.
- Dem gegenüber zeigen die Studien eine unerfreuliche Qualität von Strukturen, Ideologienentwicklung und Strategiebildung bei rechtsextremen wie auch islamistischen Phänomenen. Die Kommunalanalysen legen dabei den Beobachtungsfokus besonders auf die subversiven Formen der Ideologieverbreitung von Seiten rechtsextremer wie auch islamistischer Gruppierungen, wohl wissend, dass auch andere demokratiegefährdende Strömungen ähnliche Strategien verfolgen und ohne den Islamismus mit dem Rechtsextremismus in irgendeiner Weise gleichzusetzen.
- Erfreulich war in allen Stadtteilen die Existenz demokratiefördernder und zivilgesellschaftlicher Ansätze.

Hat sich der Arbeitsansatz bewährt?

Aus der Sicht des ZDKs hat sich der Arbeitsansatz Community Coaching insgesamt bewährt. Wesentliche Punkte sind:

- Als erfreulich werten wir die Tatsache, dass es in allen Bezirken gelungen ist, Öffentlichkeit für das Problem der Demokratieentwicklung zu schaffen. Es sind spür- und hörbare Diskurse gestartet worden, die auf den Studien basieren.
- Engagierte vor Ort konnten in unterschiedlichen Maßen diese Diskurse für sich als „Rückenwind“ nutzen. Es sind vielerorts zivilgesellschaftliche Projekte angeschoben oder öffentlich gestärkt worden.
- In der Spitze der Bezirksverwaltungen konnte eine zunehmende Offenheit dem Konzeptansatz gegenüber festgestellt werden. Die Angst, durch eine Benennung von Problemen in der Öffentlichkeit als „Hochburg“ titulierte zu werden und ein negatives Image zu bekommen, konnte reduziert werden. Statt dessen war eine zunehmende Gelassenheit im Umgang mit den genannten Problemen.
- Der Arbeitsansatz ist parteiübergreifend akzeptiert. Wir arbeiten derzeit mit Bürgermeister/innen von CDU, SPD und PDS zusammen.
- Eine gelungene Nachbearbeitung der Studie und Umsetzung der Phasen 2 und 3 des Arbeitsansatzes Community Coaching war abhängig von den personellen Ressourcen im ZDK. In Hohenschönhausen mangelte es daran merklich; in Kreuzberg-Friedrichshain zeigte sich das Gelingen, wenn die Autor/innen der Analysen auch die Studien in der Öffentlichkeit präsentieren und deren Begleitung übernehmen.

Zu den kritischen Punkten gehören:

- Eine statistische Messbarkeit der direkten Erfolge des Arbeitsansatzes ist nicht möglich. Es liegen zur Bewertung des Ansatzes neben einzelnen kritischen Äußerungen jedoch zahlreiche Stimmen aus den verschiedenen Bezirken vor, die den Ansatz insgesamt positiv bewerten.
- Die angeschobenen Maßnahmen konzentrierten sich zu häufig auf einige spezielle Bereiche (z. B. Schule, Jugendarbeit, Polizei). Nicht immer konnte die angemessene Breite und Einbindung möglichst vieler Akteure in eine kommunale Strategie der Demokratieentwicklung gesichert werden.

Drei Thesen zum Stand und zur Entwicklung von Arbeitsansätzen der Demokratieentwicklung

Basierend auf den Erfahrungen mit dem Arbeitsansatz Community Coaching sollen drei Thesen zur Weiterentwicklung der kommunalen Ansätze der Demokratieentwicklung formuliert werden.

These 1

Die Zauberworte aktueller Antragslyrik heißen „Vernetzung“ und „Sozialraumbezug“. Kaum ein Antrag hat Chancen, wenn nicht auf diese Faktoren gesetzt wird. Bei realistischer Betrachtung der Umsetzung vieler dieser Maßnahmen muss jedoch festgehalten werden, dass zu häufig nicht breite oder gezielt spezialisierte gesellschaftliche Netzwerke geschaffen werden, sondern dass zu häufig ein „Einig Band“ der (auch politischen) Sympathie als pluralistisches Netzwerk vermarktet wird. Die, die sich schon kennen und mögen, setzen sich zusammen. Dabei bleiben viele Akteursgruppen außen vor und werden nicht angesprochen. Zu oft wird die Opferperspektive missachtet. Es bedarf somit gezielter Angebote zur Einbindung der Opferperspektive wie auch bisher vernachlässigter Akteursgruppen (z. B. Polizei, Justiz, unpolitisches Vereinswesen) und politischer Milieus (z. B. konservatives Milieu jenseits der Kirchen).

These 2

Auch in Bezirken mit einer starken und vielfältigen Zivilgesellschaft blüht zum Teil ein qualitativ und quantitativ starker Rechtsextremismus. Die Magnettheorie, nach der der Rechtsextremismus durch ein Aufbäumen der demokratischen Zivilgesellschaft automatisch geschwächt wird, hat sich nicht in Gänze bestätigt. Vielmehr finden sich vielerorts parallele Strukturen und politische Milieus. Der Grundansatz der Demokratiestärkung durch eine Qualifizierung der Zivilgesellschaft als Motor einer Demokratieentwicklung ist deshalb nicht falsch, bedarf aber der Ergänzung. So müssen auch Angebote formuliert werden, die sich mit einer ausdrücklichen Exit- also Ausstiegsorientierung direkt an die rechtsextreme Szene wenden. Dass diese Grundannahme nicht unumstritten ist, zeigt der Diskurs zur Arbeit mit rechtsextrem-orientierten Jugendlichen in Berlin. An dieser Stelle sollen in bewusst plakativer Form drei Ansätze kontrastiert werden, die nicht nur für die Jugendarbeit sondern auch auf weitere Felder in der Auseinandersetzung mit rechtsextremen Phänomenen übertragen werden können.

Klassischer Ansatz der akzeptierenden Jugendsozialarbeit

Dieser Ansatz basiert auf dem theoretischen Modell des Bremer Pädagogen Krafeld. Eine Arbeit mit rechtsextrem - orientierten Jugendlichen solle sich nicht auf die Probleme konzentrieren, die die Jugendlichen aufgrund ihrer rechtsextrem Ideologiewelten hervorriefen, sondern sich mit den Problemen, die die Jugendlichen selber haben, beschäftigen. Krafeld attestiert in seinen Grundannahmen der 90er Jahre, die er später leicht revidierte, dass die Jugendlichen Opfer sozioökonomischer Modernisierungsprozesse der Gesellschaft seien. Statt sich sinnlos an der Ideologie abzuarbeiten, solle Jugendarbeit sich um eine Stärkung der Jugendlichen durch Hilfe in Bezug auf die Schule, das soziale Umfeld und die Perspektivbildung kümmern. Kritiker des Ansatzes verweisen auf Praxiserfahrungen des Ansatzes, der real eher zu einer Stärkung denn zu einer Schwächung der rechtsextremen Szene beigetragen habe. Im schlimmsten Falle konnten unglückliche rechtsextrem Orientierte dank einer „gelungenen“ Jugendarbeit zu glücklichen, da sozioökonomisch und im sozialen Umfeld stabilen, sowie in ihrer Ideologie nicht hinterfragten sondern eher bestätigten Rechtsextremisten geformt werden.

Keine Arbeit mit rechtsextremen Kadern

Ein anderer Ansatz befürwortet verbal zunächst die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen. Er lehnt jedoch die Arbeit mit sogenannten „Kadern“ ab. Als „Kader“ bzw. als „Führungspersönlichkeiten“ des deutschen Rechtsextremismus werden von den Verfechtern des Ansatzes bereits 14jährige Jungen identifiziert, wenn diese Kontakte zur einer rechtsextremen Struktur haben und irgendeine Form der ideologischen oder rhetorischen Schulung erfahren haben. Diese „Kader“ sollten per Hausordnung, das heißt nötigenfalls auch per Polizeieinsatz, aus öffentlichen Jugendclubs und -einrichtungen rausgehalten werden. Pädagogische Maßnahmen jeder Art seien dabei grundsätzlich als erfolglos zu bezeichnen. Die verbliebenen „Mitläufer“ in den Einrichtungen seien dagegen dauerhaft mit ihren rassistischen oder rechtsextremen Positionen zu konfrontieren. Wenn jedoch bereits 14-jährige als „Kader“ tituliert werden, stellt sich die Frage, wer diese „Mitläufer“ denn sein könnten. In der Praxis bedeutet dieser Ansatz quasi die methodische Reduzierung der Auseinandersetzung auf Mittel der Repression.

Exit - orientierter Ansatz der Jugendarbeit

Der Exit - orientierte Ansatz der Jugendarbeit befürwortet als eine Facette eines kommunalen Gesamtansatzes der Jugendarbeit auch eine direkte Arbeit mit rechtsextrem - orientierten Jugendlichen. Er zielt auf eine politische Auseinandersetzung mit der rechtsextremen Ideologie, versucht deren innere Widersprüche aufzuzeigen und damit Denkprozesse zu starten. Im Idealfall werden dazu auch Aussteiger aus der rechtsextremen Szene gezielt eingesetzt, die zu Gesprächen und Diskussionen basierend auf ihrer eigenen Biographie einladen. Erste Erfahrungen mit diesem Ansatz, z. B. in einem von der Friedrich - Ebert - Stiftung geförderten Projekt in einer Jugendhaftanstalt bei Erfurt, zeigen die Sinnhaftigkeit und die Erfolgchancen ebenso wie die Grenzen des Ansatzes.

Dieses Konzept zielt darauf, demokratische Werte aktiv zu vertreten und auch um Mitläufer, Einsteiger wie Etablierte in der rechtsextremen Szene zu kämpfen, statt sie von vorne herein durch repressive Maßnahmen auszuschließen. Gleichzeitig beschreibt der Ansatz seine Grenzen: Es versteht sich von selbst, dass nicht alle Personen erreicht oder gar zum Ausstieg motiviert werden können. Das ZDK entwickelt und erprobt den Ansatz der Exit - Orientierung.

Die drei Modelle unterscheiden sich in der Methodik der Auseinandersetzung. Der erste Ansatz setzt auf Akzeptanz und reduziert die politische Option der Einstellungswelten auf einen Ausdruck von sozialer Notlage. Er liegt damit übrigens quer zu allen seriösen wissenschaftlichen Erkenntnisse. Der zweite Ansatz setzt vor allem auf Repression, ohne dass dieser Begriff gezielt verwandt wird, während der dritte Ansatz bemüht ist, den politischen Charakter der Einstellungen, auch in diffusen Formationen, anzuerkennen und für Demokratie mit demokratischen Mitteln zu werben.

These 3

In den letzten Jahren ist eine deutliche Professionalisierung der Arbeit gegen rechtsextreme Phänomene zu erkennen. Neben dem vielfältigen demokratischen und zivilgesellschaftlichem Engagement haben zu dieser erfreulichen Entwicklung auch die vielfältigen Programme des Bundes bzw. des Landes beigetragen.

Besonders durch die Programme CIVITAS, Entimon und XENOS sowie durch das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus konnten Initiativen auch personell aufgestockt werden. Dabei handelt es sich entgegen einer weit verbreiteten Meinung nicht um ein Aufblühen einer „klassisch“ definierten Zivilgesellschaft sondern vielerorts eher um ein Outsourcing staatlicher Aufgaben. Zu den klassischen Aufgaben der Zivilgesellschaft gehört die Formulierung von Kritik an gesellschaftlichen Zuständen wie an staatlichen Maßnahmen. Kann diese jedoch formuliert werden, wenn eine vollständige finanzielle Abhängigkeit vom Staat besteht, wenn vor jeder öffentlichen Kritik die Frage nach den persönlichen, zum Teil existentiellen Folgen geklärt werden muss?

Die Programme verlieren durch diese Einschätzung nicht an Qualität wie Sinnhaftigkeit und verdienen auch weiterhin unbedingte Unterstützung. Trotzdem ist es an der Zeit, diesen systembedingten Widerspruch zu bedenken.

Schlussfolgerungen

Zu einer Zwischenbilanz gehören auch einige Denkanstöße für die Zukunft. Vier Punkte sollen skizziert werden:

Punkt 1

Die Analyse des Grundthemas der Demokratieentwicklung gehört theoretisch wie praktisch erweitert. Es bedarf einer **Unabhängigen Beobachtungsstelle**, die diese Prozesse als Ergänzung zur vorliegenden Forschung und den spezialisierten Arbeiten des Verfassungsschutzes nachhaltig beobachtet und entsprechende Ergebnisse wie Fragestellungen in die Öffentlichkeit trägt. Wir brauchen neue Instrumente und Forschungsansätze zu bisher vernachlässigten Feldern wie

- dem Antisemitismus als Querschnittsideologie und dessen Folgen für den Alltag von Menschen,
- der Bedeutung sozioökonomischer Krisenprozesse und deren Auswirkungen auf die lokale demokratische Kultur,
- den tatsächlichen Auswirkungen der Vertrauensverluste in die Demokratie in der Mitte der Gesellschaft.

Punkt 2

Das Rad muss nicht immer wieder neu erfunden werden. Viele Programme erfordern immer nur Innovation. Sinnvoller ist es jedoch, gelungene Ansätze nachhaltig zu sichern, ohne dass deshalb im Umkehrschluss der Mut zum Experiment verloren gehen darf.

Es wurde bisher leider vernachlässigt, qualitative, transparente, überprüfbare und nachvollziehbare Kriterien einer „guten Arbeit“ der Demokratiestärkung zu entwickeln. Ebenfalls zu kurz kam die Einbeziehung internationaler Erfahrungen und Ansätze zum Beispiel aus Schweden, den USA, diversen „Entwicklungsstaaten“ oder den Ländern Osteuropas.

Punkt 3

In der Kommunalanalyse für Berlin - Hohenschönhausen haben wir bereits geschrieben, dass eine qualitative Stärkung der demokratischen Kultur Zeit braucht, viel Zeit braucht. Wir sind von mehreren Jahrzehnten ausgegangen. Dieses gilt inhaltlich auch heute noch, steht aber im dauerhaften Widerspruch zu den Förderlaufzeiten vieler Projekte und Initiativen. Diese Initiativen brauchen keine „Rentenverträge“, sondern eine generelle Schaffung von Sicherheit durch klare Kriterien für die Ziele, Methoden und Erwartungshaltungen an ihre Arbeit. Es bedarf einer transparenten Evaluation des tatsächlich Geleisteten und nicht alleine der eingereichten Sachberichte oder der jeweiligen Selbstpräsentationen.

Punkt 4

Demokratieentwicklung ist ein Querschnittsthema aller Demokratien in allen gesellschaftlichen Gruppen, Milieus und aller Akteur/innen. Zu häufig konzentriert sich die Arbeit **alleine** auf die Bereiche Jugendarbeit, Schule oder Repression. Das ZDK versucht gezielt neue Akteursgruppen in die lokalen Strategiebildungen zu integrieren. Ein Ausdruck dieses Versuches ist der Start des „Verbundnetzes für Demokratie und Toleranz“, welches 2005 offiziell startet.

Diese Initiative wurde von der Verbundnetz Gas AG in Leipzig ins Leben gerufen und unterstützt den Arbeitsansatz Community Coaching des ZDKs. Das Ziel des Verbundnetzes ist die Schaffung eines Netzwerkes staatlicher (besonders Kommunen), wirtschaftlicher (VNG und deren Partner und Kunden) und zivilgesellschaftlicher (ZDK und deren Partner) Akteure zur Förderung der demokratischen Kultur in der Auseinandersetzung mit extremistischen Phänomenen. Neben der praktischen Arbeit vor Ort wird eine Ideenwerkstatt als „Laufender Diskurs“ ins Leben gerufen, in dem übergeordnete Fragen unserer Arbeit diskutiert werden sollen. Das ZDK möchte den Ansatz des Verbundnetzes auch in Berlin umsetzen. Voraussetzung ist jedoch die Unterstützung von Seiten des Landes und der Bezirke, für die wir werben möchten.

Danksagung

Die Zukunft des ZDK in Berlin ist zur Zeit ungewiss. Es ist somit auch Zeit, Dank zu sagen. Er gilt besonders:

- unseren Auftraggebern in den Bezirken,
- der Landeskommission gegen Gewalt,
- dem Büro des Integrationsbeauftragten,
- der Friedrich Ebert Stiftung für die Tagung,
- den zahlreichen Menschen und Initiativen, die mit uns zusammenarbeiten oder gearbeitet haben,
- unseren Förderern und Gesellschaftern in der Amadeu - Antonio Stiftung sowie der Freudenberg - Stiftung in Weinheim.

Danke schön Ihnen allen!

Sabine Behn

„Von der Studie zur Umsetzung“. Erfahrungen aus der Erstellung und Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes für Toleranz und Demokratie in Potsdam

Im Rahmen meines Inputs möchte ich die Erfahrungen vorstellen, die *Camino* mit der Erstellung und darauf folgenden einer zweijährigen Begleitung bei der Umsetzung des „Lokalen Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit“ in Potsdam gemacht hat.

Erstellung

Oft fehlt ein koordiniertes und vernetztes Vorgehen, wenn sich eine Kommune mit Rechtsextremismus auseinandersetzt. Hier kann sich die aktivierende Erstellung eines integrierten Handlungskonzeptes als sinnvoller Weg erweisen, um die vorhandenen Ressourcen effektiver zu bündeln und weitere zu mobilisieren. Dieses Vorgehen hat sich bei der Erstellung des Lokalen Aktionsplans für Toleranz und Demokratie in Potsdam bewährt. Dieser Aktionsplan wurde in einem partizipativen Prozess erarbeitet, in den relevante Akteure aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern von Beginn an eingebunden waren.

Der Lokale Aktionsplan Potsdam entstand auf Initiative der Stadt Potsdam und wurde im Herbst 2002 durch *Camino* erstellt, finanziert durch das Bundesprogramm „Entwicklung & Chancen in sozialen Brennpunkten“ (E&C). Die Ausarbeitung des Aktionsplans erfolgte in vier Schritten: In einem ersten Schritt wurde eine Situationsanalyse des organisierten Rechtsextremismus, der rechtsextremen Subkultur und des Alltagsrassismus erstellt. Im zweiten Schritt wurden in einer Ressourcenanalyse bestehende Strukturen, Handlungsansätze und laufende Maßnahmen erfasst, die die Basis für die Entwicklung eines integrierten Handlungskonzeptes bildeten. Mit allen Beteiligten wurden dann im dritten Schritt strategische Ziele erarbeitet. Im abschließenden vierten Schritt wurde ein Maßnahmenkatalog erstellt, der von den Akteuren vor Ort getragen wird. Ein Schwerpunkt dieses Maßnahmenkatalogs liegt in der Stärkung von nicht rechts orientierten Jugendlichen und im Ausbau von demokratischen Aushandlungsformen in der Nachbarschaft und in verschiedenen Institutionen.

Neben der Einbeziehung der Akteure in den gesamten Prozess der Ausarbeitung war auch die Anbindung des Aktionsplans an lokale politische Entscheidungsgremien wichtig für seine nachhaltige Implementierung. Dies bedeutete zum einen intensive Diskussionen in den unterschiedlichen Ausschüssen der Stadt, zum anderen den Beschluss der Stadtverordnetenversammlung zur Umsetzung des Aktionsplans. Dabei war es von besonderer Wichtigkeit, dass die politische Leitung der Kommune sich für eine offensive Auseinandersetzung mit dem lokalen Rechtsextremismus aussprach.

Die Servicestelle

In der Folge des Beschlusses der Stadtverordnetenversammlung wurde *Camino* von der Stadt Potsdam beauftragt, die Umsetzung des Aktionsplans zu begleiten.

Aus Mitteln des Bundesprogramms „entimon – gemeinsam gegen Gewalt und Rechtsextremismus“ hat *Camino* eine Servicestelle vor Ort eingerichtet, die die lokalen zivilgesellschaftlichen Akteure, die kommunale Politik und interessierte Bürger/innen unterstützte, indem sie Informationen weiterleitete, Kooperationspartner/innen für Maßnahmen und Aktionen vermittelte und die vorhandenen Ressourcen erweiterte. Ziel war es, ein tragfähiges Netzwerk von Akteuren in der Stadt zu schaffen, das die Arbeit für Demokratie und Toleranz nach der Projektzeit selbstständig weiterführt. Ein Beirat mit Vertreter/innen der verschiedenen Akteurs- und Interessengruppen diente der fachpolitischen Koordination in der Stadt; mit der Homepage www.aktionsplan-potsdam.de und einem Newsletter bestand ein modernes Informationssystem. Durch regelmäßige Werkstattgespräche und -konferenzen wurden zentrale Inhalte des Plans weiterentwickelt und neue Akteure gewonnen.

Der Beirat als Steuerungsgremium

Der Beirat, der sich am 2. Juli 2002 auf Einladung des Oberbürgermeisters *Jan Jakobs* konstituierte, hat eine zentrale Funktion zur Steuerung des Lokalen Aktionsplans. Die Idee dabei war es, möglichst alle wichtigen Gruppen der Potsdamer Zivilgesellschaft sowie die Akteure, die bereits bei der Erstellung des Lokalen Aktionsplans eine wichtige Rolle gespielt und sich engagiert eingebracht hatten, in einem Gremium zu vereinigen.

Der Beirat sollte die Arbeit der Servicestelle kritisch begleiten und inhaltliche Schwerpunkte setzen, indem er Diskussionsverläufe, Ergebnisse, Fragen und mögliche Umsetzungsschwierigkeiten in die jeweiligen Arbeitsbereiche zurückträgt und mit den lokalen Akteuren abstimmt. Auf diese Weise wurde ein kontinuierlicher Austausch über Fragen und Inhalte, die sich aus der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans ergeben, verwirklicht.

Die Erstellung des Aktionsplans war mit partizipativen, prozessorientierten und ergebnisoffenen Methoden realisiert worden. Prozessorientierung und Ergebnisoffenheit führten dazu, dass sowohl die Servicestelle als auch der Beirat in der Lage waren, aktuell und zeitnah auf mögliche Veränderungen zu reagieren und auf der Basis einer erneuten Analyse bereits benannte Prioritäten zu verschieben.

Dem Beirat gehörten neben Mitgliedern der Fraktionen im Stadtparlament auch Vertreter/innen der verschiedenen Akteursgruppen an, die an der Erstellung des Aktionsplans im Herbst 2001 beteiligt waren. Vertreten waren der Fachbereich Jugend, Soziales und Wohnen der Stadtverwaltung, die Geschäftsstelle der Sicherheitskonferenz, das Beratungssystem Schule vom „Toleranten Brandenburg“, die Koordination der Regionalarbeitskreise Jugend(sozial)arbeit, der Stadtsporbund Potsdam, das Polizeipräsidium, der Ausländerbeirat, die Flüchtlingsberatungsstelle, das Mobile Beratungsteam, der Verein Lösungsweg e.V., der *DGB*, die *IHK* sowie Initiativen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit.

Zentrale Themen waren neben der Behandlung aktueller Sachverhalte und der Vorstellung spezifischer Maßnahmen zur Umsetzung zwei Fragestellungen:

Wie kann die Stadt Potsdam mit den Versuchen der rechtsextremen Szene umgehen, durch Aufmärsche und Unterwanderungen der rechten Jugendsubkultur sowie durch gewalttätige Übergriffe ihren Einfluss in der Stadt zu erweitern?

Wie kann die Stadt Potsdam offensiv und öffentlichkeitswirksam für eine demokratische und tolerante Atmosphäre eintreten?

Die Geschäftsführung des Beirates lag bei der Servicestelle. Der Beirat erwies sich als ein arbeitsfähiges Gremium, das wichtige Impulse für die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans gegeben und in den zwei Jahren belastbare Arbeitsbeziehungen hervorgebracht hat.

Nach Beendigung des Projektes Servicestelle wird der Beirat unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters bestehen bleiben und dessen Geschäftsführung durch die Sicherheitskonferenz der Stadt übernommen.

Vernetzung und Aktionsfonds

Kooperations- und Netzwerkarbeit standen bereits in der Konzeptentwicklung für die Servicestelle im Mittelpunkt. Ausgehend von der Grundannahme, dass nicht sofort alle wichtigen Akteursgruppen der Potsdamer Zivilgesellschaft mit einbezogen werden können und der Vermutung, dass bei der Erstellung des Lokalen Aktionsplans wichtige Akteursgruppen noch nicht beteiligt waren, wurde der Netzwerkarbeit eine besondere Bedeutung eingeräumt. Die Akteursgruppen, die bereits bei der Erstellung des Lokalen Aktionsplans eingebunden worden waren, bildeten eine wichtige Basis für die Erweiterung eines tragfähigen und engagierten Netzwerkes: Die Mitarbeiter/innen der Servicestelle konnten ihre Kontakte zu kleinen, unabhängigen Initiativen und Vereinen (NGOs) festigen und erweitern. Hier ist insbesondere auf den Kontakt zu jugendkulturell geprägten Initiativen hinzuweisen, die in den Prozess eingebunden werden konnten.

Im Rahmen eines Aktionsfonds der Servicestelle konnten unbürokratisch kleinere Aktionen und Maßnahmen von zivilgesellschaftlichen Gruppen gefördert werden, die meist nur eine geringe Summe, z.B. für eine Begegnung im Asylbewerberheim, benötigten. Insgesamt 20 unterschiedliche Projekte und Aktionen wurden aus dem Fonds von 6450 Euro unterstützt. Dabei handelte es sich um finanzielle Mittel aus dem Programm „entimon“ und von der Stadt Potsdam. Der Fonds diente dabei nicht nur als Förderinstrument, sondern ermöglichte auch die Beratung von Projekten und verschaffte so der Servicestelle einen guten Überblick über die Aktivitäten in der Stadt.

Es konnten Anträge bis 500,- Euro gestellt werden, die von einer unabhängigen Jury entschieden wurden. Prinzipiell konnten alle Ideen, Aktionen und Maßnahmen für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit gefördert werden. Die Antragsteller/innen sollten dabei überparteilich und staatlich unabhängig sein. Ein einfaches Antragsverfahren ermöglichte die Unterstützung unterschiedlichster Gruppen und Projekte: beispielsweise eine Initiative von drei Studentinnen für regelmäßige Kinderfreizeiten im Asylbewerberheim Lerchensteig (Spielmaterial), die Übungsleiterausbildung von Migrant/innen durch eine Sportgemeinschaft, ein interkulturelles Nachbarschaftsfest der Flüchtlingsberatungsstelle Potsdam, ein antirassistisches Stadionfest in Babelsberg der Initiative „Der Ball ist bunt“, Länderebene mit Flüchtlingen der Potsdamer Initiative für Begegnung, ein etwas anderer Heimatabend einer Künstlerinitiative etc.

Im Mai 2004 wurde der Aktionsfonds auf eigene Beine gestellt und soll von nun an überwiegend durch Spenden finanziert werden. Aktive Bürger/innen gründeten einen Verein mit dem Namen „Aktionsfonds für Toleranz & Demokratie Potsdam“, der die bisherige Arbeit ehrenamtlich und selbstverwaltet weiterführen wird. Ein Benefizkonzert brachte ein erstes Startkapital ein.

Arbeitsschwerpunkt „Rechte Jugendkultur und organisierter Rechtsextremismus“

„Gegen die Unterwanderungs- und Rekrutierungsversuche des organisierten Rechtsextremismus muss ebenso schnell, konsequent und koordiniert vorgegangen werden wie gegen die Dominanz von rechtsextrem orientierten Jugendgruppen in Einrichtungen und an öffentlichen Plätzen. Dies kann nur durch einen allgemeinen guten Informationsstand, ständige Reflexion und gemeinsam erarbeitete Handlungskonzepte erreicht werden. Darüber hinaus müssen demokratische Potenziale in den verschiedenen nicht rechtsextrem orientierten Jugendkulturen gestärkt werden.“

Der Aktionsplan stellt in seiner Situationsanalyse fest, dass Potsdam keine Hochburg der rechtsextremen Szene ist, aber dennoch auch Strukturen der organisierten Rechten bestehen. Beispielsweise zeigt das Auftreten einer Anti - Antifa von Potsdamer Rechtsextremen, die eine Kollegin der Opferperspektive e.V. im Frühjahr 2004 bedrohte, dass Ansätze solcher Strukturen existieren. Gleichzeitig ist Potsdam interessant für Rechtsextreme aus überregionalen Zusammenhängen, wie die Aufmärsche von *NPD* und autonomen Kameradschaften seit 2002 gezeigt haben.

In Potsdam tritt wie in den meisten ostdeutschen Städten eine jugendliche rechtsextreme Subkultur in Erscheinung, die sich durch einen rechtsextremen Lifestyle aus Musik, Kleidung, Symbolen und Codes auszeichnet, der allerdings einem ständigen Wandel unterworfen ist. Gemeinsam ist diesen Jugendlichen, dass Militanz und Gewalt als Mittel der Auseinandersetzung akzeptiert werden. Hinzu kommt ihre aggressive Ablehnung von Flüchtlingen, alternativen Jugendlichen und demokratischen Aushandlungsformen. Etwa 20 bis 35 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen können laut Expert/innen zu diesem Lifestyle gezählt werden. Diese Jugendlichen stellen ein wichtiges Rekrutierungspotenzial für den organisierten Rechtsextremismus dar. Die Szene wird meist im Zusammenhang mit Übergriffen auf Migrant/innen öffentlich diskutiert. Allerdings sind auch alternative und andere nicht rechte Jugendliche regelmäßig Opfer von gewalttätigen Übergriffen aus der rechtsextremen Subkultur.

Auffällig ist, dass rechtsextrem orientierte Jugendliche scheinbar nur noch am Rande in der Jugendarbeit in Erscheinung treten. Jedenfalls wird die Dominanz von Jugendeinrichtungen, noch bis Ende der 1990er Jahre ein Schwerpunkt der Auseinandersetzung, selten thematisiert. Hier hat in den letzten Jahren eine Verschiebung der Aktivitäten von öffentlichen Einrichtungen in private und selbstorganisierte Räume stattgefunden, wodurch sich die Szene einer öffentlichen Kontrolle entzieht. Die Szene ist aber weiterhin aktionsbereit, was beispielsweise Übergriffe auf nicht rechte Jugendliche beweisen.

Im Folgenden gehe ich auf zwei Beispiele des Arbeitsschwerpunktes „Rechte Jugendkultur und organisierter Rechtsextremismus“ näher ein.

Aufmärsche des organisierten Rechtsextremismus

Insbesondere seit Herbst 2002 ist Potsdam verstärkt zum Schauplatz von Demonstrationen rechtsgerichteter Parteien und Gruppierungen geworden: Am 14. September 2002 demonstrieren etwa 70 Anhänger des *NPD* - Landesverbandes Berlin-Brandenburg unter dem Motto: „Schluss mit der Masseneinwanderung russischer Juden – Deutschland uns Deutschen!“. Angemeldet war die Demonstration von Mario Schulz, *NPD* - Kreisverbandsleiter in der Prignitz. Als „Friedensdemonstration“ getarnt demonstrierte dann die *NPD* Berlin - Brandenburg noch einmal am 23. November 2002 in Potsdam. Kurz vor Weihnachten 2002 folgte dann eine weitere Demonstration, angemeldet von dem Hamburger Rechtsradikalen *Worch* gegen das Verbot der Naziveranstaltung in Halbe am Volkstrauertag, an dem etwa 40 Rechtsextremisten teilnahmen.

Potsdam ist für organisierte Rechtsextremisten aufgrund der historischen Bedeutung, als Landeshauptstadt und wegen des Rufs, eine „linke Stadt“ zu sein, interessant. Umso wichtiger sind Gegenaktivitäten aus der Stadtöffentlichkeit heraus. Charakteristisch für Potsdam ist, dass es eine schnelle Reaktion der politischen Verantwortlichen bei den Aufmärschen gab und dass die Aktivitäten zwischen den verschiedenen Akteursgruppen unter der Moderation des Oberbürgermeisters abgesprochen wurden. So hat es im Vorfeld der Gegenaktivitäten Gesprächsrunden zwischen den zivilgesellschaftlichen Gruppen, den Antifa - Gruppen und Verantwortlichen der Stadtverwaltung gegeben, um auf einen kleinsten gemeinsamen Nenner zu kommen.

Die Gegenaktivitäten allerdings ähnelten sich bei den drei Aufmärschen: Einige hundert Bürger/innen folgten den Aufrufen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Stadt und beteiligten sich an Gegenkundgebungen in der Innenstadt. Die Ordnungsbehörden verhängten strenge Auflagen und verlegten die Aufmärsche an den Stadtrand. Aktivist/innen der Antifa-Szene versuchten so nah wie möglich an die Demonstrationen heranzukommen und gerieten mitunter in Auseinandersetzungen mit der Polizei. Für viele der am Aktionsplan beteiligten Akteure wurde das Problem der Aufmärsche nicht befriedigend gelöst.

Es stellte sich die Frage, wie eine breitere öffentliche Ächtung der Aufmärsche hergestellt werden konnte. Ausgehend von den Erfahrungen der Akteure fand am 25. Juni 2003 in enger Zusammenarbeit mit dem Mobilem Beratungsteam und der Sicherheitskonferenz eine Zukunftswerkstatt „Alternative Strategien gegen rechtsextreme Aufmärsche und Demonstrationen“ mit interessierten und engagierten Potsdamer Akteuren statt. In der Kritikphase der Zukunftswerkstatt wurde festgestellt, dass es vielfach zu einem Gewöhnungseffekt von rechtsextremistischen Demonstrationen gekommen sei. Die Demonstrationen finden vor dem Hintergrund von rechtsextremen und rassistischen Übergriffen und rechtsextrem orientierter Jugendkultur statt. Gegenaktivitäten würden erschwert durch Angst vor Gewalt und Frustration von Akteuren. Die Beteiligung an Gegendemos erschien den meisten Akteuren zu gering. Die staatliche Seite, insbesondere die Polizei, wurde kritisiert, nicht eindeutig genug gegen rechtsextreme Strukturen vorzugehen und Aufmärsche in die Neubaugebiete abzuschieben.

In der Zukunftswerkstatt wurde eine Vielzahl von kreativen Ideen entwickelt. So entstand eine Arbeitsgruppe, die versucht, bei weiteren rechtsextremen Demonstrationen alternative Protestformen zu entwickeln. Die Arbeitsgruppe hat auch die Aufgabe, durch Vertrauensbildung zwischen den verschiedenen Akteuren einen Konsens über die Protestformen zu erreichen und eine Plattform zu bilden. Unter anderem ist geplant, in Zusammenarbeit mit Schüler/innen und Kunstlehrer/innen eine gebastelte Schafherde in der Stadt auftreten zu lassen. Um die Informationspolitik zu verbessern, gab es ein Gespräch von Teilnehmer/innen des Workshops mit dem Schutzbereichsleiter von Potsdam. Die Arbeitsgruppe trifft sich wieder, sobald der nächste rechtsextreme Aufmarsch wahrscheinlich wird.

Übergriffe auf nicht rechte Jugendliche

Von rechtsextremen Übergriffen sind nicht nur Migrant/innen betroffen, auch nicht rechte Jugendliche können Opfer von Gewalttaten werden. So überfielen Nazis in der Silvesternacht 2002 das Jugend- und Kulturprojekt „Chamäleon e.V.“ in der Potsdamer Innenstadt. Etwa 50 Angreifer versammelten sich auf der Kreuzung vor dem Haus. Im Erdgeschoss wurden 48 Fensterscheiben eingeschlagen; es wurde versucht, die Türen aufzubrechen. Ein Brandsatz wurde von den Angreifern durch ein Fenster im ersten Stock des Hauses geschossen. Die Ausschreitungen wurden von Parolen wie „Sieg Heil“ begleitet. Einige Monate später, in der Nacht zum 23. März 2003, griff eine Gruppe von Neonazis nachts einen 17-Jährigen am Bahnhof Rehbrücke an. Das Opfer wurde geschlagen und getreten sowie mit einem Totschläger am Kopf verletzt. Anschließend warfen die Neonazis ihn auf die Gleise. Die Verspätung eines Zuges verhinderte noch Schlimmeres.

Vor dem Hintergrund rechtsextremistischer Übergriffe auf nicht rechte Jugendliche und der zurückhaltenden Reaktion der Polizei hat die Servicestelle in enger Zusammenarbeit mit der Opferperspektive versucht, die Öffentlichkeit und die Stadtverwaltung stärker für diese Opfergruppe zu sensibilisieren. Nach einer ausführlichen Berichterstattung in der *Frankfurter Rundschau* wurde ein Runder Tisch einberufen, an dem Vertreter/innen von Sicherheitskonferenz, Polizei, Mobilem Beratungsteam, Streetwork, der Fraktionen, der AG Antirassismus, der Uni Potsdam und der rechtlichen Vertretung der jugendlichen Opfer teilnahmen.

Die Opfergruppe „nicht rechte Jugendliche“ ist sehr heterogen zusammengesetzt. Grob können drei unterschiedliche Gruppen benannt werden: politische Jugendliche aus der Antifa- und Hausbesetzerszene oder ähnlichen Gruppierungen, Punks, die meist nur wenig politische Anliegen vermitteln wollen, und andere „zufällig“ betroffene Jugendliche. Insbesondere die Gruppe der Punks hat in der bürgerlichen Öffentlichkeit häufig Schwierigkeiten, als Opfer wahrgenommen zu werden. Nicht zuletzt aufgrund ihres Outfits wird der Gruppe immer wieder auch eine gewisse Mitschuld an Übergriffen und Überfällen gegeben. Darüber hinaus sei ein Charakteristikum dieser Gruppe, dass ihre Anzeigebereitschaft gegenüber der Polizei sehr gering ist. Um die Anliegen der genannten Opfergruppen stärker in das öffentliche Bewusstsein zu holen und sie zu unterstützen, wurden gemeinsame Ziele für die weitere Zusammenarbeit vereinbart: Hierzu zählen die Stärkung der Anzeigebereitschaft der Jugendlichen durch entsprechende Beratung, die Unterstützung von Selbsthilfe der Jugendlichen und die Einbindung der Potsdamer Opferberatung.

Arbeitsschwerpunkt „Alltagsrassismus“

„Es gilt, die Öffentlichkeit für das Ausmaß und die Folgen von Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus zu sensibilisieren sowie ein Klima von Offenheit für die jeweilige Vielfalt der Sicht- und Lebensweisen zu schaffen (...).“

Bereits bei der Erstellung des Lokalen Aktionsplans waren Maßnahmen gegen Fremdenfeindlichkeit und Alltagsrassismus als besonders wichtig hervorgehoben worden. Im Laufe ihrer Tätigkeiten wurde den Mitarbeiter/innen der Servicestelle darüber hinaus aus den Erfahrungen in ihrer Arbeit mit ganz unterschiedlichen Akteursgruppen deutlich, dass dem Bereich „Alltagsrassismus“ als ein scheinbar wenig medienwirksames Thema stärkere Beachtung geschenkt werden muss.

Die Auseinandersetzung mit alltäglichem Rassismus hat dabei eine mögliche Sprengkraft, weil Alltagsrassismus nicht auf Rechtsextremist/innen beschränkt ist: Stereotypen und Vorurteile kommen in alltäglichen Lebenssituationen zwischen Nachbar/innen, Bekannten, Jugendlichen oder Arbeitskolleg/innen an die Oberfläche, Diskriminierungen werden von übergeordneten Positionen beispielsweise auf Ämtern, durch Vorgesetzte oder Lehrpersonen ausgeübt. Oftmals denken und handeln wir alltagsrassistisch, ohne es zu merken. Teilweise sind wir sogar dann rassistisch, wenn wir uns besondere Mühe geben, es nicht zu sein („positive“ Vorurteile z.B. über die angebliche Musikalität von bestimmten Gruppen – „die haben das im Blut“). Gleichzeitig wird das Leben von Migrant/innen als „anders“ wahrgenommen und durch alltägliche Formen des Rassismus geprägt und erschwert. Es sind zumeist „Kleinigkeiten“, Sprüche oder Witze, die den jeweiligen Gruppen oder Individuen immer wieder vor Augen führen: Es gibt uns und die Anderen, du gehörst zu den Anderen und nicht zu uns. Dies war ein wichtiger Grund, das Thema zu einem Schwerpunkt zu machen.

Die Servicestelle hat sich mit dem Bereich Alltagsrassismus auf unterschiedlichen Ebenen auseinander gesetzt und eine Reihe von Veranstaltungen und Aktionen zum Thema durchgeführt. Im Weiteren werde ich exemplarische Bereiche und Projekte vorstellen, die zum Ziel hatten, die Menschen in Potsdam für das Thema und die Auswirkungen von Alltagsrassismus zu sensibilisieren und mögliche Gegenstrategien zu erarbeiten.

Sport und Alltagsrassismus

Für viele Akteure des Aktionsplans stellt der Sport mit seinem integrativen Potenzial eine wichtige Ressource dar; gleichzeitig ist Sport ein wichtiger Bestandteil des Alltagslebens.

Vor diesem Hintergrund wurde überlegt, wie der Bereich Sport bei der Integration von zugewanderten Menschen als demokratische und antirassistische Ressource genutzt werden kann. Sport ist bei vielen Kindern und auch bei Jugendlichen beiderlei Geschlechts beliebt, unabhängig vom kulturellen oder sozialen Hintergrund. Sport ermöglicht wichtige Bewegungserfahrungen und Körpergefühle. Er bietet die Möglichkeit von Partizipation und Anerkennung und kann ein wichtiger Faktor für die Stärkung des Selbstbewusstseins junger und erwachsener Zugewandter sein.

Erkenntnisse der Sportpädagogik und Erfahrungen sozialpädagogischer Projekte mit sportbezogenen Angeboten zeigen auf, dass sowohl die Integration von Jugendlichen mit Migrationshintergrund als auch von gewaltbereiten Jugendlichen möglich sein kann - auch dann, wenn bereits andere Methoden keine integrativen Wirkungen gezeigt haben. Vielfach werden aber von der Werbung, einigen politischen Verantwortlichen und Sportfunktionären überzogene und unreflektierte Ansprüche formuliert, die kontraproduktive Wirkungen auslösen: Alltagsrassistische Stereotypen und Praxen werden nicht einfach aufgehoben, wenn männlichen jugendlichen Zugewanderten nur ein Ball zum Kicken zur Verfügung gestellt wird oder deutsche Jugendliche und Jugendliche mit Migrationshintergrund gegen einander Fußball spielen. Sportbezogene Angebote brauchen immer auch einen kontinuierlichen sozialpädagogischen Kontext in Form von Vor- und Nachbereitung, wenn sie denn nachhaltig wirken sollen. Die alltagsrassistisch geprägte Welt vieler Flüchtlinge ändert sich durch Turniere und Sportfeste nicht. Sie bieten aber die Möglichkeit der Partizipation und können in einem entsprechenden Kontext zum Abbau von Alltagsrassismus beitragen. Deshalb unterstützte die Servicestelle das antirassistische Stadionfest in Babelsberg und das Fußballturnier um den Pokal des Ausländerbeauftragten von Potsdam Mittelmark. Um spezifische Ressourcen zu erschließen wurde am 3. Dezember 2002 ein Werkstattgespräch „Sport gegen Rassismus“ mit einem breiten Spektrum von Verantwortlichen aus Verwaltung, Sportvereinen und Projekten durchgeführt. Die Unterstützung einer Übungsleiterausbildung für Migrant/innen war ein unmittelbares Ergebnis dieses Werkstattgesprächs.

Alle Teilnehmer konnten die Ausbildung erfolgreich mit einem Übungsleiterschein abschließen. Zwei Erfahrungen ergeben sich aus der Ausbildung: Erstens bestehen starke Schwierigkeiten, die Übungsleiter jetzt auch innerhalb der Vereinsarbeit zu binden. Stadtsportbund, Stadtsportjugend und Vereine sind sich über diese Schwierigkeiten bewusst. Zweitens haben nur junge Männer an der Ausbildung teilgenommen. Allen erwähnten Maßnahmen ist anzumerken, dass Mädchen nicht angesprochen und kaum erreicht werden konnten. Die Einbeziehung von jungen Frauen und Mädchen in Sportangebote stellt aber eine wichtige Aufgabe und große Herausforderung dar.

Nachbarschaft und Alltagsrassismus

Das Klima innerhalb der Nachbarschaft prägt den Alltag der meisten Menschen in erheblicher Weise. In welchem Ausmaß das nachbarschaftliche Klima Auswirkungen auf den Alltag seiner Bewohner/innen hat, hängt dabei von Alter, Geschlecht, der Funktion innerhalb einer Familie, der optischen Zugehörigkeit zu einer jugendsubkulturellen Gruppe, der Hautfarbe sowie der unterstellten sozialen und ethnischen Herkunft in starkem Maße ab.

Von Alltagsrassismus betroffene Menschen sind diesem auch in ihrer jeweiligen Nachbarschaft ausgesetzt. Flüchtlinge und andere sozial schwächere Gruppen sind in der Regel weniger mobil als andere gesellschaftliche Gruppen und von daher besonders angewiesen auf ein gutes nachbarschaftliches Klima.

Bereits auf der Werkstattkonferenz „Toleranz und Courage im öffentlichen Raum“ kurz nach der Eröffnung der Servicestelle im Herbst 2002 wurde eine Arbeitsgruppe zum Thema „Verantwortung in der Nachbarschaft“ angeboten.

Aus dieser AG heraus entstand ein kontinuierlicher Arbeitszusammenhang, der es sich zum Ziel machte, Aktionen zu entwickeln und Projekte zu unterstützen, die das nachbarschaftliche Miteinander in den Stadtteilen positiv verändern und den Alltag von Flüchtlingen und anderen gesellschaftlichen Gruppen verbessern.

Mit dem Werkstattgespräch „Pluralismus und Toleranz in der Nachbarschaft“ am 13. Oktober 2003 konnte in enger Zusammenarbeit mit der Ausländerbeauftragten der Stadt Potsdam und mit der Wohnungswirtschaft eine neue wichtige Multiplikatorengruppe für den Lokalen Aktionsplan gewonnen werden. Um eine kontinuierliche und nachhaltige Arbeit zu ermöglichen war es wichtig, bereits begonnene Überlegungen für Aktionen, Konzepte und Veranstaltungen aufzugreifen und exemplarisch für einen Stadtteil weiterzuentwickeln. Das Werkstattgespräch diente folglich unter anderem der Verabredung erster konkreter Schritte zur Verbesserung des nachbarschaftlichen Miteinanders in einem Stadtteil mit einem relativ hohen Anteil von Migrant/innen.

Im Rahmen des Werkstattgespräches wurde darüber hinaus herausgearbeitet, dass das Thema der „Ethnisierung“ von nachbarschaftlichen Konflikten sowie die Bekämpfung von „Angsträumen“ in den jeweiligen Wohngebieten zentrale inhaltliche Schwerpunkte der zukünftigen Arbeit der Arbeitsgruppe darstellen. Die Weiterführung dieses Arbeitszusammenhanges wurde an die Ausländerbeauftragte der Stadt übergeben und zum Ende des Projektes ein entsprechendes Beratungs- und Qualifizierungsprogramm für Demokratie und Toleranz in der Nachbarschaft entwickelt.

Plakatwettbewerb „Alltagsrassismus“

Bereits bei der konstituierenden Beiratssitzung war das Anliegen formuliert worden, dass die Servicestelle neben ihren wichtigen Vernetzungs-, Informations- und Beratungstätigkeiten auch öffentlichkeitswirksame Aktionen für ein tolerantes und pluralistisches Potsdam anregen sollte. Neben dem wichtigen Bezug zum Thema Öffentlichkeit und Medienwirksamkeit wurde mit diesem Anliegen das Bedürfnis des Beirates nach Aktionen, die politisch wichtig sind und gleichzeitig Spaß machen sollen, ersichtlich. Vor diesem Hintergrund entwickelten die Servicestellenmitarbeiter/innen ein Konzept für eine Plakataktion zum Thema „Alltagsrassismus“. Die Plakatkampagne sollte nach Impulsen aus dem Beirat in Zusammenarbeit mit dem Fachbereich Design der FH Potsdam und unter Schirmherrschaft des Oberbürgermeisters umgesetzt werden. Die Kampagne sollte darauf abzielen, die Betrachter/innen direkt anzusprechen und eine öffentliche Auseinandersetzung zu fördern.

Nach Abstimmung mit dem Beirat wandten sich die Mitarbeiter/innen an den Fachbereich Design der FH Potsdam. *Prof. Lex Drewinski* konnte für die Zusammenarbeit gewonnen werden und bot das Thema Alltagsrassismus seinen Studierenden als Plakatwettbewerb an. Die Student/innen setzten sich ein Semester mit dem Thema auseinander und reichten über 70 Plakatentwürfe als Wettbewerbsbeiträge ein. Eine Jury mit Vertreter/innen des Jugendamtes, des Ausländerbeirats, des *DGB* Mark Brandenburg, des Offenen Kunstvereins und des Jugendkulturprojekts Chamäleon wählte aus den Beiträgen drei Siegerplakate aus. Neben gestaffelten Preisgeldern wurden die Siegerplakate in einer hohen Auflage gedruckt und parallel zur Ausstellung in der Stadt plakatiert.

Der Plakatwettbewerb und die zweiwöchige Ausstellung der Entwürfe in der Galerie „Schaufenster“ der Fachhochschule Potsdam fanden in der Stadt ein starkes öffentliches Echo. Zum Abschluss der Arbeit der Servicestelle konnte deutlich gemacht werden, wie unterschiedlich die Zugänge zum Thema Alltagsrassismus sind und dass eine Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und Rassismus in der lokalen Öffentlichkeit durch solch eine Form der Inszenierung möglich ist.

Fazit

Die folgenden Thesen sollen die Erfahrungen aus der zweijährigen Begleitung der Umsetzung des Lokalen Aktionsplans Potsdam zusammenfassen:

1. Ein lokaler Aktionsplan sollte Einschätzungen, Ideen und Vorschläge aller politischen und ehrenamtlichen Akteure vor Ort ebenso wie von interessierten Bürger/innen, Flüchtlingen und Initiativen einbeziehen. Deshalb muss ein lokaler Aktionsplan flexibel gestaltet werden, sollte sich weder auf punktuelle Einzelaktivitäten beschränken noch das Thema Rechtsextremismus und Rassismus als lokales Problem der Stadtgesellschaft oder als alleiniges Jugendphänomen wahrnehmen.

2. Die kommunale Politik muss den Prozess unterstützen, indem sie sich an der Erarbeitung des Aktionsplans beteiligt und den politischen Willen der Stadtpolitik deutlich macht, sich offen mit den Themen Rechtsextremismus und Rassismus auseinander zu setzen. Dabei ist es hilfreich, wenn der Oberbürgermeister nach außen hin die Funktion der Schirmherrschaft übernimmt. Es muss deutlich werden, dass sich die politisch Verantwortlichen kontinuierlich mit den Themen auseinandersetzen, denn so kann unter anderem verhindert werden, dass die Beschäftigung mit Rassismus und Rechtsextremismus als „Nestbeschmutzung“ wahrgenommen wird.

3. Eine Servicestelle, die die Umsetzung des Lokalen Aktionsplans fachlich begleitet und steuern kann, ist eine wichtige Moderations- und Klärungsinstitution. Die Servicestelle fungierte als Vermittlungsinstanz zwischen den drei Bereichen Politik, Verwaltung und zivilgesellschaftlichen Institutionen, die jeweils ihre spezifischen Interessen und verschiedenen Organisationsprinzipien und -kulturen haben, welche leicht Missverständnisse und Kommunikationsprobleme auslösen können. Die Aktivität und Partizipation aller drei Bereiche ist ausschlaggebend für den Erfolg und die Nachhaltigkeit des Lokalen Aktionsplans. Eine Zusammenarbeit und belastbare Arbeitsbeziehungen können hier auf der Grundlage eines „kleinsten gemeinsamen Nenners“ entwickelt werden, wenn eine vertrauensvolle Basis geschaffen wurde.

4. Vielfach sind es vor allem in den Institutionen Schule und Verwaltung „Einzelkämpfer/innen“, die lokale Maßnahmen für Demokratie und Toleranz unterstützen und umsetzen. Diese Akteure sind aber eine wichtige Ressource, wenn langfristige Veränderungen erreicht werden sollen. Deshalb brauchen sie eine starke Unterstützung durch lokale integrierte Handlungskonzepte und durch die politischen Verantwortlichen. So kann beispielsweise eine interkulturelle Öffnung der Verwaltung beschleunigt werden, wenn Mitarbeiter/innen erkennen, dass dies weniger zu einer zusätzlichen Belastung als viel mehr zu einer Entlastung und Bereicherung ihrer Arbeit führen kann.

5. Ein offensiver Umgang mit den Themen Rechtsextremismus und Rassismus stärkt die Zivilgesellschaft und strahlt nach außen aus. Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus ist nur dann glaubhaft und authentisch, wenn die Bereitschaft zur Selbstreflexion bei den jeweiligen Akteuren vorhanden ist. Gesamtgesellschaftliche Diskurse in Medien und Politik über die „Verwertbarkeit“ und „Nützlichkeit“ von Menschen (beispielsweise Asyldebatte, Debatte über „Sozialschmarotzer“) prägen auch das gesellschaftliche Klima in den Kommunen. Gewalttätige Aktionen und andere Übergriffe auf Fremde finden auch vor dem Hintergrund dieser gesamtgesellschaftlichen Debatten statt.

6. Geschlechtsspezifische Aspekte in die alltägliche Arbeit für Demokratie und Toleranz zu integrieren ist stark von der Bereitschaft der Akteure abhängig, das Thema „Gender“ als wichtig zu betrachten. So sind beispielsweise geschlechtsspezifische Perspektiven auf Opfer und Täter/innen rechtsextremer und rassistischer Gewalt noch immer eine Ausnahme. Die Umsetzung des Gender Mainstreaming in Bezug auf kommunale Strategien für Toleranz und Demokratie sollten in Zukunft offensiver thematisiert werden.

Anmerkungen

- (1) Camino (Hg.), Lokaler Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam, Berlin / Potsdam 2001, S.38.
- (2) Camino (Hg.), Lokaler Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam, Berlin / Potsdam 2001, S.40.

Literatur

Camino gGmbH (Hg.), Lokaler Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam, Berlin / Potsdam 2001.

Ingo Siebert

Die demokratische Stadtkultur verteidigen und entwickeln

Im Sommer 2000 hat Bundestagspräsident Wolfgang Thierse deutlich darauf hingewiesen, dass Fremdenfeindlichkeit bei nicht wenigen Bürger/innen ein selbstverständlicher Teil des Alltagsbewusstseins und der Rechtsextremismus als ein kulturelles Phänomen in vielen ostdeutschen Städten und Gemeinden alltäglich geworden ist. In den letzten vierzehn Jahren hat sich der Rechtsextremismus auch in Berlin und den umliegenden Städten neu formiert, verfestigt und ausdifferenziert, wie die Kommunalanalysen und Lokalen Aktionspläne des Zentrums für Demokratische Kultur für fünf Berliner Bezirke und der Lokale Aktionsplan für Toleranz und Demokratie in Potsdam, der von Camino erarbeitet wurde, deutlich machen. Rechtsextremismus, aus dem Kontext des städtischen Raums betrachtet, kann als Angriff auf die demokratische Stadtkultur verstanden werden. Im Folgenden soll hier auf vier zentrale Entwicklungen eingegangen werden, die aus meiner Sicht eine sozialräumliche Betrachtungsweise der Ausbreitung und Differenzierung von Rechtsextremismus nötig machen:

1. Die Strategien des organisierten Rechtsextremismus haben sich im Unterschied zu den Nachkriegsjahrzehnten der alten Bundesrepublik verändert. Diese „moderne“ Form des Rechtsextremismus hat den Raum (die Stadt und die Nachbarschaft) zum Ausgangspunkt ihrer Aktivitäten („Kampf um Räume“) gemacht.
2. Gleichzeitig entstand eine rechtsextreme Subkultur mit einer spezifischen Raumanneignungspraxis. Seit Mitte der 1980er Jahre hat sich in der DDR, und später in den neuen Ländern, eine jugendlich rechtsextrem orientierte Subkultur entwickelt, die in vielen Städten eine hegemoniale Stellung innerhalb der verschiedenen Jugendszenen und vor allem im öffentlichen Raum eine Dominanz erreichen können.
3. Beide Entwicklungen müssen im Zusammenhang von strukturellem und alltäglichem Rassismus in den Bezirken/Städten und ihren Nachbarschaften betrachtet werden. Eine Annahme in diesem Zusammenhang ist, dass das sozial-räumliche Klima beide vorgenannten Entwicklungen begünstigen kann.
4. Spätestens die Diskussion vom Sommer 2000 hat dazu geführt, dass sich Gegenstrategien nicht mehr auf Jugendliche als Zielgruppe beschränken, sondern auf die gesamte Stadt ausgeweitet wurden und nun auch die städtische Zivilgesellschaft in das Blickfeld von Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und für Toleranz und Demokratie gekommen sind. In diesem Zusammenhang werden drei Ansatzpunkte zur Bearbeitung von bezirksübergreifenden Problemlagen in Berlin vorgeschlagen.

Strategien des organisierten Rechtsextremismus – Kampf um Räume

Aktionen von organisierten Rechtsextremist/innen im öffentlichen Raum in Form von Aufmärschen, Ständen, Flugblattaktionen, Konzerten und Straßenfesten gehören nicht mehr zu den Ausnahmeerscheinungen. Organisierter Rechtsextremismus war in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg, abgesehen von rechtsterroristischen Organisationen, überwiegend durch Parteien und ihren Kampf um Parlamente geprägt. Mit Beginn der 1990er Jahre kam es zu einer strategischen Wende innerhalb des rechtsextremistischen organisierten Lagers. Hintergrund für diese Wende waren die Reaktionen des Staates auf die Stärkung des rechten Lagers durch repressive Maßnahmen: So wurden in den Jahren von 1992 bis 1995 allein sechzehn Organisationen verboten. Statt auf starre, überregionale und hierarchisch gegliederte Organisationen und Parteien, die nach Verboten wieder neu aufgebaut werden müssen, setzt die neue Strategie auf den Aufbau dezentraler und autonom agierender Gruppen meist ohne formale Struktur, die sich mit Hilfe der modernen Kommunikationsmittel koordinieren.

Mittlerweile haben wir es mit einer Vielzahl von rechtsextremen Projekten, autonomen Kameradschaften und Netzwerken zu tun. Die neue Qualität dieser Form von rechtsextremer Organisation liegt in der Flexibilität gegenüber den starren Naziorganisationen und Parteien. Diese Strukturen ermöglichen es einerseits, sich den staatlichen Eingriffen des Staates zu entziehen und andererseits im soziokulturellen Raum politisierend zu wirken. Parallelen zu den Entwicklungen und Organisationsformen von autonomen und sozialen Bewegungen drängen sich auf (Brodkorb 2002: 16). Diese Strategie des „freien Nationalismus“ ist wohnort- und regionalorientiert und ermöglicht so eine örtliche Identifikation (schon der Name macht oft den lokalen Bezug deutlich). Sie greifen kommunalpolitische Entwicklungen auf, kämpfen beispielsweise für nationale Jugendzentren und bauen regionale Zentren für die Bewegung auf.

Der Wohnort und lokale Raum spielt in einem weiteren Konzept der organisierten Rechtsextremen, welches seit Beginn der 1990er Jahre von der NPD aufgegriffen wurde, eine zentrale Rolle. Der „Kampf um Parlamente“ ist in den Hintergrund getreten und der „Kampf um Räume und Köpfe“ spielt bei den strategischen Überlegungen der NPD eine bedeutende Rolle. Mit dem Begriff „National befreite Zonen“ wurde eine „Modernisierung“ der Strategien des organisierten Rechtsextremismus eingeleitet, die auf ein Strategiepapier zurückgeht, welches zuerst in der Zeitschrift des Nationaldemokratischen Hochschulbundes (NHB) „Vorderste Front. Zeitschrift für politische Theorie und Strategie“ veröffentlicht wurde. Ziel des Strategiepapier ist es, überschaubare Freiräume in den Städten (z.B. Straßen, Plätze etc) zu schaffen. Migrant/innen, demokratisch eingestellte Bürger/innen und „undeutsche“ Jugendkulturen sollen von bestimmten öffentlichen Räumen verdrängt werden, die Rechtsextremen wollen hier dominieren und „sanktionsfähig“ sein. Straße und Wohngebiet sind die Orte, um einerseits Macht und andererseits die Nähe zum „Volk“ auszudrücken. Im Strategiepapier werden konkrete Vorschläge unterbreitet, wie die Sympathie der lokalen Bevölkerung erreicht werden kann beispielsweise durch Nachbarschaftshilfe, Sicherheitsangebote im Quartier etc.. Auch wenn keine gänzlich befreiten Zonen entstanden sind, produziert dieses Drohpotenzial doch temporär Räume der Angst im Stadtgebiet, die von den oben genannten gefährdeten Gruppen gemieden werden (ebd: 25). Längst ist die Phase der Gründung einer völkisch-nationalen Bewegung in Ostdeutschland abgeschlossen und wir erleben, wie sich die Bewegung in den Regionen durch den Aufbau von soziokulturellen Zentren, die Etablierung eines rechtsextremen Mittelstandes und durch spezifische Angebote in Nachbarschaftsstrukturen konsolidieren konnte.

Rechtsextremer Jugendlifestyle – Dominanz im öffentlichen Raum

Parallel zur Modernisierung der Strategien des organisierten Rechtsextremismus hat sich ein rechtsextrem orientierter, subkulturell geprägter Jugendlifestyle herausgebildet, der deutlich im öffentlichen Raum der Städte und Gemeinden auftritt und hier meist gewaltförmige Aneignungspraxen entwickelt hat. Mit Jugendlifestyle sind jugendliche Zusammenhänge gemeint, die Elemente von rechtsextremen Einstellungsmustern teilen und diese durch spezifische Dresscodes, Symbol- und Musikknutzung ausdrücken. Musik ist hier der integrale und verbindende Bestandteil der Szene. „Rechts Rock“ ist zwar geprägt durch die Entwicklungen der Skinhead-Subkultur, allerdings handelt es sich nicht um einen einheitlichen musikalischen Stil; vielmehr werden unter dem Begriff „Rechts Rock“ verschiedenste Musikstile verstanden (Dornbusch; Raabe 2003: 19). In Deutschland ist in den letzten Jahren die größte rechtsextreme Musikszene weltweit mit entsprechend großer Zahl an Bands, Labels und Szeneläden entstanden. Diese Entwicklung einer rechtsextremen Jugendsubkultur nahm ihren Ausgang bereits Ende der 1970er/Anfang der 1980er Jahre in der DDR, als sich verschiedene Jugendkulturen herausbildeten, von denen sich ein Teil schnell radikalisierte und ein anfänglich oft diffuses rechtsextremes Weltbild annahm. Die ersten Treffs entstanden in den Großstädten Ost-Berlin und Leipzig. Konzerte wurden organisiert, und es kam zu gewalttätiger Auseinandersetzung zwischen verschiedenen Jugendkulturen. Rechtsextreme Orientierungen waren in der DDR vor allem bei Fußballfans und Skinheads bekannt, wo sich langsam eine autoritär-völkische und gewalttätige Jugendszene verfestigte (Wagner 2002: 15).

Gegen Ende der achtziger Jahre stellten die Behörden eine Zunahme rechtsextremer Gewalttaten fest. Gerichtsverfahren und Inhaftierungen häuften sich. Ein Meilenstein war sicher der gewalttätige Angriff rechter Skins auf ein Punk-Konzert in der Zionskirche in Berlin kurz vor der Wende. Nach dem Fall der Mauer kamen viele der inhaftierten Rechtsextremisten aufgrund einer Amnestie frei und konnten ihre im Gefängnis erworbenen Kenntnisse und Erfahrungen für den Aufbau rechtsradikaler Strukturen nutzen.

Die Wiedervereinigung war durch ein Erstarren der rechtsextremen Szene und Verfestigung einer rechtsextremen jugendkulturellen Szene gekennzeichnet, die sich nun auch in Kleinstädten und im ländlichen Raum etablierte. Im Zusammenhang mit der Entwicklung von neuen Organisationsformen begann die Szene „linke alternative“ Ausdrucksformen zu übernehmen: Es entstanden Zentren, Wohngemeinschaften, ein Haus in der Pfarrstraße in Berlin-Lichtenberg wurde von rechtsextremen Jugendlichen besetzt, welches sich eine Zeitlang zu einer rechtsextremen Zentrale entwickelte. Die Jagd auf Flüchtlinge war zentraler Bestandteil eines rechtsextremen Lebensgefühls, welches mit den gewalttätigen Ausbrüchen in Rostock-Lichtenhagen und Hoyerswerda einen ersten traurigen Höhepunkt erlangte.

Zunächst war es vor allem die rechtsradikale Skinheadszene, die durch die Herausstellung ihrer Militanz Bahnhofsplätze, Tankstellen oder andere öffentliche Plätze in temporäre Angsträume verwandelt hat, d. h. Räume, die zu bestimmten Zeiten von rechtsextrem orientierten Jugendlichen dominiert wurden. Hier wurden potenzielle Feinde und Migrant/innen angepöbelt oder angegriffen. Gleichzeitig gelang es etlichen rechtsextrem orientierten Jugendgruppen in vielen Städten Jugendzentren zu dominieren. Bernd Wagner spricht von der „Ausprägung einer Kontrastgesellschaft, die der demokratischen Bindung nicht bedarf“ (Wagner 1998: 3).

Nachbarschaft und lokale Zivilgesellschaft

Organisierter Rechtsextremismus und rechtsextremer Jugendlifestyle sind deutliche Manifestationen von rechtsextremen Haltungen, die demonstrativ im öffentlichen Raum in Erscheinung treten. Sie finden in einem spezifischen Klima der jeweiligen Nachbarschaft und Stadtgesellschaft statt, und deshalb ist es wichtig zu fragen, wie Nachbarschaften und die lokalen Zivilgesellschaften auf diese rechtsextremen Handlungen reagieren. Rechtsextreme Strukturen und Handlungen können durch das Klima in der Nachbarschaft oder der Stadt behindert oder befördert werden. Dabei besteht das Klima aus der Summe von Verhaltensweisen und Einstellungen der Bewohner/innen einer Nachbarschaft und einer Stadt. In der Nachbarschaft begegnen sich die Menschen gewollt oder ungewollt, hier finden alltäglich Kommunikation und Austausch statt und hier werden gesellschaftliche Konflikte um knappe Ressourcen ausgetragen und oftmals ethnisiert. Hier treten alltägliche Formen von Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und sozialer Ausgrenzung auf, die eine gleichberechtigte Teilnahme von Menschen aufgrund ihres Aussehens, ihrer Herkunft, ihrer religiösen Orientierung oder ihres Aufenthaltsstatus am gesellschaftlichen Leben in ihrem Wohngebiet und in ihrer Stadt beschränken.

Diese Verhaltensweise steht in einem engen Zusammenhang mit der Einstellung und den kulturellen Deutungsmustern der Bewohner/innen. Ein wesentlicher Bestandteil des Rechtsextremismus ist Fremdenfeindlichkeit und Rassismus (Stöss: 2000: 25f.). Diese Elemente sind wesentlich verbreiteter als rechtsextreme Einstellungen und prägen die kulturellen Deutungsmuster eines erheblichen Teils der Bevölkerung. Rassismus stellt ein Dominanzverhältnis dar, welches alle Ebenen des sozialen Lebens und gesellschaftlicher Strukturen durchdringt; dabei werden aufgrund äußerlicher Merkmale Menschen differenziert, abgewertet und sozial ausgegrenzt. Im Alltag treten unterschiedliche Formen von Rassismus im Kontext von Alltag und Nachbarschaft zu Tage: Offenen Rassismus erleben Migrant/innen, beispielsweise wenn ihnen die Anmietung einer Wohnung oder der Zutritt zu einer Diskothek verweigert wird. Auch Beschimpfungen und Anpöbeln von Migrant/innen oder Afrodeutschen müssen hierzu gezählt werden.

Struktureller Rassismus ist eine Form der institutionellen Ausgrenzung von der Teilhabe an gesellschaftlichen Ressourcen, beispielsweise Bildung, Lohnarbeit, demokratischen Rechten. Im lokalen Raum wird diese Form besonders deutlich in der Behandlung von Asylbewerber/innen, denen der Zugang zu wesentlichen Ressourcen per Gesetz verweigert wird. Eine dritte Form ist der Alltagsrassismus, z.B. durch die alltägliche diskriminierende Kommunikation unter Nachbar/innen, Kolleg/innen etc.

Nachbarschaft und öffentlicher Raum sind also ein wesentlicher Bestandteil des Klimas, in dem organisierter und subkultureller Rechtsextremismus agiert und sich verfestigen kann. Andererseits liegt hier auch ein Schlüssel zur Entwicklung von nachhaltigen Gegenstrategien. Aus den Erfahrungen in Städten und Gemeinden in Ostdeutschland werden vier Typen von Reaktionsweisen lokaler Akteure erkennbar, die sich auch zeitlich zuordnen lassen:

- Der erste Typ war vor allem bis 2000 verbreitet und übersah bzw. unterschätzte die Etablierung einer rechten Jugendkultur und rechtsextremer Organisationsstrukturen. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse beschrieb diese Haltung in der Kommunalpolitik treffend als eine Mischung „von Blindheit, Nicht-Wahrhabens-Wollen, Beschönigen und Hilflosigkeit gegenüber den Erscheinungen des Rechtsextremismus“ (Die Zeit v. 27.6. 2000). Kommunalpolitiker/innen versuchten die Entwicklung auf ein Problem rivalisierender Jugendbanden zu reduzieren und sorgten sich um das Image der Stadt, wenn Rechtsextremismus von Opfern und Akteur/innen thematisiert wurde.
- Ein zweiter Typ von Umgangsweisen mit rechtsextremen Handlungen und Erscheinungen hat eine indirekte Förderung zur Folge. So kam es Mitte der 1990er Jahre mitunter durch eine falsch verstandene „akzeptierende Jugendarbeit“ dazu, dass rechtsextreme Bands und organisierte Rechtsradikale öffentliche Jugendeinrichtungen nutzen konnten oder dass zunächst gerade nicht- rechtsorientierte Jugendkulturen behindert wurden. Rechtsextreme Entwicklungen sollten aus der öffentlichen Wahrnehmung herausgehalten werden, um das Image der Stadt nicht zu beschädigen (Wagner 2002: 20).
- Der dritte Typ von Handlungsweisen reagiert explizit durch eine Vielzahl von meist pädagogisch orientierten Projekten und Aktionen für Toleranz, gegen Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Die meisten Projekte und Aktionen sind auf Jugendliche ausgerichtet. Nur in wenigen Fällen wurde das gesamte Gemeinwesen in den Blick genommen und dann nur temporär. Viele der Maßnahmen hatten so nur einen kurzfristigen Mobilisierungseffekt, vielfach fehlte die Orientierung auf eine nachhaltige Wirkung. Auch die Vernetzung der beteiligten Akteure wird oft vernachlässigt (vgl. Roth u.a. 2003: 17).
- Als ein vierter Typ der Reaktion können Versuche von Städten, Gemeinden und Berliner Bezirken bezeichnet werden, ihre lokale Zivilgesellschaft für Demokratie und Toleranz zu mobilisieren. Ein direkter Bezug zum lokalen Raum und das Bestreben, alle Akteure für ein gemeinsames Ziel zu gewinnen, kennzeichnen diesen Ansatz. Es gibt typischerweise einen kommunalen Zusammenschluss von Akteur/innen in Form eines Bündnisses, Forums oder Beirats und oft wird die Leitung durch die Bürgermeisterin bzw. den Bürgermeister übernommen. Eingebettet sind die Maßnahmen in ein gemeinsames Handlungskonzept, das neben pädagogischen auch symbolische Aktionen für die Stadtöffentlichkeit und Unterstützungsangebote für die Opfer von rechtsextremen Übergriffen beinhaltet. Durch eine enge Vernetzung der Akteure kann auf Aktivitäten von Rechtsextremen (Aufmärsche, Übergriffe etc.) relativ schnell reagiert werden.

Seit 2000 gibt es in einigen Städten in Ost- wie Westdeutschland so genannte lokale Aktionspläne, die darauf abzielen, Handlungskonzepte gemeinsam mit der städtischen Zivilgesellschaft und professionellen Akteuren (Jugendhilfe, Schule, Polizei etc.) umzusetzen, welche auf einer Situations- und Ressourcenanalyse und gemeinsam festgelegten Leitzielen basieren. Die Erfahrungen hier zeigen, dass es möglich ist, die städtische Zivilgesellschaft gegen Rechtsextremismus zu mobilisieren und ein demokratisches Klima im städtischen Raum zu fördern (Camino 2001, Zentrum Demokratische Kultur 2003).

Die lokalen Akteure stellen hier unter Beweis, dass sie Rechtsextremismus in jeglicher Ausprägung als einen Angriff auf die demokratische Stadtkultur verstehen und deshalb dazu entschlossen sind, diesen mit einer breiten Palette an Maßnahmen zu bekämpfen.

Für eine Großstadt wie Berlin können Gegenstrategien allerdings nicht auf die einzelnen Bezirke beschränkt bleiben. Organisierter Rechtsextremismus und rechtsextreme Jugendsubkultur haben ebenso wie alltäglicher Rassismus und Antisemitismus den sozialen Nahbereich beispielsweise Nachbarschaft, Schule oder Betrieb zum Ausgangspunkt. Allerdings wirken diese Phänomene über den sozialen Nahbereich hinaus auf die gesamte Stadt: Aufmärsche von Rechtsextremen, Treffpunkte von rechtsextremen Jugendlichen verlagern sich, Organisationen erweitern ihren Einflussbereich etc. Auf der anderen Seite prägen landes- und bundesweite Diskurse beispielsweise über die „Verwertbarkeit“ und Nützlichkeit von Menschen (Asyldebatte, Debatte über „Sozialschmarotzer“) auch das gesellschaftliche Klima in den verschiedenen Sozialräumen. Beide Aspekte machen es notwendig, Verfahren der Bearbeitung von bezirksübergreifenden Problemlagen und den Austausch von Know How über die Bezirksgrenzen hinaus zu entwickeln. Für Berlin ergeben sich aus meiner Sicht drei Ansatzpunkte zur Kooperation zwischen den Bezirken und möglicherweise auch mit den umliegenden Gemeinden und Städten in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus:

1. *Transfer von Erfahrungen.* Mittlerweile sind eine Vielzahl von Maßnahmen und Aktionen gegen die verschiedenen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus und Rassismus entwickelt und angewandt worden. Vielfach werden diese Erfahrungen zu wenig gesichert und evaluiert. Insbesondere über Maßnahmen, die eine nachhaltige sozial-räumliche Wirkung – also die Nachbarschaft und bezirkliche Zivilgesellschaft - zum Ziel haben und über den oben beschriebenen kurzzeitigen Mobilisierungseffekt hinaus gehen, sollte ein Austausch der politisch Verantwortlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren zwischen den Bezirken angeregt werden, der die lokalen Diskurse in den Bezirken verbindet. Neben einem überbezirklichen Wissenstransfer muss es auch darum gehen, die lokalen Erfahrungen auf der landesweiten Ebene in den politischen und medialen Diskurs einzubringen.
2. *Verständigung über Strategien.* Die vorliegenden sozialräumlichen Analysen und vorgeschlagenen Handlungsstrategien gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus sind eine gute Grundlage für die Diskussion zwischen den politisch Verantwortlichen und Akteuren der Zivilgesellschaft, um Strategien für bezirksübergreifende Problemlagen, beispielsweise Aufmärsche von organisierten Rechtsextremen oder alltäglichen Rassismus und Antisemitismus, zu entwickeln. Neben der Verständigung über Strategien sollte ein solcher Diskussionsprozess den Aufbau von Unterstützungsstrukturen zum Ziel haben.
3. *Entwicklung eines sozial-räumlichen Monitoring.* Langfristig sollte der hier vorgeschlagene Prozess den Aufbau eines belastbaren Arbeitszusammenhanges von Akteuren der Zivilgesellschaft und politischen Verantwortlichen aus den Bezirken und der Landesebene zum Ziel haben, der sich dauerhaft mit den verschiedenen Phänomenen des Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus auseinandersetzt. Eine wichtige Aufgabe eines solchen Arbeitszusammenhanges wäre die zeitnahe Analyse der sozial-räumlichen Entwicklung der verschiedenen Phänomene auf Grundlage der Berichterstattung von Polizei, Verfassungsschutz, Mobiler Beratung, Opferberatungen, Bezirksverwaltungen und zivilgesellschaftlichen Organisationen. Im Zusammenhang mit den verschiedenen Arbeitsbereichen wie Kommunalverwaltung, Jugendeinrichtung, Schule, Polizei, Wohnungsbaugesellschaft etc. sollte der Verständigungsprozess effektive Strategien im sozial-räumlichen Kontext aufzeigen.

Literatur

Brodkorb, Mathias 2002: Metamorphosen von Rechts, in: Friedrich Ebert Stiftung Landesbüro / Mecklenburg - Vorpommern (Hg.): Gibt es einen modernen Rechtsextremismus? Rostock, S. 2-65

Butterwegge, Christoph 2000: Entschuldigungen oder Erklärungen für Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt? in: Ders. / Lohmann Georg (Hg.): Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt – Analysen und Argumente, Opladen, S. 13-36

Camino – Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich 2001: Lokaler Aktionsplan für Toleranz und Demokratie gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit für die Landeshauptstadt Potsdam, Potsdam

Dornbusch, Christian / Raabe, Jan 2003: 20 Jahre RechtsRock – Vom Skinhead zur Alltagskultur; in: Dies. (Hg.): RechtsRock – Bestandsaufnahme und Gegenstrategien, Münster, S. 19-50

Roth, Roland / Lynen von Berg, Heinz / Benack, Anke 2003: Programme und Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Fragen und Anmerkungen zu ihrer wissenschaftlichen Begleitung; in: Lynen von Berg, Heinz / Roth, Roland (Hg.): Maßnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleiten, Opladen, S. 9-26.

Stöss, Richard 2000: Rechtsextremismus im vereinten Deutschland, Berlin

Wagner, Bernd 1998: Einleitung: Demokratie und ihre Gefährdung; in: Zentrum für Demokratische Kultur (Hg.): Rechtsextremismus heute. Eine kurze Einführung für Lehramt, Verwaltung, Polizei, Justiz und soziale Arbeit, Bulletin, Schriftenreihe des Zentrums für Demokratische Kultur, Heft 3, Berlin, S. 3-5.

Wagner, Bernd 2002: Kulturelle Subversion von rechts in Ost und Westdeutschland; in: Grumke, Thomas / Wagner, Bernd (Hg.): Handbuch Rechtsradikalismus, Opladen, S. 13-28

Zentrum Demokratische Kultur 2003: Lokaler Aktionsplan Lichtenberg – für Demokratie und Toleranz – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus, Berlin

Sanem Kleff

Die Analysen und Lokalen Aktionspläne-Strategien gegen demokratiefeindliche Phänomene in der Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung

Die durch das Zentrum Demokratische Kultur erstellten Kommunalanalysen wollen eine aktuelle Bestandsaufnahme der ideologischen Orientierung der Berliner Bevölkerung liefern. Sie sind gerade durch ihre kleinteilige Arbeitsweise auf bezirklicher Ebene aussagekräftiger als umfassende Analysen der gesamten Stadt.

Um demokratiefeindliche Haltungen in der Mehrheits- und der Minderheitsgesellschaft genauer betrachten zu können und daraus Hinweise auf mögliche Gegenstrategien abzuleiten, ist zuerst ein Überblick über diese Phänomene herzustellen. Die vorliegenden Kommunalanalysen bieten hierfür eine Grundlage. Bis zur Entwicklung ausgereifter Gegenmaßnahmen oder Schritte zur Prävention ist jedoch noch ein langer Weg.

Die folgenden vier Fragen sollen einen Beitrag dazu leisten, konkretere Vorstellung von möglichen Gegenstrategien zu entwickeln.

1.Frage: Um welche Ideologien geht es?

In der Kommunalanalyse des Bezirkes Mitte werden zum Beispiel folgende Ideologien als demokratiegefährdend angeführt: Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus, Islamismus, Sexismus, Homophobie, Antiziganismus.

Diese Auflistung macht deutlich, dass sich demokratiegefährdende Ideologien und Aktivitäten auf die unterschiedlichsten Opfergruppen beziehen, aber auch von allen Teilen der Bevölkerung ausgehen können. Demnach ist eine eindeutige Unterscheidung der Bevölkerung in Täter und Opfer nicht möglich. Die Individuen begegnen uns mal als Täter und mal als Opfer.

Bei der Analyse der Tätergruppen wird als eine Ursache für ihre Hinwendung zu demokratiefeindlichen und tendenziell gewalttätigen Ideologien die mangelnde Anerkennung ihrer eigenen Person angeführt. Ich stimme dem insofern zu, als dass generell davon ausgegangen werden kann, dass die Bereitschaft des Einzelnen Gewalt auszuüben immer in einer positiven Korrelation zu seinem mangelnden Selbstwertgefühl steht.

2. Frage: Woher speist sich die Tendenz zu demokratiefeindlichen Ideologien?

Als einen Grund für das offensichtlich weit verbreitete Gefühl mangelnden Selbstwertgefühls nennt das Zentrum Demokratische Kultur das Fehlen des Faktors Arbeit als einer möglichen Quelle der Anerkennung: Mangelnde Anerkennung fördert die Gewaltbereitschaft des Einzelnen. Arbeit gibt Anerkennung. Es gibt nicht genug Arbeit für alle, also auch nicht genug Anerkennung für alle und somit eine größere Gewaltbereitschaft.

So sehr es auch zutrifft, dass Arbeit nach wie vor eine der wichtigen Möglichkeiten zur Steigerung des Selbstwertgefühles sein kann, so unzutreffend wäre es einen unmittelbaren Zusammenhang zwischen der zunehmenden Arbeitslosigkeit breiter Schichten und dem möglichen Anwachsen der Gewaltbereitschaft herzustellen. Es besteht zwar auch an dieser Stelle eine positive Korrelation zwischen Arbeitslosigkeit und Gewaltbereitschaft, beide Phänomene sind aber nicht zwingend miteinander verbunden.

Ein Blick auf die Auflistung der demokratiefeindlichen Phänomene zeigt, dass diese Ideologien nicht immer physische Gewalt anwenden müssen. Alle oben genannten Ideologien gibt es auch ohne körperliche Gewalt.

Wahrscheinlich liegt ein Grund für die Attraktivität demokratiefeindlicher Ideologien in ihrem Versprechen, die Welt zu einer - zumindest für ihre Anhänger - besseren Welt zu machen, als es demokratischen Strukturen oder dem parlamentarischen System gelungen sei.

3. Frage: Gibt es Besonderheiten bei der Mehrheits- und der Minderheitsbevölkerung?

Um erfolgversprechende Strategien zur Bekämpfung demokratiefeindlicher Phänomene in der Mehrheits- und Minderheitsgesellschaft entwickeln zu können, muss geklärt werden, ob es für Bevölkerungssteile mit und ohne Migrationshintergrund unterschiedliche Gründe gibt, sich von demokratischen Vorstellungen zu entfernen.

Auf den ersten Blick sind hier kaum Unterschiede auszumachen. Haltungen und Ideologien wie der Antiziganismus, der Antisemitismus, die Homophobie oder Sexismus sind unterschiedslos bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund vorzufinden.

Auf den zweiten Blick wird aber deutlich, dass beide Gruppen vor allem aus zwei Gründen teilweise gesondert betrachtet werden sollten.

Erster Grund: Menschen mit Migrationshintergrund können aus ihrer gesellschaftlichen Position heraus zusätzliche Feindbilder entwickeln, die sich zum Beispiel gegen die Mehrheitsgesellschaft richten. Immerhin ist kaum anzunehmen, dass auch deutschstämmige Personen sich einer explizit deutschenfeindlichen Haltung anschließen. An solchen Stellen wird es notwendig, eigenständige Gegenstrategien für die jeweilige Gruppe zu entwickeln

Zweiter Grund: Auch wenn der Zulauf zu demokratiefeindlichen Ideologien aus beiden Bevölkerungsgruppen erfolgen kann, gibt es doch eine unterschiedliche Gewichtung bei den Anhängern der einen oder anderen Ideologie.

Besonders augenfällig wird dies bei demokratiefeindlichen Ideologien wie dem Islamismus, die ursprünglich vor allem durch die Migration von Trägern dieser Ideologie in unsere Gesellschaft getragen wurden. Auch wenn mittlerweile ein nicht unbeachtlicher Teil der Spitzenfunktionäre und gewichtigen Akteure sich aus konvertierten Mitgliedern der Mehrheitsgesellschaft zusammensetzt, bleibt immer noch die Dominanz der Anhänger mit Migrationshintergrund. Umgekehrt sind die Verteilung der Anhänger eines „Arischen Rassismus“ fast ausschließlich Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft.

4. Frage: Unterschiedliche Strategien gegenüber Ideologen, Funktionäre und Mitläufern?

Diese Frage ist in den letzten Jahren in verschiedenen Kontexten gestellt worden. Insbesondere im Zusammenhang mit der Bekämpfung des Rechtsradikalismus ist mittlerweile deutlich geworden, dass unterschiedliche Strategien in Bezug auf die unterschiedlichen Akteure innerhalb der demokratiefeindlichen Ideologien benötigt werden.

Dies bedeutet, dass ein Teil der Gegenstrategien sich auf die Entwicklung unterschiedlicher Strategien gegenüber den unterschiedlichen Akteuren konzentrieren muss.

Schlussfolgerungen

Die genannten Gründe scheinen dafür zu sprechen, demokratiefeindliche Phänomene und die dazugehörigen Akteure präzise von einander zu unterscheiden und letztlich unterschiedliche Ansätze zu ihrer Bekämpfung zu entwickeln. Dies mag in einem bestimmten Ausmaß tatsächlich zutreffen, beschreibt aber nicht den eigentlichen Kern einer erfolgversprechenden Gegenstrategie.

Tatsächlich sind diese Ideologien auf vielfältige Weise mit einander verbunden, bedingen sich gegenseitig oder können zum Teil nur aufrechterhalten werden, weil andere Ideologien ihnen überhaupt eine Grundlage bieten.

Tatsächlich sind aber auch die Akteure nicht eindeutig und abschließend einer bestimmten Rolle innerhalb dieser Strömungen zuzuordnen. Alle Akteure spielen mehrere Rollen gleichzeitig. Die von Sexismus Betroffene junge Frau kann führende Funktionärin in einer rechtsradikalen Organisation sein, der Vorsitzende einer islamistischen Organisation kann Opfer rassistischer Übergriffe werden etc.

Die Kommunalanalysen deuten auf einen erfolgversprechenden Zugang hin: der Bezirk als Ganzes steht hier im Mittelpunkt. Es erscheint sinnvoll, die einzelnen Bezirke in ihrer Eigenheit als Ganzes zu betrachten und dabei alle Bevölkerungsgruppen primär als Bürgerinnen und Bürger des Bezirkes zu betrachten. Eine Gegenstrategie würde dann die ganze Bevölkerung in ihrer engen Verflechtung miteinander ins Visier nehmen. Ein solcher „ganzheitlicher“ Ansatz würde sich darauf konzentrieren ein Mehr an Anerkennung des Einzelnen, nicht nur, aber vor allem, durch gegenseitige Anerkennung zu fördern.

Zur Stärkung der demokratischen Potentiale würde die Zielgruppe nicht primär nach ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht, ihrem Alter oder ihrer sexuellen Orientierung unterschieden, sondern allein nach ihrer Demokratieauffassung.

Dabei dürfen die spezifischen Bedürfnisse der Individuen nicht außer Acht gelassen werden. Sicherlich können Angebote der politischen Bildung nicht die unterschiedliche Sprachkompetenz der Teilnehmerinnen und Teilnehmer ausblenden, sondern müssen entsprechend gestaltet sein.

Ziel der Gegenstrategien zu demokratiegefährdenden Phänomenen sollte die Ausformulierung einer gemeinsamen demokratischen Leitkultur sein. Einer Kultur des Umganges miteinander, die es allen ermöglicht, mit einem Höchstmaß an persönlicher Anerkennung ihren Lebensalltag zu gestalten und entsprechend bei Allen die Gewaltbereitschaft zu minimieren.

Wie eine solche Strategie im Einzelnen aussehen kann, welche Akteure dabei welche Rolle spielen könnten und welche Netzwerke dafür erst einmal gebildet werden sollten, gilt es nun zu klären.

Andreas Germershausen

Welche Konsequenzen ergeben sich aus den Bezirksstudien und Lokalen Aktionsplänen für die Landespolitik?

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Forum 5 bestätigten, dass die Veranstalter eine richtige Entscheidung getroffen haben, indem sie den Schwerpunkt der Tagung auf die Bezirke legten. Die Sicherung von Strukturen und Interventionen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus muss vor Ort erfolgen. Gleichzeitig unterscheidet sich die Situation zwischen den Berliner Quartieren stark, und diese unterschiedlichen Situationen lassen sich nur schwer von außen überblicken. Insofern bestand ein starkes Interesse daran, zunächst die wichtigsten Ergebnisse aus den Bezirksstudien zu resümieren. Für die Arbeitsgruppe ergab sich daraus ein Vorgehen in drei Schritten:

- Erstens eine Zusammenfassung der Lage in Berliner Bezirken und der Entwicklung von Strategien gegen Rechtsextremismus. Im Vordergrund standen dabei die Mobilien Beratungsteams, aber auch die Erfahrungen anderer Akteure. Mehrere Teilnehmer gehören selbst zu aktiven Nichtregierungsorganisationen oder sind auf andere Weise mit dem Thema befasst, zum Beispiel als Mitarbeiter Öffentlicher Verwaltungen.
- Zweitens eine Bestandsaufnahme der im Land Berlin getroffenen Maßnahmen; darunter fallen zum einen die Kernaufgaben, die einzelne Verwaltungen erfüllen; zum anderen zusätzliche Programme, die die Verwaltungen gemeinsam mit Nichtregierungsorganisationen umsetzen.
- Im Ergebnis dieser beiden Schritte wurden drittens Forderungen an die Landespolitik formuliert.

Den Blick auf die Bezirke richtete *Bianca Klose*, die in ihrem Einführungsreferat die Situation in drei Berliner Bezirken analysierte, in denen das von ihr geleitete Projekt „*Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin*“ (MBR) aktiv ist. Der in dieser Dokumentation enthaltene, zur Drucklegung im April 2005 aktualisierte Beitrag untersucht Erscheinungsformen des Rechtsextremismus in Lichtenberg, Pankow und Treptow - Köpenick (s. unten). Zum Teil fungieren Bezirke als „ruhiges Hinterland“; es haben sich Infrastruktur und Geschäfte entwickelt, die von Rechtsextremen aufgesucht werden und die die Autorin in ihrer Summe als rechtsextreme Erlebniswelten beschreibt. In den Bezirken kommt es aus unterschiedlichen Anlässen zu politischen Aufmärschen, die von mehreren Kameradschaften und der *NPD* organisiert werden. Diese Organisationen bemühen sich darum, gerade unter Jugendlichen Mitglieder anzuwerben. Gegen solche Bemühungen setzen sich unterschiedliche Gruppen zur Wehr, zum Beispiel eine Arbeitsgruppe von Jugendeinrichtungen und der Runde Tisch in Treptow - Köpenick unter Vorsitz des Bezirksbürgermeisters.

Carl Chung vom *Mobilien Beratungsteam Ostkreuz der Stiftung SPI* (MBT Ostkreuz) stellte die Situation insbesondere in Marzahn-Hellersdorf dar. Die Erfahrung des *MBT Ostkreuz* fasst *Chung* in 15 Thesen und Forderungen zusammen (s. unten). Besorgniserregend sei vor allem die latente Zustimmung, die Rechtsextreme auch bei Gewaltstraftaten zum Teil erfahren. Nach Einschätzung des Autors sind rechtsextreme Einstellungen nicht nur auf marginale Randgruppen beschränkt. Vor diesem Hintergrund appelliert *Chung* auf eine längerfristig angelegte Strategie der Verwaltungen in Zusammenarbeit mit Initiativen der Zivilgesellschaft.

Die Reaktionen des Landes Berlin auf demokratiefeindliche Bestrebungen fasste *Andreas Germershausen*, Referent beim *Integrationsbeauftragten des Senats*, zusammen.

Neben Maßnahmen von Polizei, Verfassungsschutz, Justizbehörden und anderen Verwaltungen wies er insbesondere auf die Landeskommision Berlin gegen Gewalt und Sonderprogramme des Senats hin: das Programm „*RespectABel*“ der Jugendverwaltung und die „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ des Integrationsbeauftragten. Eine aktuelle Übersicht über die Maßnahmen des Senats bietet das Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 18, herausgegeben von der *Landeskommision Berlin gegen Gewalt* (2004).

In der Diskussion bestand Konsens, dass sich Probleme des Rechtsextremismus nicht auf einzelne Quartiere eingrenzen lassen. Zwar hätten die Referate den Blickpunkt auf Ostberliner Bezirke gelenkt; jedoch gäbe es auch in Westbezirken besorgniserregende Entwicklungen. Bestätigt wurde die Einschätzung, dass Rechtsextremismus nicht als ein Jugendproblem einzustufen sei, obgleich rechte Parteien insbesondere unter jungen Menschen aktiv mobilisieren. Arbeitslosigkeit und sonstige Phänomene sozialer Desintegration begünstigten zwar demokratiefeindliche Bestrebungen, diese könnten jedoch nicht mit ökonomischen Problemen erklärt werden. Am Forum teilnehmende Vertreter der Polizei unterstrichen ihr Interesse an einer Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, die das gesellschaftliche Umfeld eher beeinflussen können als die Polizei.

Die Ergebnisse des Forums lassen sich in acht Thesen zusammenfassen. Die ersten vier beziehen sich auf die Zusammenarbeit zwischen Land und Bezirken, Thesen 5 bis 8 auf die Förderung von Initiativen zivilgesellschaftlicher Gruppen:

1. Die von unterschiedlichen Institutionen finanzierten Initiativen und Einzelmaßnahmen erscheinen als ein unübersichtliches „Patchwork“. Dringlich ist eine transparente Darstellung der Einzelmaßnahmen in den Bezirken, die die Maßnahmen der Landesverwaltungen einbezieht.
2. In Bezirken werden Lokale Aktionspläne umgesetzt. Einzubeziehen sind dabei auch Landesverwaltungen, so die Schulverwaltung. Unterschiedliche Zuständigkeiten haben im Einzelfall dazu geführt, dass Maßnahmen in Schulen später umgesetzt werden als dies im Lokalen Aktionsplan vorgesehen war. Zur Koordination der Einzelmaßnahmen auf Bezirksebene sind Präventionsräte ein geeignetes Mittel – unter Leitung der Bezirksbürgermeister und Beteiligung von Wirtschaft, Schule und anderen.
3. Angesichts der Unübersichtlichkeit der einzelnen Maßnahmen und Initiativen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ist ein Leitplan nötig, der eine transparente Überprüfung der Maßnahmen erlaubt. Dieser Plan ist breit genug auszulegen, damit unterschiedliche Interessen auf Bezirks- und Landesebene berücksichtigt werden können. Insofern wäre eher von einer Verzahnung und Konzertierung der Maßnahmen der Bezirke und des Landes zu sprechen.
4. Entscheidend ist eine offensivere Kommunikation. Fachgespräche wie das in unserem Forum sind nötig, ebenso jedoch eine Vermittlung in die Breite. Dabei kommt den Medien große Bedeutung zu, einschließlich dem Unterhaltungsbereich. Allerdings kann die Kommunikation nicht den Massenmedien allein überlassen werden. Dringlich sind öffentlichkeitswirksame Initiativen von Fachleuten und Freien Trägern in Kooperation mit Medien. Zudem sind kleinräumigere Kommunikationsforen erforderlich: innerhalb und zwischen Bezirken. Dabei sind Imageprobleme offen anzusprechen, die Bezirke zum Teil mit der Thematisierung des Rechtsextremismus haben, weil sie eine Identifizierung ihres Bezirks als „rechts“ befürchten.
5. In der Förderpolitik ergänzen Sonderprogramme die Maßnahmen der Regelförderung. Regeldienste (insbesondere der Jugendhilfe) sind zu sichern und aufzustocken. Grundsätzlich wird die Verlagerung der Entscheidungskompetenz auf die Sozialraumebene begrüßt. Dafür ist allerdings eine ausreichende Ausstattung der Sozialräume erforderlich.

6. Innovative Anstöße zur Förderung von Demokratie durch Sonderprogramme (Bund und auch Land) sind positiv. Nachdem Maßnahmen Freier Träger jedoch nun evaluiert wurden, sollten bewährte Projekte Planungssicherheit erhalten. Zum Teil ist der Aufwand für die Beantragung der Weiterförderung unverträglich groß. Daraus ergibt sich die Forderung nach einer längerfristigen Förderung von positiv evaluierten Maßnahmen Freier Träger. Zudem fordern Freie Träger Rückmeldungen über die Evaluationsergebnisse ein.
7. Freie Träger fordern Rückendeckung durch die Landesverwaltungen. Nach Auftragserteilung ist den Trägern Freiheit in der Arbeit zuzugestehen, gleichzeitig aber Unterstützung gegenüber anderen Stellen im Land und ein deutliches Interesse an dem Auftrag zu dokumentieren.
8. Die Weiterförderung der Maßnahmen setzt eine weitere Bund - Länder - Mischfinanzierung voraus. Das Land Berlin sollte sein Interesse an dieser Weiterförderung deutlich machen. Die aktuelle Abgrenzung zwischen den Bundesprogrammen (CIVITAS, ENTIMON, XENOS) wäre zu überdenken. Auch darauf kann das Land eher einwirken als die Bezirke.

Bianca Klose

Analyse der rechtsextremen Strukturen und Entwicklungen in Lichtenberg, Pankow und Treptow-Köpenick - den Schwerpunktbezirken der MBR

Überblick Lichtenberg

Die Lichtenberger Situation hinsichtlich Rechtsextremismus ist charakterisiert durch Übergriffe, Aufmärsche sowie „rechtsextreme Erlebniswelten“, Infrastruktur und Mischszenen.

Nach den Darstellungen der Senatsinnenverwaltung zu urteilen, finden in Lichtenberg die meisten Gewaltstraftaten im Berliner Vergleich statt (1). Die bekannt gewordenen Übergriffe wurden i.d.R. spontan von nicht-organisierten, erwachsenen Männern begangen. Nach zivilgesellschaftlichen Erhebungen (2) zu urteilen entfällt ein Großteil der angezeigten Gewaltstraftaten, aber auch von nicht angezeigten Bedrohungen, Pöbeleien und Übergriffen auf den öffentlichen Nahverkehr. Besonders betroffen sind hier die S-Bahnlinien S7/S75, besonders die Bahnhöfe Friedrichsfelde - Ost, Springpfuhl (Marzahn-Hellersdorf) und Hohenschönhausen. Auch in Hohenschönhausener Straßenbahnlinien kam es mehrmals zu Übergriffen. Hier zeigt sich immer wieder die besondere Situation des Öffentlichen Nahverkehrs als „Flaschenhals“. Potenziell Betroffene sind auf Verkehrsmittel angewiesen, ein Ausweichverhalten wie im sonstigen öffentlichen Raum ist ihnen hier kaum möglich. In keinem der zivilgesellschaftlich erfassten Fälle ist ein Eingreifen von Passant/innen bekannt, in einem Fall wurden die Täter durch Passagiere sogar unterstützt.

In Lichtenberg fanden 2004 mehrere rechtsextreme Aufmärsche statt: Am 10. Januar 2004 eine überregionale Demonstration von Kameradschaften gegen die Verurteilung der Band *Landser* als kriminelle Vereinigung (ca. 200 Teilnehmer/innen), am 1. Mai 2004 als bundesweite Demonstration von *NPD* und Kameradschaften (2.200 Teilnehmende), am Abend der Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg (19. September 2004) als Spontandemonstration zur Feier der rechtsextremen Wahlergebnisse, am 19. November 2004 als Aufmarsch zur Behinderung der antifaschistischen „Silvio - Meier - Demonstration“ (ca. 70 Teilnehmende). Damit erweist sich Lichtenberg als eines der bevorzugten Aufmarsch-Gebiete der rechtsextremen Szene. Neben polizei-taktischen Erwägungen ist Lichtenberg nicht nur aufgrund der relativen Innenstadtnähe für Rechtsextreme attraktiv, sondern wird von ihnen auch als eigenes „Hinterland“ betrachtet.

Hinweis auf die Entstehung eines „ruhigen Hinterlands für Rechtsextreme“ ist auch die verstärkte Entwicklung „rechtsextremer Erlebniswelten“. Mit diesem Begriff bezeichnet die *MBR* eine Entwicklung, die es Rechtsextremen ermöglicht, große Teile ihrer Freizeit in einer szenenahen Umgebung zu verbringen. Dazu zählen Konzerteinrichtungen, Kneipen, Bekleidungsäden, Tatoostudios, Sporteinrichtungen (3). Diese Einrichtungen werden nicht in jedem Fall von Rechtsextremen betrieben und nicht immer ausschließlich von diesen besucht. Rechtsextreme können jedoch ungestört und selbstverständlich als Teil der Zielgruppe auftreten und werden als solche akzeptiert. Besonders interessant ist die personelle Überschneidung zu verschiedenen anderen Szenen, wie Hooligans oder Rockern. Dieses Phänomen wird wiederum als „Mischszene“ bezeichnet. Folge des Entstehens rechtsextremer Erlebniswelten und Mischszenen ist ein verstärkter Zusammenhalt, gestiegenes Selbstbewusstsein und die Einbindung der rechtsextremen Szene in die Gesellschaft vor Ort. Infrastrukturobjekte, die von Rechtsextremen genutzt werden können, zeichnen sich insbesondere durch eine Langlebigkeit aus. Denn, im Unterschied zu politischen Gruppierungen wie Kameradschaften, bewegen sich Geschäftemacher zumeist auf legalem Boden und können ihr materielles Auskommen mit dieser Infrastruktur bestreiten. Somit ergeben sich Schwierigkeiten in der Zurückdrängung „rechtsextremer Erlebniswelten“ – sie sind langlebig und widerstandsfähig.

Überblick Pankow

Der Großbezirk Pankow, zu dem seit der Bezirksfusion auch Weißensee und Prenzlauer Berg gehören, ist Wohn- und Aktionsort verschiedener rechtsextremer Gruppierungen, die ihre szenetypischen Aktivitäten entfalten. Im Berlinweiten Vergleich rechtsextremer Straftaten nimmt Pankow seit Jahren Spitzenpositionen ein. Dies hängt, zieht man die Untersuchung des Berliner Verfassungsschutzes zum Verhältnis von Wohn- und Tatort heran, auch damit zusammen, dass 17% der 490 Berliner Tatverdächtigen in Pankow wohnen (4).

Anders als in Lichtenberg, wo viele rechtsextreme Demonstrationen stattfinden, legt die rechtsextreme Szene in Pankow ihren Schwerpunkt auf Propagandaaktivitäten und somit auf den so genannten „Kampf um die Köpfe“. Allerdings kommt es auch hier immer wieder sowohl zu Übergriffen auf politische Gegner, den so genannten „Anti - Antifa - Aktivitäten“, als auch zu ungeplanten, rassistischen Übergriffen – vorwiegend an Verkehrsknotenpunkten - im urbanen, eher „linken“ Prenzlauer Berg.

Neben der *NPD* - Pankow, deren Kreisvorsitzender mittlerweile im Bundesvorstand der Partei ist, gibt es eine Vielzahl mehr oder weniger aktiver Kameradschaften. Im Jahr 2004 fielen vor allem die „*Vereinten Nationalisten Nordost*“ (*VNNO*) mit ihrer über mehrere Monate anhaltenden Aufkleberkampagne auf. Auf ca. 10.000 Aufklebern wurden nationalistische, ausgrenzende und menschenverachtende Parolen vertreten, wie z.B. „Deutsche kauft bei Deutschen. Nationale Solidarität gegen Überfremdung“; diese wurden von Buch bis Prenzlauer Berg im gesamten Bezirk geklebt. Kaum waren sie entfernt, klebten wieder neue – ein Umstand, der auf eine relativ gute Organisation der rechtsextremen Szene vor Ort schließen lässt. Es ist ferner davon auszugehen, dass die *VNNO* in Zusammenhang mit einem gewalttätigen Übergriff auf zwei junge Männer im Juli 2004 stehen, die angegriffen wurden, nachdem sie besagte Aufkleber entfernten.

Aber nicht nur die völkischen Parolen weisen auf eine Nähe zur *NPD* hin: Die *NPD* beeinflusst die Gesamtentwicklung im rechtsextremen Spektrum über Partei-Funktionäre, die als Schnittstelle zur lokalen Kameradschaftsszene fungieren. In Berlin resultiert das in einem zunehmend arbeitsteiligen Vorgehen und gemeinsamen Aktionen von aktionsorientierten Rechtsextremisten und *NPD* - Kadern, vor allem dem *NPD* - Kreisvorsitzenden Pankow. Somit ließen sich bei der Berliner *NPD* schon im Vorfeld bundesweiter Trends erfolgreiche Versuche der (erneuten) Anbindung an den aktionsorientierten Rechtsextremismus, wie z.B. Kameradschaften, verzeichnen. Im Jahr 2004 tauchte überdies eine weitere Kameradschaft, die „*Nationalen Aktivisten Prenzlauer Berg*“ (*NAPB*) auf, die erfolgreich die so genannte „Wortergreifungsstrategie“ verfolgten und u.a. versuchten, eine Anwohnerinitiative zu dominieren.

Die *NAPB* verfügt über einen eigenen Internetauftritt und trat auch auf Demonstrationen und mit Graffiti - Sprühereien vor allem im Prenzlauer Berg in Erscheinung.

Die beiden hier erwähnten Kameradschaften verfügen über eine gute Vernetzung innerhalb der Berliner Kameradschaftsszene und auch in die *NPD* hinein und sind in ihrer aktionsorientierten Vorgehensweise überdies bundesweit in Erscheinung getreten (z.B. im Januar 2005 in Dresden). Neben Propagandaaktivitäten und Aufkleberkampagnen gibt es Anzeichen dafür, dass aus den Reihen der *NPD* Anwerbeversuche in und vor Schulen unternommen werden. So wurden im Februar 2005 gezielt vor Schulen (und in deren Umfeld) Flugblätter zum Gedenken an Horst Wessel verteilt.

Neben dem *NPD*- und Kameradschaftsspektrum bestehen in Pankow mittlerweile vier Geschäfte, in denen rechtsextreme Bekleidungsmarken, Musik etc. vertrieben werden. Die Kaufkraft dieser Szene scheint zuzunehmen und die Aussicht auf ein gutes Geschäft zu bestehen, denn nicht alle Betreiber dieser Läden sind selbst dieser Szene zuzurechnen; daneben gibt es einige Kneipen, die von Rechtsextremen betrieben werden und eine Vielzahl von Kneipen, in denen Rechtsextreme verkehren und Jugendliche anwerben können.

Überblick Treptow - Köpenick

Für Treptow - Köpenick sind zwei Protagonisten besonders in den Blickpunkt zu rücken: die *Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)* und die Kameradschaft *Berliner Alternative Süd - Ost (BASO)*.

Analysiert man das Wirken der *NPD* im Bezirk Treptow - Köpenick anhand der so genannten „Drei - Säulen - Strategie“ der *NPD*, die unter der griffigen Formel: „Kampf um die Parlamente, Kampf um die Köpfe, Kampf um die Straße“ Bekanntheit erlangte, lässt sich feststellen, dass die *NPD* bisher als Wahlpartei nahezu bedeutungslos ist. Ihre Bedeutung im Bezirk bezieht die *NPD* derzeit vornehmlich aus der Bereitstellung einer Infrastruktur: Dort befinden sich sowohl die Bundesgeschäftsstelle als auch das geplante *Nationale Bildungszentrum (NBZ)* der Partei. Welchen Einfluss das *NBZ* im Rahmen des „Kampfes um die Köpfe“ zukünftig auf das politische Klima im Bezirk haben wird, muss nach der Eröffnung des Zentrums genau beobachtet werden. Allerdings erfuhr die *MBR* bereits in der Vergangenheit regelmäßig von Schulen in Treptow - Köpenick, dass Schüler/innen von der *NPD* oder ihr nahestehenden Personen geschult und für historische Debatten oder politische Diskussionen argumentativ vorbereitet worden seien.

Bezirkliche Wirkung zeigt die *NPD* in dieser Hinsicht auch dann, wenn sich Mitglieder des Bundespartei Vorstandes oder aber Eltern, die *NPD* - Mitglieder sind, für die Belange so genannter „nationaler“ Jugendlicher im Bezirk einsetzen. So war auf der parteieigenen Homepage im Juli 2003 ein Beitrag mit „Treptower Alltag“ überschrieben, der sich gegen den zeitweiligen Ausschluss eines rechtsextremen Jugendlichen aus einer Jugendfreizeiteinrichtung wandte.

Die Selbststilisierung als Opfer folgt dem rechtsextremen Kalkül, eindeutige demokratische Positionierungen und Aktivitäten zu diskreditieren. Angewendet wird hier die beispielsweise in Sachsen bereits für die *NPD* bewährte Strategie, lokale Themen aufzugreifen, lokalpolitisch zu intervenieren und sich so auf lokaler Ebene als Ansprechpartner für die Belange des „kleinen Mannes“ zu etablieren.

Für die Arbeit der *MBR* in Treptow - Köpenick war - bis zu ihrem Verbot im März 2005 - vor allem die lokal agierende Kameradschaft *Berliner Alternative Süd - Ost (BASO)* von Bedeutung, die im Sommer 2003 von einem ehemaligen *NPD* - Funktionär ins Leben gerufen wurde. Die *BASO* führte eine langfristig angelegte Kampagne für ein „Nationales Jugendzentrum“ in Treptow - Köpenick durch. Vermeintlich von der bezirklichen Jugendarbeit ausgegrenzten rechtsextrem-orientierten Jugendlichen sollte ein eigener Treffort geschaffen werden. Ziel war es, diese Jugendlichen besser in bestehende rechtsextreme Strukturen integrieren zu können und somit rechtsextreme Aufbau- und Nachwuchsarbeit zu betreiben. Um an die lokalen Diskurse anknüpfen zu können, wurden intensiv demokratische Handlungsoptionen unter antidemokratischen Vorzeichen genutzt.

Bürgersprechstunden des Bezirksbürgermeisters wurden aufgesucht, Briefe an politische Entscheidungsträger verfasst und auf Kundgebungen Flugblätter im vordergründig demokratischen Jargon an Bürger und Bürgerinnen verteilt, die in Unkenntnis des tatsächlichen rechtsextremen Hintergrunds durchaus Sympathien für die aufgestellten Forderungen zeigten.

Darüber hinaus bediente sich die *BASO* auch der ursprünglich von der *NPD* entwickelten sogenannten „Wortergreifungstrategie“, deren Ziel es ist, die eigenen rechtsextremistischen Positionen einzubringen und wenn möglich die Meinungsführerschaft auf Veranstaltungen der engagierten Zivilgesellschaft oder Parteipolitik zu übernehmen. Dabei wurde offensiv das Wort ergriffen und versucht, über eigene Diskussionsbeiträge die Themen zu bestimmen. Erklärtes Ziel war die Akzeptanz als normaler lokaler Diskussions- und Ansprechpartner sowie die Spaltung der Zivilgesellschaft, die sich zuweilen als unentschlossen im Umgang mit der Präsenz von Rechtsextremisten erwies.

In diesem Zusammenhang zeigte sich bei der *BASO* auch ein verändertes Erscheinungsbild, das längst nicht mehr dem Klischee des „hässlichen Rechtsextremisten“ in Bomberjacke und Springerstiefeln entspricht. Stattdessen favorisierten die Aktivisten ein „bürgernahes“ Auftreten und einen freundlichen Umgangston. Aus dem Umfeld der *BASO* begangene Gewalttaten zeigten aber dennoch, dass diese zivilgesellschaftliche Strategie nach wie vor mit dem Einsatz von Gewalt und Militanz gekoppelt ist.

Wie auch andere rechtsextreme Strukturen in Berlin, organisierte die *BASO* für ihre Anhängerschaft eine eigene, rechtsextreme Erlebniswelt, die vor allem Jugendliche emotional und lebensweltlich an sie binden sollte. Gemeinsame Fußballturniere, Kinobesuche und Kneipenabende bis hin zu symbolischen Besetzungen leer stehender Häuser mit der Forderung nach einem „nationalen Jugendzentrum“ stellten offenbar eine aktionsorientierte Attraktivität dar. Dies schlug sich darin nieder, dass feststellbar sowohl Aktivisten und Kader sowie das weitere Umfeld der *BASO* überwiegend jüngeren Alters waren. Darüber hinaus haben *BASO* - Aktivisten gelegentlich an Demonstrationen und Besuchen von Veranstaltungen außerhalb Berlins teilgenommen.

Inwiefern das Verbot der *BASO* rechtsextreme Aktivitäten im Bezirk Treptow - Köpenick nachhaltig beeinträchtigt, ist genauestens zu beobachten. Ein offenbar gezielter und geplanter Angriff von mehr als 15 Rechtsextremisten auf eine Veranstaltung in einer Köpenicker Jugendeinrichtung Anfang April 2005 lässt zumindest die Befürchtung zu, dass sich die rechtsextreme Szene schneller reorganisiert hat als erwartet.

Bisher haben sich relevante Teile der demokratischen Öffentlichkeit im Bezirk Treptow - Köpenick als durchaus resistent gegenüber den Anknüpfungspunkten und Forderungen der Rechtsextremisten erwiesen. Auf der Grundlage einer inzwischen intensiven Zusammenarbeit zwischen Kommunalpolitik und *MBR* drückt sich die hohe Qualität des bezirklichen Engagements in der offensiven Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus aus. Dies schlug sich in vielfältigen demokratischen Protestformen bei rechtsextremen Aufmärschen jeweils im Dezember 2003 und 2004 nieder.

Aufgrund der lokalen Probleme mit Rechtsextremismus gründete sich in einem Stadtteil ein Runder Tisch unter Vorsitz des Bezirksbürgermeisters, der auch von der *MBR* im Hinblick auf Gegenstrategien und Konzeptionsentwicklung beraten und begleitet wird. Eine Arbeitsgemeinschaft hat sich gegründet, die sich einer „Angstzone“ für Opfer rechtsextremer und rassistischer Bedrohung und Gewalt u.a. dadurch annimmt, den öffentlichen Raum demokratisch zu beleben und mit neuer Bedeutung zu besetzen, um ihn somit wieder für alle angstfrei zugänglich zu machen. Vor allem im Jugendbereich – dem Hauptbetätigungsfeld der *BASO* – ist einiges in Bewegung gekommen: Eine AG aus Leiter/innen verschiedener Jugendfreizeiteinrichtungen, Jugendamt und der *MBR* entwickelt in einem längerfristigen Prozess fachliche Qualitätsstandards in der Arbeit mit rechtsextrem-orientierten Jugendlichen, die perspektivisch für alle Jugendfreizeiteinrichtungen im Bezirk handlungsleitend sein sollen.

Das sind Beispiele, die Hoffnung machen. Denn nur eine engagierte Zivilgesellschaft hat durch ihre Präsenz und ein menschenrechtsorientiertes Handeln in der Öffentlichkeit und im Alltag jene Mittel in ihren Händen, um dem Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus etwas Wirkungsvolles entgegensetzen.

Neben der beschriebenen Fallarbeit der Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Trepow - Köpenick (5) sind die „Lokalen Aktionspläne“ in Lichtenberg und Pankow ein wichtiges Instrument in der Arbeit gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus. Die Entwicklung der Aktionspläne und der Prozess ihrer Umsetzung hat das jeweilige bezirkliche Engagement langfristig strukturiert. Begleitet durch die *MBR* und die jeweiligen Netzwerkstellen entwickeln die Bezirke Handlungsstrategien in zentralen Themenfeldern wie Jugendarbeit, Schule, interkulturelle Öffnung der Verwaltung, Sicherheit im öffentlichen Raum und Opferchutz, Förderung der demokratischen Zivilgesellschaft und Umgang mit Rassismus im Wohnumfeld. Bemerkenswert ist auch der veränderte Charakter der Debatten zu Rechtsextremismus: Seit Erstellung der Aktionspläne wird offener, sachlicher und lösungsorientierter argumentiert.

Carl Chung

Hasskulturen und Desintegration als Herausforderung - Thesen zum politischen Umgang mit Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Minderheitenfeindlichkeit

1. „Rechtsextremismus“ darf kein Konjunkturthema sein

Die Verteidigung der den Menschenrechten verpflichteten Demokratie gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus, Rassismus und Minderheitenfeindlichkeit ist eine langfristige Herausforderung für die Entwicklung der gesellschaftlichen und politischen Kultur. Kurzfristige Reaktionen auf spektakuläre Vorfälle reichen nicht aus, um dieser Aufgabe gerecht zu werden. Notwendig ist eine dauerhafte Stärkung der Abwehrbereitschaft gegen antihumanistische und demokratiefeindliche Tendenzen in allen Bereichen staatlichen Handelns und in der Zivilgesellschaft.

2. Hinter der Fratze des „Rechtsextremismus“: Ideologien der Ungleichheit

Im allgemeinen Sprachgebrauch ist „Rechtsextremismus“ ein Schlagwort, mit dem häufig komplexe Zusammenhänge auf gewaltzentrierte Klischees reduziert werden. Um sich wirksam mit Rechtsextremismus auseinander setzen zu können, muss man aber wissen, worum es dabei inhaltlich geht, nämlich um die Ablehnung des Gleichheitsprinzips, um die Überbewertung von ethnischer Gruppenzugehörigkeit, um Antipluralismus und Autoritarismus. Für die Auseinandersetzung mit diesen Inhalten ist es letztlich weniger wichtig, ob sich diejenigen, die sich an solchem Gedankengut orientieren, selbst als „Rechte“ oder „Linke“ oder als „unpolitisch“ definieren. Ebenso ist für die Wirkung solcher Ideologien an sich nicht entscheidend, ob sie säkular oder (pseudo-)religiös begründet werden. Wichtig ist vor allem, dass sie sich gegen die Substanz der freiheitlichen Demokratie richten. Die Gesamtheit dieses ideologischen Komplexes ist am vollständigsten und deutlichsten in politischen Strömungen ausgeprägt, die sich als „rechts“ oder „völkisch - national“ verstehen.

3. Ideologien der Ungleichheit begründen Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit

Im Kern geht es beim Rechtsextremismus um Ideologien, die eine Ungleichheit und Ungleichwertigkeit von Menschengruppen behaupten und sich (mehr oder minder deutlich) mit autoritären und antipluralistischen Haltungen verbinden. Nach den jeweils wesentlichen Kriterien, nach denen diese Ideologien Menschen kategorisieren, kann zwischen einzelnen Teilideologien differenziert werden: Nationalismus, Ethnozentrismus, Rassismus, Antisemitismus, Diversitätsphobie und Sexismus. Gemeinsam ist diesen Teilideologien, dass sie Menschen nicht als Individuen wahrnehmen, sondern nach bestimmten – oft konstruierten – Merkmalen Gruppen zuordnen und diese Gruppenzugehörigkeit zur bestimmenden Identität erklären. Durch die Entindividualisierung und Stereotypisierung der „Anderen“ werden Klischees und Feindbilder aufgegriffen, erzeugt und verstärkt, auf die Angehörige der eigenen Gruppe Ängste projizieren können.

Das fördert wiederum feindselige Haltungen gegenüber „dem Anderen“. Kurz: Ideologien der Ungleichheit begründen und schüren Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit.

4. Es geht nicht nur um Gewalt und nicht nur um „Jugendprobleme“

Die Zahl der Fälle von „Hasskriminalität“ ist in Deutschland nach wie vor erschreckend hoch und in Berlin zuletzt wieder deutlich gestiegen. Im Unterschied zu anderen Straftaten ist Hasskriminalität durch die Feindschaft gegen Gruppen motiviert, denen das Opfer zugeordnet wird: Die Opfer werden nicht wegen ihres Verhaltens oder Besitzes angegriffen, sondern weil sie als Angehörige von Gruppen wahrgenommen werden, die den Tätern als „legitime“ Zielscheiben ihres Hasses gelten. Hasskriminalität ist also eine Wirkungsform „Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ (GMF). Die verbreitete (latente) Zustimmung zu den Motiven von Hasskriminalität trägt zum atmosphärischen Hintergrund dieser Gewaltstraftaten bei: Sie ist v.a. bei Gewalttaten von Bedeutung, die „spontan“ aus Gruppen heraus begangen werden, die keine festen Organisationsstrukturen und Ideologien haben. Zwar sehen sozialwissenschaftliche Untersuchungen einen Problemschwerpunkt bei der Altersgruppe der 14- bis 24-jährigen. Doch auch bei den über 55-jährigen erreichen rechtsextreme Einstellungen deutlich überdurchschnittliche Werte. Antisemitische, rassistische, minderheiten- und demokratiefeindliche Denkmuster und Einstellungen sind aber nicht nur unter den Jungen und den Alten, sondern in der ganzen Gesellschaft verbreitet!

5. Es geht um die „Mitte der Gesellschaft“

Eine lange Reihe von Untersuchungen belegt, dass etwa zehn bis 15 Prozent der Deutschen ein geschlossen rechtsextremes Weltbild haben. Einige rechtsextreme Parolen stoßen bei über einem Drittel der Bundesbürger auf positive Resonanz. Zwar kommen diese Einstellungen bei Arbeitslosen und Menschen mit geringer Bildung überdurchschnittlich häufig vor, doch die Mehrheit der Deutschen mit rechtsextremen Einstellungen ist erwerbstätig, lebt in geordneten sozialen Verhältnissen und wählt etablierte Parteien. Rechtsextreme Einstellungen sind kein Phänomen, das nur bei marginalen Randgruppen auftritt, sondern sind bis weit in die „Mitte der Gesellschaft“ verbreitet.

6. „Fremdenfeindlichkeit“ ohne Fremde – aber auch unter Migrant/innen

Minderheitenfeindliche Einstellungen haben wenig mit der Präsenz der betroffenen Gruppen zu tun und sind selten auf eigene Erfahrungen mit Angehörigen von Minderheiten zurückzuführen. Tatsächlich herrschen „fremdenfeindliche“ und antisemitische Einstellungen vor allem dort vor, wo wenig „Fremde“ bzw. kaum Juden leben. So geht es beim Phänomen der GMF v.a. um ideologische Konstruktionen von „Fremdheit“ und um stereotype Bilder. Für solche Denkmuster sind Angehörige ethnischer, kultureller und sozialer Minderheiten grundsätzlich aber nicht weniger anfällig als die Mehrheitsbevölkerung: Ethnozentrismus, Rassismus und Judenfeindlichkeit, Ressentiments gegen Andersgläubige, Homosexuelle, Behinderte und Obdachlose sind auch bei Spätaussiedlern und der Bevölkerung türkischer und arabischer Herkunft verbreitet. So treten GMF und autoritäre Orientierungen etwa in Kreuzberg und Wedding nicht zuletzt im Kontext des politischen Islams in Erscheinung. GMF ist also ein gesamtgesellschaftliches Problem.

7. Soziale Desintegration bereitet den Boden für die Saat der Hassparolen

Bei der Verbreitung und Intensität von GMF gilt im Allgemeinen: Je geringer die Teilhabe am und Anerkennung im gesellschaftlichen Leben, desto ausgeprägter die Dispositionen für das GMF - Syndrom. Soziale Desintegration bereitet einen Boden, in dem rückwärtsgewandte Konstruktionen von Identität, (Selbst-)Segregation, Autoritarismus, Ideologien der Ungleichheit, irrationale Verschwörungslegenden und GMF besonders gut gedeihen. Für diesen ideologischen Komplex sind gerade in Zeiten rapiden gesellschaftlichen Wandels und verschärfter Konkurrenz insbesondere die Teile der Gesellschaft anfällig, die nicht „in der Bundesrepublik Deutschland angekommen“ bzw. von der gesellschaftlichen Entwicklung „abgehängt“ worden sind.

Aus dieser Einschätzung ergibt sich umgekehrt: Dem GMF - Syndrom und dem damit verbundenen Problemkomplex lässt sich nachhaltig nicht ohne einen umfassenden Ansatz zur sozialen Integration entgegenwirken.

8. „Integration“: Zusammen wachsen durch Einbeziehung und Beteiligung

Dabei muss sich die „Integration“ als „Herstellung eines Ganzen“ nicht nur auf die „Einbeziehung außenstehender Teile“ in eine – als homogen und statisch vorgestellte – Einheit beziehen. Vielmehr muss es um einen Prozess gehen, in dem alle Teile der auf Dauer im Gemeinwesen lebenden Bevölkerung auf einer allgemeinen Basis zu einem Ganzen verbunden werden. Diese gemeinsame Basis muss das auf die Grundwerte und Normen des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland gegründete Zusammenleben sein. Denn Integration beginnt damit, als Person und Gruppe mit einer jeweils tatsächlich besonderen Identität, aber jenseits konstruierter Fremdbilder und stereotyper Zuschreibungen wahrgenommen, anerkannt und als zum Gemeinwesen dazugehörig einbezogen zu werden.

9. Der demokratische Staat ist in der Verantwortung

Das Grundgesetz verpflichtet den Staat, die Menschenrechte zu gewährleisten und zu verteidigen. Darüber hinaus hat die Bundesrepublik Deutschland eine Reihe völkerrechtlicher Verträge zum Schutz der Menschenrechte ratifiziert, die nicht zuletzt im Rahmen der EU-Integration an Bedeutung gewinnen. Diese Verpflichtungen reichen über das unmittelbare staatliche Handeln von Bund, Länder und Kommunen hinaus: Der Staat hat auch Beeinträchtigungen dieser Rechte durch Private zu unterbinden („Drittwirkung“). Eine Verantwortung des Staates für die Verwirklichung der Menschenrechte ergibt sich aber nicht nur aus rechtlichen Verpflichtungen. Denn GMF, Diskriminierung und Hasskriminalität sind auch ein Risiko für die Standortentwicklung. Umgekehrt sind Förderung sozialer Kompetenzen im Umgang mit Fremdheit und Vielfalt, zur gewaltfreien Konfliktaustragung und zum Interessenausgleich nicht unwesentliche Aspekte einer ganzheitlichen Standortentwicklung.

10. Der demokratische Staat braucht die Zivilgesellschaft

Der Staat kann den menschenrechtsbezogenen Verfassungskonsens nicht allein bewahren: Ein lebendiges, demokratisches Gemeinwesen braucht Menschen, die sich aktiv für die Werte und Normen einer offenen und humanen Gesellschaft einsetzen: Demokratie braucht eine demokratisch orientierte Bürgerschaft. In Deutschland ist die reale Zivilgesellschaft nicht getrennt und unabhängig von Markt und Staat zu denken: Die finanziellen Ressourcen der Zivilgesellschaft würden, dächte man sie völlig „staatsfrei“, ausschließlich vom Spendenaufkommen und von Mitgliedsbeiträgen abhängen; beide sind aber nicht unabhängig von der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung sowie dem Rahmen, den staatliches Handeln dafür setzt. Da nun einerseits die reale Zivilgesellschaft vielfältig von Markt und Staat geprägt ist und andererseits der demokratische Staat für seine Funktionsfähigkeit auf das verantwortliche zivilgesellschaftliche Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger angewiesen ist, muss der demokratisch verfasste Staat die Förderung der menschenrechtsorientierten Zivilgesellschaft als eine wesentliche Aufgabe staatlichen Handelns begreifen.

11. Menschenrechtsorientierte Demokratieentwicklung ist eine Querschnittsaufgabe

Die Förderung einer menschenrechtsorientierten Demokratieentwicklung zur Stärkung und Integration der Zivilgesellschaft ist eine Aufgabe aller Ebenen des demokratischen Bundesstaates, d.h.: von Bund, Ländern und Kommunen. Ein „Durchreichen“ der Verantwortung für diese Aufgabe von der jeweils übergeordneten zur jeweils unteren Ebene wäre ein verantwortungsloses Abwälzen von Lasten auf Schwächere. Umgekehrt wäre auch ein „Wegdelegieren“ der Verantwortung „nach oben“ nur ein Versuch, sich dieser Aufgabe zu entziehen. Die Förderung der menschenrechtsorientierten Zivilgesellschaft ist auch keine Aufgabe, die ausschließlich einem bestimmten Amtsbereich zuzuordnen wäre, sondern eine Querschnittsaufgabe.

Dies spiegelt sich z.B. in der Einrichtung der *Landeskommission Berlin gegen Gewalt* wider, in der die Senatsverwaltungen für Bildung, Jugend und Sport, für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, für Stadtentwicklung, für Inneres und für Justiz sowie der Integrationsbeauftragte des Senats vertreten sind.

12. Öffentlich geförderte Dienstleistungsstrukturen brauchen klare Aufträge

Es gibt in Berlin keinen Mangel an Institutionen, Projekten und Initiativen, die zu diesem Problemkomplex arbeiten. Mindestens ansatzweise sind auch Strukturen und Schnittstellen für eine koordinierte Steuerung der öffentlichen Förderung und bedarfsgerechten Entwicklung von Programmen und Projekten vorhanden. Optimierungspotenziale gibt es aber v.a. im Hinblick auf die Konzertierung und Verzahnung der verschiedenen Projekte, Strukturen und Ansätze nach Maßgabe realistischer und auf einander abgestimmter Zielstellungen und Standards: Anbieter von Dienstleistungen zur Förderung menschenrechtsorientierter Demokratieentwicklung brauchen klare und erfüllbare Aufträge durch die demokratisch legitimierte Politik.

13. Zur Bewältigung langfristiger Aufgaben bedarf es entsprechender Instrumente

Die Entwicklung und Verankerung einer demokratischen und menschenrechtsorientierten Kultur in der Zivilgesellschaft ist keine kurzfristige Aufgabe. Zu ihrer Bewältigung bedarf es kontinuierlich arbeitender Strukturen und Einrichtungen. Der Zeitrahmen bei der Förderung solcher Strukturen und Einrichtungen ist entsprechend langfristig zu gestalten. Außerdem bedarf es geeigneter Instrumente zur Koordination und Steuerung der Arbeit solcher öffentlich geförderter Strukturen und Einrichtungen. Als Stelle zur Koordination und Steuerung bietet sich in Berlin der Integrationsbeauftragte des Senats bzw. eine bei ihm angesiedelte Leitstelle an. Als Gremium zur Bedarfsermittlung, zur Entwicklung übergeordneter handlungsleitender Zielstellungen und Erarbeitung und Überprüfung von Qualitätskriterien kommt z.B. die Landeskommission Berlin gegen Gewalt in Frage.

14. Für strategische Entscheidungen gibt es hinreichende Grundlagen

Die Verfassungsschutzberichte des Bundes und des Landes Berlin deuten darauf hin, dass im Hinblick auf demokratiegefährdende Phänomene und Hasskriminalität kein Anlass zur Entwarnung besteht. Forschungsergebnisse aus der empirischen Sozialwissenschaft stellen die auffälligen Erscheinungsformen von Rechtsextremismus schon seit längerem mit der Verbreitung von Einstellungen und Verhaltensmustern, die dem GMF - Syndrom zuzuordnen sind, in einen Zusammenhang. Dieser Zusammenhang wird auch als „prekäre Normalität“ in der „Mitte der Gesellschaft“ beschrieben. Kommunalanalysen zu demokratiegefährdenden Phänomenen in Friedrichshain-Kreuzberg, Mitte, Treptow - Köpenick und Marzahn - Hellersdorf untermauern den Eindruck, dass es beim Thema „Hasskriminalität“ v.a. um eine Erscheinungsform verbreiteter Einstellungsmuster geht. Auf der Basis einer ähnlichen Einschätzung empfiehlt der 3. Bericht über Deutschland der *Europäischen Kommission gegen Rassismus und Intoleranz (ECRI)*, die Bemühungen der Bundesregierung, die Festigung einer demokratischen Zivilgesellschaft zu fördern, fortzusetzen und zu intensivieren. Zu den von *ECRI* positiv herausgestellten Maßnahmen gehören u.a. die Bundesprogramme Xenos, Entimon und CIVITAS. Diese Modellprogramme werden evaluiert. Über das CIVITAS - Programm hat die wissenschaftliche Begleitforschung im November 2003 ihren Bericht über die Modellphase der Strukturprojekte vorgelegt. Auch zum Programm „Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ des Senats von Berlin liegt ein Evaluationsbericht vor. In wesentlichen Aussagen stimmen die Evaluationsberichte überein: nicht zuletzt im Hinblick auf die positive Bewertung des zivilgesellschaftlichen Ansatzes sowie die Einforderung fachlicher Standards für professionelle Dienstleistungen. Es besteht also kein Mangel an Grundlagen zur Einschätzung des Bedarfs und an Evaluationsberichten zu den öffentlich finanzierten Maßnahmen.

15. Eine dauerhafte Förderung von Strukturprojekten macht Sinn...

Nach Maßgabe der Empfehlungen des *ECRI* - Berichtes und der o.a. Evaluationsberichte ist eine dauerhafte öffentliche Förderung von Strukturprojekten wie dem Mobilem Beratungsteam „Ostkreuz“ grundsätzlich notwendig und sinnvoll.

In der Tat entspricht das *MBT* der *Stiftung SPI* mit seinem Konzept im Wesentlichen einem Ansatz, der im Bericht der *CIVITAS* - Evaluation als anerkannten fachlichen und ethisch-professionellen Standards angemessen beschrieben wird. Beziehungsweise: Der im *CIVITAS* - Evaluationsbericht entwickelte (idealtypische) „offene moderierende Ansatz“ scheint u.a. auch Grundsätze und Qualitätskriterien aus dem „Ostkreuz“ - Konzept widerzuspiegeln.

Nachhaltige Erfolge kann ein fünfköpfiges Team aber nicht allein erzielen. Einzelne Dienstleistungen – wie Fortbildungen für Sozialpädagog/innen, wie die Beratung eines medienpädagogischen Projektes oder wie die Unterstützung lokaler Akteure bei Veranstaltungen zu Themen wie „Rechtsextremismus“, „Islamismus“, „Interkulturelle Verständigung“ und „Menschenrechte“ – sind per se noch nicht nachhaltig. Sie können von einem einzelnen *MBT* auch nicht in einer Quantität angeboten werden, die dem Bedarf gerecht würde. Ebenso kann die Aktivität eines *MBT*s im Bereich der Strukturarbeit – also z.B. die Initiierung und Begleitung einer Initiative zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses und Respekts von Angehörigen unterschiedlicher Religionen in Kreuzberg oder die Begleitung eines Arbeitskreises von Projekten, Einrichtungen und Organisationen, die sich in Marzahn-Hellersdorf für kulturübergreifende Verständigung und gegen Diskriminierung engagieren – weder flächendeckend den Bedarf in Berlin abarbeiten noch allein die politische Kultur in der Stadt verändern. Für sich allein ist ein *MBT* kaum mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein. Es kann aber tatsächlich zu einer langfristig nachhaltigen Wirkung beitragen, wenn es als ein Baustein einer umfassenderen Dienstleistungsstruktur zur Prävention und „weichen“ Intervention gegen demokratiegefährdende Phänomene und GMF entwickelt wird. Die Voraussetzungen für den Aufbau einer solchen Struktur sind in Berlin gegeben. Deren systematischen und langfristigen Aufbau jetzt auf den Weg zu bringen, liegt in der Entscheidung der Politik.

Anmerkungen

(1) Antwort SenInn vom 06.12.2004 auf Kl. Anfrage 1512 003: Bei der Auswertung der Fallzahlen bis 30.09.2004 wurden 15 Gewaltstraftaten mit rechtsextremem Hintergrund gezählt, seinerzeit „Spitzenstellung“ unter den Berliner Bezirken. In der Antwort auf die Kleine Anfrage 15/ 12 205 vom 27. Januar 2005 wurden für Lichtenberg 2004 4 Gewaltstraftaten mit rechtsextremem Hintergrund gezählt, die von Tätern mit Lichtenberger Wohnsitz begangen wurden. Eine mögliche Erklärung für diese Diskrepanz der Fallzahlen sind Gewaltstraftaten am Rande von rechtsextremen Aufmärschen sowie in öffentlichen Verkehrsmitteln auf Lichtenberger und Hohenschönhausener Gebiet. Beide Datensätze sind jedoch nicht unmittelbar miteinander vergleichbar.

(2) Sammlungen von Vorfällen durch die Unabhängige Anlaufstelle für Bürger/innen Hohenschönhausen (UAB), Netzwerkstelle „Lichtblicke“, Antifa Hohenschönhausen und Opferberatungsstelle „Reach Out“.

(3) Laut Antwort SenInn vom 07.12.2004 auf Kl. Anfrage 15/12 000 befinden sich in Lichtenberg mit 24,11% ca. ein Viertel aller Berliner rechtsextremen Treffpunkte.

(4) Laut Senatsverwaltung für Inneres, Abteilung Verfassungsschutz: Rechte Gewalt in Berlin, Dezember 2004

(5) Seit deren Veröffentlichung wird auch die Umsetzung der Kommunalanalyse in Treptow - Köpenick von der *MBR* begleitet.

Michael Rump - Räuber

Standpunktpädagog/innen gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus

Gründungsphase

Das Projekt Standpunkte wurde im Januar 2001 als Initiative Berliner Lehrkräfte gegründet.

Ausgangspunkt

- Nachhaltige Unterstützung der Schulen im Bereich Rechtsextremismus,
- Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen im Stadtteil.

Zweite Ausbildungsphase

(März - Dezember 2002)

Aus den 60 an der ersten Ausbildungsphase teilnehmenden Lehrkräften werden 12 als Standpunktpädagog/innen vom LISUM ausgewählt. Sie bekommen eine zweite Ausbildung durch einen externen Träger. Inhalte:

- Beratungskompetenz,
- Methodenkompetenz,
- Vernetzungskompetenz,
- Kommunikation,
- Umgehen mit Krisensituationen.

Finanziert durch die Schering AG.

Im Dezember erscheint als Abschluss der Ausbildungsphase die CD - Rom Standpunkte.

Fortbildung - Beginn des Aufbaus von Netzwerkstrukturen.

(Januar - Dezember 2003)

Im Januar 2003 beginnt eine erste gemeinsame Fortbildung von Standpunktpädagog/innen und Schulpsycholog/innen. Inhalte:

- Hilfe bei Opfer von Gewaltverbrechen
- Mobbing in der Schule
- Zusammenarbeit Jugendhilfe
- Zusammenarbeit Polizei
- Islamismus
- Peer- Leadership- Training
- Soziales Lernen

Als Ergebnis der Fortbildung kommt es zum Aufbau von Netzwerken in den Bezirken.

Aufgabe von Netzwerken:

In den Bezirken Mitte, Neukölln, Charlottenburg - Wilmersdorf, Spandau, Reinickendorf, Marzahn - Hellersdorf, Lichtenberg und Pankow kommt es zum Aufbau von Netzwerken. Das heißt:

- Regelmäßiger Kontakt der Standpunktpädagog/innen mit der Schulpsychologie, der Polizei und dem Jugendamt als Kern des Unterstützungssystems,
- gegenseitiger Erfahrungsaustausch über Gewalt und antidemokratische Tendenzen im Bezirk,
- Entwicklung gemeinsamer Unterstützungspläne für die Schulen,
- Unterstützung beim Abschluss von Kooperationsverträgen zwischen Schule - Polizei und Schule – Jugendamt,
- Angebote für Lehrerfortbildung.

Fortbildung der Standpunktpädagogen im Jahr 2004

(Januar - Dezember 2004)

Parallel zum Aufbau von Netzwerken findet im Jahre 2004 eine neue Qualifizierung der Standpunktpädagog/innen, erweitert um interessierte Teilnehmer/innen aus den Netzwerken statt. (ca. 80 Teilnehmer/innen)

Thema: Strategien gegen den neuen Rechtsextremismus. Inhalte:

- Rechtsextremismus und Globalisierung,
- rechtsextreme Vernetzungsstrategien,
- rechtsextreme Denkfabriken,
- Rechtsextremismus und Antisemitismus,
- Frauen in der rechtsextremen Szene,
- neue rechtsextreme Strukturen.

Ausblick auf das Jahr 2005 / 2006

- Durchführung einer Fortbildung zum Thema Antisemitismus für 30 Berliner Lehrkräfte (Workshopcharakter),
- Entwicklung eines Peer - Leadership Trainings „Antisemitismus“ an drei Berliner Schulen, einer Schule in Brandenburg und einer Schule in Sachsen,
- Herausgabe einer zweiten CD - Rom zum Thema Antisemitismus als Dokumentation des Peer - Leadership Trainings und der Fortbildung für Lehrkräfte,
- Stärkung und Unterstützung der Netzwerkstrukturen.

Vorgehensweise der Standpunktpädagog/innen in den Schulen

1. Sensibilisierung der Lehrkräfte für rechtsextreme Entwicklungen in der Schule, z. B.:

- Auftreten rechtsextremer Codes, Symbole, Kleidung, Musik, Jugendkultur,
- abfällige rassistische Äußerungen , Ausgrenzungsmechanismen, Bedrohung und Einschüchterung,
- rechtsextreme oder rassistische Einstellungen von Schülern, die sich im Unterricht äußern,
- Auftreten rechtsextremer Gruppierungen, Cliques.

2. Sensibilisierung der Lehrkräfte für rechtsextreme Entwicklungen im Stadtteil

(mit Hilfe der Unterstützung von außen, also: Polizei, Mobile Beratungsteam gegen Rechtsextremismus, Verfassungsschutz u.s.w.) Dazu zählt:

- Treffpunkte der rechtsextremen Szene,

- Wohnungen von Multiplikatoren der Szene,
 - Auftreten rechtsextremer Gruppen,
 - Einkaufsläden der Szene,
 - Fälle rechtsextremer Gewalt.
3. Informationsgespräche mit den Schüler- und Elternvertretungen
 4. Bildung einer Gruppe aus dem Lehrerkollegium

zur Durchführung eines Studientages.

Ausgangspunkt: Stärken / Ressourcen - Analyse

Welche spezifischen Stärken hat unsere Schule, die in die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus eingebracht werden können? (Unterrichtsgestaltung, Projekte, Freizeitaktivitäten) - Vorhandene Ressourcen als Ausgangspunkt für Veränderungen.

Welchen Grundkonsens haben wir, mit dem Problem des Rechtsextremismus umzugehen, wie können wir uns gegenseitig unterstützen?

Wie können wir Schüler- und Elternvertretungen in die Auseinandersetzung einbeziehen?

Welche Hilfen müssen wir uns von außen holen? (Zusammenarbeit: Schule / Jugendhilfe, Schule / Polizei, Schule / Schulpsychologie, Schule / freie Träger)

Wo können Veränderungen im Schulalltag ansetzen? (Soziales Lernen, Konfliktlotsen, Projekte u.s.w.)

Abschluss von Kooperationsvereinbarungen mit der Polizei, der Schulpsychologie oder der Jugendhilfe.

5. Durchführung von Projekttagen für die Schüler unter Einbeziehung der Eltern

Bestehend aus drei Teilen:

- Inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Thema Rechtsextremismus (durch Hilfe von außen),
- Durchführung praktischer Übungen und Trainings zum Thema Demokratieerziehung (Betzavta, Übungen des Sozialen Lernens, Zukunftswerkstatt, Argumentationstraining gegen rechte Parolen),
- Entwicklung von Vorschlägen zur Veränderung des Schulalltages.

6. Regelmäßige Kontrolle und Berichterstattung in der Schulkonferenz.

Vorgehensweise der Standpunktpädagog/innen in den Bezirken

Unterstützung der Bildung von Netzwerken in Sozialräumen

1. Entwicklung eines regelmäßigen Kontakts der Standpunktpädagog/innen mit der bezirklichen Schulaufsicht, der Schulpsychologie, den Kräften für die Gewaltprävention in der Polizei und dem Jugendamt als Kern des bezirklichen Netzwerkes.
2. Entwicklung einer gemeinsamen Sozialraumanalyse zu Gewalt- und Extremismusursachen und ihren Veränderungen ausgehend von den Stärken und Angeboten der am Netzwerk beteiligten Kräfte.
3. Gemeinsame Herausbildung von Themenfeldern z. B.:
Schuldistanzierte Jugendliche als Ansprechpartner für extreme Gruppierungen, Bezirkliche Schwerpunkte extremer Gruppierungen, Cliques und Jugendbanden (Problemzonen).
4. Entwicklung von Netzwerkaktivitäten, z. B. Durchführung von Fortbildungsveranstaltungen, gemeinsame Beratung von Fallbeispielen, Tagungen mit politischen Entscheidungsträger/innen des Bezirks,

Stärkung weiterer regionaler Netzwerke (z. B. Kiez - AGs).

5. Entwicklung eines Unterstützungssystems unter Einbeziehung der Schulen:
 - Durchführung von Regionalkonferenzen,
 - Durchführung von Tagungen zu Problemzonen,
 - Unterstützung beim Abschluss von Kooperationsverträgen zwischen Schule und Polizei und Schule und Jugendamt,
 - Hilfe bei der Durchführung von Studientagen und bei der Lehrerfortbildung,
 - Unterstützung bei der Entwicklung von Schülernetzwerken,
 - Unterstützung bei der Gründung von Elterninitiativen gegen rechte Gewalt.

Thesen aus dem Forum 1 – Von der Analyse zur Umsetzung. Beteiligung und Kooperation von Nichtregierungsorganisationen und Behörden

1. Der Wille der Politik zu Veränderungen muss da sein.
2. Es gilt, die ehrenamtlich Aktiven zu finden, die sich engagieren. Es fehlt oft an Potenzial, denn viele haben andere Probleme als die Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Hier ist es wichtig, an den lokalen Problemen und Gegebenheiten anzusetzen.
3. Für die Kooperation von Verwaltung und NGOs bedarf es intermediärer Institutionen, die „Übersetzungsarbeit“ leisten können und die Kommunikation befördern.
4. Es gilt, die lokalen Akteure, Initiativen und NGOs schon bei der Situationsanalyse und bei der Entwicklung von konkreten Maßnahmen einzubeziehen. Das konkrete Wissen vor Ort muss in Handlungsstrategien umgesetzt werden, um eine langfristige und nachhaltige Wirkung zu erzeugen.
5. Zivilgesellschaftliche Netzwerke müssen von Politik und Verwaltung unterstützt werden und brauchen eine Öffentlichkeit. Es gilt, die Bedürfnisse von Ehrenamtlichen bei der konkreten Planung zu berücksichtigen, z.B. bei der Zeitplanung und Terminfindung.
6. Gerade für NGOs ist wichtig, dass sie Gehör finden, dass sie ihre Anliegen umsetzen können und Erfolge vorweisen können.
7. Neben den strukturellen Diskussionen ist der inhaltliche Austausch wichtig. Es gilt zu thematisieren, dass Rechtsextremismus ein Problem der Gesamtgesellschaft ist. Von Bedeutung ist in diesem Kontext auch Wissensvermittlung. Das gilt für das Wissen voneinander (bezogen auf NGOs und Verwaltung), aber auch darüber hinaus für das Wissen um den Umgang mit Rechtsextremismus und Rassismus. Bei der Wissensvermittlung sollten auch die emotionalen Aspekte berücksichtigt werden.
8. Für die Umsetzung der konkreten Maßnahmen eines Aktionsplans müssen genügend Ressourcen zur Verfügung gestellt werden. Hier ist Politik gefragt, entsprechende Schwerpunkte zu setzen.
9. Man braucht Geduld. Häufig kann die Umsetzung eines Aktionsplanes nur in kleinen Schritten erfolgen, wenn partizipativ vorgegangen wird.
10. Es besteht die Gefahr der Entfremdung und Übermüdung der Akteure.

Thesen aus dem Forum 2 – Kooperation zwischen den Bezirken. Bearbeitung bezirksübergreifender Problemlagen und Austausch von Know How

Allgemein:

1. Die Akteure vor Ort müssen von Anfang an stärker in die Lokalanalysen eingebunden werden.

2. Für die Entwicklung demokratischer Kultur und einer aktiven Zivilgesellschaft ist eine personengestützte Infrastruktur vor Ort notwendig.

Zur Kooperation zwischen den Bezirken:

1. Rechtsextreme Organisationen und rechtsextreme Jugendkultur wirken auf die gesamte Stadt, z.B. Demonstrationen, Rekrutierung, Angsträume etc. Deshalb ist eine überbezirkliche Zusammenarbeit notwendig.
2. Notwendig ist eine Zusammenfassung der Kommunalanalysen für die gesamte Stadt:
 - Wo gibt es Gemeinsamkeiten?
 - Wo gibt es Unterschiede?
 - Welche Schlüsse haben die Bezirke aus den Analysen gezogen?
3. Notwendig ist eine überbezirkliche Diskussion und Verständigung über Standards lokaler Handlungsstrategien für eine demokratische Kultur.
4. Ein überbezirklicher Austausch sollte eine Verständigung über die Strategie der Jugendarbeit bzgl. des sozialräumlichen Kontextes (rechte Subkultur in Bezirk A, nationale Jugendarbeit in Bezirk B) ermöglichen.
5. Es geht darum, Unterstützungsstrukturen zwischen den Bezirken zu schaffen. Ansatzpunkt können thematische Gesprächsrunden sein, mögliche Themen sind: Angsträume, alternative Jugendkulturen, Proteste gegen Aufmärsche, Ost - West - Übertragbarkeit von Handlungsstrategien.
6. Für die Beobachtung von demokratiefeindlichen Entwicklungen sollte ein sozial - räumliches Monitoring für die gesamte Stadt geschaffen werden. Hier können Daten und Erfahrungen aus den sozialen Räumen zusammengeführt werden.

Forum 3 - Evaluation - denn wir wissen, was wir tun?

Globale Frage:

Nützt die Intervention, den Rechtsextremismus zurückzudrängen?

Herunterbrechen auf überprüfbare Ziele (Beispiel: beratende Arbeit bringt nur mittelbare Ergebnisse)

Warum Evaluation?

Politik

Projekte

Grundsätzlich ist die Kommunikation über die eigene Arbeit, untereinander und mit Zielgruppen und Bündnispartnern wichtig.

Was wird evaluiert?

Konzeptqualität: Inwiefern wird das mit der Intervention wirklich bekämpft?

Jede Intervention ist eine Interpretation.

Wichtig ist also: Ist der Ansatz theoretisch plausibel?

(Beispiel.: Jugendarbeit versus zivilgesellschaftlicher Ansatz)

Strukturqualität: Sind Ressourcen und Mitarbeiter/innen verfügbar, gibt es einen Zugang zu den Akteuren? Sind die Mitarbeiter/innen qualifiziert? Stimmt die Ansiedlung?

Prozessqualität: Wie entwickelt sich das Projekt? Wie ist die Nachfrage, werden Initiativen angestoßen?

Wie?

Selbstevaluation versus Fremdevaluation

Vor- und Nachteile

Problem: Nicht alles lässt sich messen. Die Veränderung von Einstellungen kann nur langfristig evaluiert werden. Politik richtet sich aber bevorzugt an Zahlen aus. Entscheidend ist die Konzeptqualität, die Angemessenheit der Intervention.

Ergebnisse

1. Konzeptevaluation
2. Kontext ist oft nicht bekannt, hat aber entscheidende Auswirkungen auf die Möglichkeiten der Intervention
3. Teilergebnisse: Akzeptanz, Nachfrage, Zufriedenheit, Wirkung und Effizienz (nach Einschätzung der Mitarbeiter/innen), Qualität der Methoden, Wirkung auf Zielgruppe, Übertragbarkeit, Nachhaltigkeit, Qualität der Ergebnisse, Potenziale, Effizienz.

Perspektive

Kooperation von Politik, Praxis und Wissenschaft, koordiniertes Vorgehen.

Thesen aus dem Forum 4 – Strategien gegen demokratiefeindliche Phänomene in der Mehrheits- und Minderheitsbevölkerung

Im Anderen den/die Bürger/in erkennen!

(Und nicht den Deutschen, den Türken, den Rechten, die Frau, den Schwulen, den Moslem, den Atheisten, die Alte...)

1. Toleranz ist eine Haltung der Mehrheitsgesellschaft. Minderheiten fordern Rechte. Ziel sollte sein: Gegenseitige Anerkennung.
2. Politische Bildung für alle, sowohl in gemeinsamen als auch gruppenspezifischen Veranstaltungen. Spezifische Bedürfnisse aufgreifen, gemeinsame Interessen erkennen.
3. Nicht bei der Beschreibung oberflächlicher Phänomene verharren (hier wohnen so viele Türken), sondern Ursachen verdeutlichen (Wohnungspolitik, Sozialstruktur etc.)
4. Zur Demokratiestärkung Akteure nicht nach Herkunft, Geschlecht, Religion etc. differenzieren, sondern allein nach ihrer Demokratieauffassung.
5. Vorhandene demokratische Lebensräume zusammenschließen, gemeinsamen Nenner definieren.
6. In Kooperation mit lokalen Akteuren konkrete Standorte bei der Lösung der Probleme ihrer Alltagsrealität unterstützen. Konkreter Ort, konkretes Problem, konkrete Akteure, konkrete Lösungen.
7. Kinder und Jugendliche nicht in Gruppen unterteilen, keinen ausgrenzen, alle in den Prozess der Demokratiestärkung einbeziehen.

8. Islamismus ist kein kulturelles, sondern ein politisches Problem, das nichts mit Herkunft zutun hat. Entscheidende Akteure sind auch deutschstämmige Konvertiten.
9. Rolle der Mehrheitsgesellschaft bei der Entstehung von scheinbar minderheitsgruppenspezifischen Problemen erkennen, benennen. (Die können noch immer kein Deutsch!)
10. Klären, warum es nicht gelingt, der Mehrheitsgesellschaft die Heterogenität der Einstellungen innerhalb der Communities von Minderheiten zu verdeutlichen.

Thesen aus dem Forum 5: Konsequenzen für die Landespolitik

Schwerpunkt der Tagung liegt mit den Studien und Aktionsplänen auf den Bezirken. Auch aus inhaltlichen Gründen ist der Fokus auf die Bezirke richtig: Sicherung von Strukturen und Interventionen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus sind vor Ort nötig. Der Landespolitik kommt es zu, Analysen wie auch Interventionen neben Strukturmaßnahmen zusammenzufassen.

Vor diesem Hintergrund wurde in der AG zunächst erneut der Blickpunkt auf die Bezirke gerichtet: mit Beiträgen von Carl Chung (SPI Ostkreuz) und Bianca Klose (Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin) über die Lage insbesondere in Marzahn - Hellersdorf, Pankow, Lichtenberg und Treptow - Köpenick.

1. Dringlich ist eine Zusammenfassung der Einzelmaßnahmen, die die Bezirke und die Landesverwaltungen einbezieht.
2. Auf Bezirksebene sind Präventionsräte das geeignete Mittel – unter Leitung der Bezirksbürgermeister und Beteiligung von Wirtschaft, Schule und anderen. In Bezirken werden Lokale Aktionspläne umgesetzt. Einzubeziehen sind dabei auch Landesverwaltungen, so die Schulverwaltung. Im Einzelfall hat das dazu geführt, dass Maßnahmen in Schulen später umgesetzt werden als im Lokalen Aktionsplan angesetzt.
3. Der Überblick über Maßnahmen allein schon des Landes vermittelt den Eindruck eines Patchwork. Nötig sei ein Leitplan, der eine transparente Überprüfung der Maßnahmen erlaubt. Zu beachten ist allerdings, dass unterschiedliche Interessen in Bezirken und Land bestehen. Insofern wäre eher von einer Verzahnung und Konzertierung der Maßnahmen der Bezirke und des Landes zu sprechen.
4. Entscheidend ist eine offensivere Kommunikation. Fachzirkel wie der unseres Forums sind nötig; ebenso eine Vermittlung in die Breite (Soap Opera). Allerdings ist die Kommunikation nicht allein den Medien zu überlassen. Diskussionen von Medien und Fachleuten sind der richtige Weg. Zudem sind kleinräumigere Kommunikationsforen erforderlich: innerhalb und zwischen Bezirken. Dabei sind Imageprobleme, die Bezirke zum Teil mit der Thematisierung lokaler Probleme haben, anzusprechen.
5. Problematisch ist das Verhältnis von Sonderprogrammen zu Regelmaßnahmen. Regeldienste sind zu sichern und aufzustocken. Begrüßt wird das demokratische Element, das in der Verlagerung der Entscheidungskompetenz auf die Sozialraumbene besteht. Das wird aber schwierig, wenn Mittel nicht ausreichend zur Verfügung stehen (delegieren knapper Kassen auf die Sozialraumbene).

6. Innovative Anstöße von Sonderprogrammen (Bund und auch Land) werden begrüßt. Nachdem Maßnahmen Freier Träger jedoch nun evaluiert wurden, sollten bewährte Projekte Planungssicherheit erhalten. Zum Teil ist der Aufwand für die Folgesicherung unverhältnismäßig groß. Daraus ergibt sich die Forderung nach längerfristiger Förderung von positiv evaluierten Maßnahmen Freier Träger. Angesprochen wird zudem die Kritikfähigkeit öffentlich geförderter, professioneller Träger der Zivilgesellschaft. Zudem fordern Freie Träger Rückmeldungen nach Evaluation ein.
7. Freie Träger fordern Rückendeckung durch Landesverwaltungen ein. Nach Auftragserteilung ist den Trägern Freiheit in der Arbeit zuzugestehen, gleichzeitig aber Rückendeckung gegenüber anderen Stellen im Land und ein deutliches Interesse an dem Auftrag zu dokumentieren.
8. Die Weiterförderung der Maßnahmen setzt eine weitere Bund - Länder - Mischfinanzierung voraus. Das Land Berlin sollte sein Interesse an dieser Weiterförderung deutlich machen. Die Abgrenzung zwischen den Bundesprogrammen wäre zu überdenken. Auch darauf kann eher das Land einwirken.

Thesen aus dem Forum 6 – Strategien gegen Rechtsextremismus in der Schule – Bündnispartner der Schule

Schwerpunkt: Zusammenarbeit Polizei und Schule

1. Eine kontinuierliche Kontaktperson in der Schule, außerhalb den Präventionsbeauftragten.
2. Abstimmung der gemeinsamen Arbeit / Kooperationsvertrag (Grenzen erkennen).
3. Gemeinsame Fortbildungsveranstaltung für Polizei und Lehrer/innen.
4. Beratung für Schüler/innen und Eltern.

Schwerpunkt: Können Schule und Jugendhilfe gegen Rechtsextremismus zusammenarbeiten?

Ja, nach dem Prinzip der Prävention:

möglichst früh,
möglichst oft,
möglichst breit!

Schwerpunkt: Demokratisierung

1. Demokratie in der Berliner Schule findet auf der Basis des reformierten Schulgesetzes statt, das im Ist - Zustand (2004) für die drei Gruppen Schüler/innen, Lehrer/innen und Eltern / außerschulische Vertreter/innen ein Gewinn - Verlust - Gefälle bewirkt:

Lehrer/innen verlieren an Macht und pädagogischer Autonomie durch Vergleichstandards und neue curriculare Vorgaben.

Eltern bzw. außerschulische Vertreter/innen sind fest und neu verankert mit gleichen Rechten.

Schüler/innen gewinnen auf allen Ebenen: Mitbestimmung auf finanziellem, pädagogischem und psychologischem Gebiet.

2. Um Gewinn und temporären Verlust in diesem Modell positiv zu motivieren, muss für den Verlierer/die Verliererin und die Gewinner/Gewinnerinnen ein materieller oder immaterieller Anreiz geschaffen werden (Macht, Zeit, Geld, soziale Anerkennung)

3. Um das neue Berliner demokratische Modell in jeder Schule einzuführen, brauchen die drei Basisgruppen nur ein eigenes Erfolgsdreieck mit Gewinnrealität oder -aussicht zu entwerfen, zu installieren, zu kontrollieren und weiter zu entwickeln.

Beispiel:

Drei Schüler einer Schule beantragen ein soziales Jahr an ihrer Schule, bekommen eine Sponsorenfinanzierung und verankern in Projekten die Vorzüge und Realität des Mitbestimmungsge-
wichts der Schüler. Die Eltern sind stolz, die Lehrer freuen sich über das gewachsene Selbstbe-
wusstsein und das Engagement der Kinder.

Gewinn:

Schulkonferenz,
Gesamtkonferenz,
Schülermitverwaltung.

Verlust:

Klassensprecher/innen,
Autonome Schule.

Podiumsdiskussion

Dr. Matthias Franck

Es ist nicht nur ein Gitter gezogen und die Hochspannungsdrähte sind gespannt, sondern wir haben auch noch ein enges Zeitlimit: 90 Minuten. Jetzt habe ich mal durchgerechnet, das entspräche neun Minuten pro Person. Für einen Bürgermeisterauftritt wäre das zu wenig. Also müssen wir die Zeit umschichten, und das werden wir tun. Also meine Damen und Herren kommen Sie doch bitte hier an das Podium und dann wollen wir loslegen. So, ich bitte erst mal die Bürgermeister Herrn Kleinert, Herrn Ulbricht und Herrn Zeller. Die drei Bürgermeister bilden in diesem Falle eine wunderbare große Koalition gegen Rechtsextremismus und gegen Fremdenfeindlichkeit. Dies ist wichtig, wenn man bedenkt, dass die Rechten sich organisieren und dabei sind, eine rechte Volksfront zu gründen. Ich war in Leinefelde beim Bundesparteitag der NPD gewesen und da hat man so einen Eindruck bekommen, wie das geht und wie es gemacht wird. Viele waren ja heute anfangs schon dabei. In den Arbeitsgruppen, in denen ich war, fiel immer wieder ein einziger Satz und zu dem möchte ich eine einzige Bemerkung machen, nämlich zu dem Begriff der Toleranz gegen Akzeptanz. Ich erinnerte mich an den Lateinunterricht und habe noch mal nachgedacht: Was heißt eigentlich Toleranz? Soweit ich es mit meinem großen Lateinum erinnere: Ertragen, dulden, erleiden und wenn man das weiß, dass das eigentlich der Ursprung des Wortes Toleranz ist, dann weiß man, welcher qualitative Unterschied zwischen Toleranz und Akzeptanz ist. Dass es nämlich bei Akzeptanz, was Herr Prof. Dr. Heitmeyer heute gesagt hat, viel viel weiter geht.

So, wir fangen an mit zwei kurzen Impulsstatements – ich will es mal gar nicht Referate nennen –, weil bei 5 Minuten spricht man nicht von Referaten. Es beginnt Thomas Härtel, Vorsitzender der Landeskommision Berlin gegen Gewalt, bitte Herr Härtel.

Thomas Härtel

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf sie hier auch noch mal als Mitveranstalter zu dieser Veranstaltung gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus recht herzlich begrüßen. Ich werde hier kein langes Statement abgeben, weil wir uns geeinigt haben, dass die Bürgermeister heute eine ganz wichtige Rolle spielen werden. Ich will aber als Vorsitzender der Landeskommision Berlin gegen Gewalt eins sagen: Wir haben damals, im Jahre 2000, von dem 10 - Punkte - Programm des Senats gegen Rechtsextremismus ausgehend, entsprechende Maßnahmen der Landeskommision ergriffen, und die „Lokalen Aktionspläne für Demokratie und Toleranz“ sind ein Ergebnis einer längeren Vorarbeit. Die Beispiele aus Lichtenberg und Pankow, die heute während dieser Tagung genannt wurden machen deutlich, wie wir künftig stärker vor Ort arbeiten wollen. Denn wir müssen entsprechende Aktivitäten vor Ort entwickeln, vernetzen, und wir müssen das als eine gemeinsame Aufgabe betrachten, um in der Mitte unserer Gesellschaft dem, was sich dort entwickelt, entgegenzutreten zu können, nämlich dem Rechtsextremismus und der Fremdenfeindlichkeit. Von unserer Seite muss sehr deutlich gemacht werden, dass erstens mal Rechtsextremismus kein ostdeutsches Phänomen ist, keine Domäne beispielsweise von männlichem Verhalten ist und dass schlicht und einfach auch Rechtsextremismus nicht auf soziale Randzonen projiziert werden darf. Vielmehr haben wir ein Problem in unserer Gesellschaft und müssen uns damit intensiv auseinandersetzen. Wir müssen dort unsere Akzente setzen, und da sind die lokalen Aktionspläne für uns von zentraler Bedeutung. Was für mich ein Problem ist, ist folgendes, und das ist so am Rande der Diskussion eben auch noch mal deutlich geworden. Wir erreichen mit unseren Aktivitäten oft interessierte gesellschaftliche Gruppen. Viele andere erreichen wir schlicht und einfach nicht mit unseren Aktivitäten und das ist für mich die zentrale Frage:

Wie kann ich Menschen ermuntern, im Alltag schlicht und einfach allen rechtsextremistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Tendenzen, Ansätzen, Anfängen entgegenzuwirken? Dafür braucht man Kompetenz, sehr viel soziale Kompetenz, sehr viel Selbstbewusstsein. Und das ist eine ganz zentrale Aufgabe, die wir in der Schule, in Bildungseinrichtungen, in Jugendfreizeiteinrichtungen, aber nicht nur im Jugendbereich, sondern auch in vielen anderen gesellschaftlichen Bereichen, auch in der Verwaltung, angehen müssen. Das heißt, wir müssen damit umgehen lernen, wir müssen widersprechen lernen, wir müssen argumentieren lernen und wir brauchen auch Hilfe, wenn wir merken, dass wir hier an dieser Stelle möglicherweise überfordert sind. Dazu will die Landeskommission einen Betrag leisten und deswegen haben wir auch diese Initiative ergriffen: „Lokale Aktionspläne für Demokratie und Toleranz“. Dabei soll Folgendes deutlich werden: Aktionspläne bedeutet auch, dass wir die Menschen mitnehmen wollen, dass wir verstärkt auf Partizipation vor Ort achten müssen, denn nur so gelingt es auch überzeugend, gemeinsam diese Aufgabe wahrzunehmen. Das soll als Eingangsstatement hier genügen. Ich möchte mich bei Ihnen bedanken, dass sie an dieser Tagung heute teilnehmen und ich bin mir sicher, dass es uns gelingt, auch das, was wir in einzelnen Bezirken begonnen haben, auf andere Bezirke übertragen können. Vielen Dank

Günter Piening

Welche Rolle spielen die Kommunalanalysen und die lokalen Aktionspläne in unserer Gesamtstrategie gegen Rechtsextremismus und Antisemitismus? Sie wissen, der Senat hat ein Programm in diesem Arbeitsfeld, das auch finanziell untersetzt ist. Darin haben die Analysen und Aktionspläne einen zentralen strategischen Stellenwert.

Warum? Zum Ersten, weil sie aufzeigen, wie unterschiedlich in den einzelnen Sozialräumen die Bedrohungen sind, welche Milieus besonders betroffen sind und mit welchen Strategien hier gezielt auch im Sozialraum und nahe am Alltag der Menschen agiert werden kann.

Das Zweite ist, und damit ist auch eine Kritik an vielen Maßnahmen gegen Rechts verbunden: Herr Prof. Heitmeyer hat heute gesagt, man kann Rechtsextremismus nicht hinter den Mauern eines Jugendzentrums bekämpfen. Das ist richtig und heißt: Man muss rein in die strategische Mitte. Dagegen beschränken sich viele Projekte meines Erachtens zu sehr auf ihre Nischen. Für die Aktionspläne und Kommunalanalysen gilt das nicht. Sie gehen in die strategischen Zentren und an die Bürgermeister und Bezirksverwaltungen ran. Unser Ziel muss sein, das Thema Demokratieförderung zum zentralen Bestandteil Berliner Politik zu machen. Das kann man nicht den Schulen überlassen, die sicherlich einen wichtigen Baustein ausmachen, sondern man muss Demokratieförderung in politisches Handeln umsetzen. Deswegen freut mich sehr, dass die Bürgermeisterinnen und die Bürgermeister das Thema angenommen haben. Schon jetzt kann man sagen, dass die Studien ein Erfolg gewesen sind, weil in den Bezirken über die entsprechenden Themen viel diskutiert wird.

Drittens ist für mich, als Beauftragtem für Integration und Migration, natürlich das Thema wichtig, das im Beitrag von Frau Kleff eine Rolle spielte und das wir uns auch in Zukunft vornehmen werden, auch in der Weiterentwicklung dieses Programms. Gerade in den beiden Kommunalanalysen in den Innenstadtbezirken hat sich ja herausgestellt, dass auf der östlichen Seite der Spree die klassischen rechtsextremen und neonazistischen Bedrohungsszenarien vorhanden sind, während wir auf der westlichen Seite auch das Thema Islamismus zivilgesellschaftlich bearbeiten müssen. Das wird eine neue Aufgabe in den nächsten Jahren sein. Welche Strategien sind hier wirksam, welche können wir gemeinsam finden, um demokratiefeindliche Entwicklungen zu bekämpfen? Für mich ist dieses Programm Teil eines viel umfassenderen Arbeitsvorhabens. Prof. Dr. Heitmeyer hat von der sozialen Desintegration gesprochen, die sich gerade in einer Stadt wie Berlin, die nach der Wende in unterschiedliche Milieus zerfallen ist, massiv ausgewirkt hat. Für mich ist dies Teil eines größeren Vorhabens, nämlich das umfassendere Thema der Differenz und sozialen Kohäsion in der Stadt zu thematisieren. Ich glaube, dass die lokalen Analysen hierzu wichtige Ansätze aufzeigen, die sich zurecht vorrangig gegen Rechtsextremismus wenden, jedoch einen viel weiteren Anspruch haben.

Dr. Matthias Franck

Herr Bürgermeister Klaus Ulbricht, wie haben diese Studien, die Ihnen vorgelegt wurden, ihre Politik beeinflusst, welche Analyse haben Sie dazu?

Dr. Klaus Ulbricht

Die Kommunalstudie hat mich natürlich sehr interessiert. Es gibt ja seit etwa vier Jahren in unserem Bezirk ein Bündnis für Demokratie und Toleranz gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus, gegründet aus Anlass der Niederlassung der Bundes - NPD in unserem Bezirk. Die Analyse hat natürlich die Diskussion angefacht, da sie keine – jetzt sag ich mal – Lösungskonzepte anbietet, was ja Absicht ist. Sie hat natürlich das Nachdenken über Lösungskonzepte an dieser Stelle befruchtet. Viele Menschen haben sich damit auseinandergesetzt, sie haben natürlich auch Kritik geäußert, dass der beschreibende Charakter und die Auswahl der Interviewpartner möglicherweise ein punktuelles, jedoch nicht ein generelles Bild über die bezirkliche Situation bietet. Es ist auch bei der Diskussion zu den verschiedenen Studien, die wir gemeinsam vorgestellt haben, deutlich geworden, dass eben die bezirklichen Situationen in der Stadt total unterschiedlich sind. Also ich wünsche mir schon eine Zusammenarbeit zwischen den Bezirken zu diesem Thema, aber das kann eigentlich nur auf methodischer Ebene sein, inhaltlich ist es natürlich ganz unterschiedlich. Ich vertrete einen Bezirk mit 3 % Ausländern und 3 % Russlanddeutschen, mit einer zu homogenen Gesellschaft nach der Kommunalanalyse, während es in einem anderen Bezirk natürlich völlig anders aussieht. Ich vertrete einen Bezirk, der in Gänze nur 15 Jahre Erfahrung mit Demokratie und Rechtsstaat hat, das ist natürlich total unterschiedlich gegenüber anderen Bezirken im Westteil der Stadt, die ein gewachsenes Demokratieverständnis haben. Deshalb haben wir in diesem Zusammenhang erst vor einem Vierteljahr ein Zentrum für Demokratie gegründet, das eben das Demokratieverständnis in der Bevölkerung und das vor allem Bürgerengagement stärker fördern soll. Wenn ich Ihnen sage, dass ich solche Themen, wie Bürgerbeteiligung für ein wichtiges Thema, grundsätzliches Thema in der Auseinandersetzung mit Rechtsradikalismus halte, dann wird es vielleicht für niemandem etwas Neues sein, aber für ein wichtiges Thema der Mehrheitsgesellschaft halte ich es z.B., Bürgerinnen und Bürger in die Lage zu versetzen, einen Haushalt zu verstehen und sich in politische Abwägungsprozesse fachkundig einmischen zu können. Wir müssen uns in unserem Bezirk natürlich stärker darüber unterhalten, welche Möglichkeiten der Heterogenität der Bevölkerung und der Herausstellung der Heterogenität wir haben. Um dies deutlich zu machen: Wir haben es eben nicht so im Sinne von „bist du von hier oder kommst du woanders her“, sondern es sind andere Differenzierungsmerkmale notwendig, die letzten Endes zu dieser Heterogenität führen. Und ich meine, es gibt auch ein Thema, das mich im Moment ein bisschen umtreibt – gerade in der Vorbereitung der angemeldeten Nazi - Demo für den 4. Dezember in unserem Bezirk und entsprechenden Gegenaktivitäten. Wir müssen uns sehr davor scheuen, dass dieses Thema parteipolitisch besetzt und zum parteipolitischen Punkten ausgenutzt wird. Es gibt Vereinigungen, die sind PDS - näher und dann gibt es wieder Vereinigungen, die einer anderen Partei näher stehen, insofern ist diese Gemeinsamkeit sehr wichtig. Wir haben einen Ortsteil – Johannisthal –, in dem es wegen der Berliner Alternative Südost, die da im wesentlichen angesiedelt ist sehr viele rechtsradikale Aktivitäten gibt. Der Runde Tisch Johannisthal, den wir vor etwa einem Jahr gebildet haben, hat sich in der ersten Sitzung zunächst mal mit der Auffassung auseinandergesetzt, ich entsinne mich sehr deutlich, dass wir kein Problem haben, wenn die Polizei ihre Arbeit macht. Die zweite, dritte, vierte Sitzung haben wir dazu gebraucht, das Thema „Schule muss mehr tun, dann brauchen wir eigentlich weiter nichts zu tun“ rauszukriegen: Schulen wurden angezählt. Heute ist das kein Thema mehr. Es ist klar, dass alle etwas tun müssen, es ist kein Schülerthema, kein Jugendthema, sondern ein Thema, wirklich eben in der Mitte unserer Gesellschaft, das wir alle gemeinsam angehen müssen. Insofern sind diese Vernetzungen sehr wichtig, die inhaltliche Arbeit und die strategische Arbeit aber auch. Wir haben noch keinen Aktionsplan, nicht nur deshalb, weil ich den Namen Aktionsplan nicht leiden kann.

Ich würde eher denken, Handlungsstrategie oder so etwas wäre besser, weil Aktionsplan so vordergründig die Aktion benennt und das Thema ist, glaube ich, nur am Rande mit Aktionen zu bearbeiten, sondern es handelt sich ganz wesentlich um inhaltliche Klein - Klein - Arbeit, die sehr, sehr viel Intensität von allen erfordert, nicht jedoch nur eine Gegendemo auf die Beine zu stellen und irgendwelche Aktionen zu kreieren. Ja vielleicht soviel erst mal von mir.

Dr. Matthias Franck

Herr Joachim Zeller ist Bürgermeister für Mitte und gehört zur CDU. Herr Zeller, was haben sie aus diesen Studien für sich herausgezogen, was sie in ihrer Politik umsetzen wollen und womöglich auch, was sie daraus gelernt haben?

Joachim Zeller

Wir sind ja immer noch dabei, diese Studie auszuwerten und es ist ja schon erwähnt worden, sowohl von Herrn Piening als auch von Herrn Ulbricht: Berlin ist nicht an jedem Orte gleich, und insbesondere die Bezirke weisen unterschiedliche Strukturen auf. Der Bezirk Mitte ist nun in seiner neuen Zusammensetzung nach der Bezirksfusion sicherlich auch ein Kontrastprogramm zu Treptow - Köpenick. Wir haben eben nicht 3 % Ausländer, sondern 30 %; mit Ausländern meine ich jetzt Migranten und Ausländer, was ich darunter verstehe, sage ich gleich, und dazu kommen dann noch die Russlanddeutschen, die ja bereits aus der Statistik herausfallen, die wir aber natürlich auch in nennenswerter Zahl im Bezirk haben. Dazu ist dieser Bezirk zusammengesetzt aus ehemals Ost-Mitte und ehemals Westteil der Stadt - Tiergarten und Wedding - und auch das spiegelt sich natürlich in den Strukturen wieder. Der alte Bezirk Mitte hat einen – und hier sage ich – Ausländeranteil von 14-15%. Das sind aber Menschen, die zeitweise in die Stadt gekommen sind, Journalisten, Unternehmensvertreter, Künstler, Menschen, die einfach zur Internationalität einer Metropole gehören. Und auf der anderen Seite haben wir natürlich in Wedding und in Tiergarten festgefügte Milieus von Migranten, die bereits in der zweiten, dritten, teilweise vierten Generation hier sind, dauerhaft hier verbleiben und mittlerweile auch das Leben ganzer Stadtteile bestimmen. Da gibt es dann natürlich auch Gegensätze. Wir haben es erlebt, dass es gerade nach dem Fall der Mauer, insbesondere dort, wo der alte Ostbezirk Mitte an die alten Westbezirke angrenzte, sei es zum Wedding oder sei es im Süden nach Kreuzberg hin, vor allem bei Jugendlichen auch zu Auseinandersetzungen kam. Die Jugendlichen aus dem ehemaligen Ostteil, deutschstämmig, erlebten plötzlich türkisch-arabischstämmige Jugendliche auf der anderen Seite, und diese Begegnungen waren nicht immer konfliktfrei. Inwieweit da bereits rechtsextremistisches Gedankengut hineinspielte, steht dabei auf einem anderen Blatt. Hier war erst einmal die Fremdheit des Anderen ein Anstoß, dass es nicht zu Gemeinsamkeiten, sondern eher zu Abgrenzungen kam, und dass auf diesem Boden dann auch in dem einen oder anderen Kopf sich rechtsextremistisches Gedankengut einschlich oder festsetzte, war gerade Anfang/Mitte der 90er Jahre spürbar und ein Thema natürlich insbesondere für die Jugendarbeit. Und wenn ich hier Frau Mendel - unsere ehemalige Jugendstadträtin - sehe, so wird sie das sicherlich dann auch noch bestätigen können, dass es auch ein Thema bei uns in den Jugendclubs, in der Jugendförderung war, dem zu begegnen, Begegnungsflächen zu schaffen, um hier die Konfrontation abzubauen.

Das andere ist, worauf die Analyse, die in den letzten zwei Jahren vorgenommen wurde, - und sie hieß ja „Aspekte der Demokratiegefährdung im Berliner Bezirk und Möglichkeiten der demokratischen Intervention“ - hinweist, dass sich insbesondere unter den Jugendlichen in den Altbezirken Tiergarten und Wedding ideologische Einflüsse breit machten und dort haben wir ja feststellbar gerade den Migrationshintergrund. In den unteren Klassen, in den Grundschulklassen, ist es mittlerweile so, dass 90 % der Schülerinnen und Schüler aus Migrantenfamilien stammen. In manchen Schulen mittlerweile sogar in den Anfangsklassen zu 100 %. Das nimmt in den oberen Jahrgängen zwar etwas ab, aber insgesamt überwiegt jetzt schon der Anteil Kinder und Jugendlicher aus Migrationsfamilien.

Wir haben es gerade auch in Moabit, im Wedding und dort z.B. in Gesundbrunnen mit rechtsrührigen Moscheevereinen zu tun, die eben nicht zur gemäßigten Linie des Islam gehören, sondern eher fundamentalistischen Strömungen und Inhalten unterliegen und wir bemerken, dass zunehmend auch – vermittelt über die Koranschulen, deren Tätigkeit wir kaum steuern können, – islamistisches Gedankengut Kindern und Jugendlichen nahegebracht wird. Dass dieses uns beschäftigen muss, auch in der Vermittlung dessen, was wir an Werten in unserer Gesellschaft besitzen und was wir insbesondere an demokratiegefährdenden Phänomenen nicht zulassen wollen, wie eben Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, ist klar. Es handelt sich mittlerweile nicht mehr nur ein Phänomen der Konfrontation zwischen deutschstämmigen und nicht-deutschstämmigen oder ausländischen, sondern auch zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen. Türkische und arabische Jugendliche gehen aufeinander los und begeben sich in die Konfrontation. Das ist natürlich ein Thema, das uns nicht ruhen lassen darf und dem wir begegnen müssen. Dafür liefert uns diese Analyse eine wertvolle Grundlage. Beispiel: Wenn wir jedes Jahr zum 9. November unseren Gedenkmarsch quer durch Moabit zum Andenken an die jüdischen Bürgerinnen und Bürger der Stadt, die von den Sammelstellen zum Güterbahnhof an der Putlitzbrücke marschieren mussten, begehen, dann gehen natürlich viele Schülerinnen und Schüler mit, weil es ein Gedenkmarsch der Schulen im Bezirk ist. Insbesondere in den letzten Jahren konnten wir feststellen, dass, wenn Jugendliche aus dem arabischen Raum stammen, aber auch wenn sie aus türkischstämmigen Familien kommen, die dem Ganzen mit ziemlichem Unverständnis begegnen, ihnen hier die Geschichte der Juden Berlins weniger am Herzen lag als das, was sie über Fernsehbilder oder Dritte unter aktuellen Bezügen aus dem Nahen Osten vermittelt bekommen. Und der eine oder andere ließ sich dann auch schon zu lautstarken Begründungen hinreißen, warum wir uns denn immer nur um die Juden kümmern, wir sollten uns lieber um das unterdrückte palästinensische Volk kümmern. Und da denke ich, sind die ersten Anzeichen da, wo wir fragen, was haben wir da in der Vermittlung falsch gemacht bzw. wo müssen wir intervenieren. Und an dieser Stelle sind wir jetzt im Bezirk, dass wir uns damit auseinandersetzen. Was wir nicht festgestellt haben ist, dass es im Bezirk selbst politisch organisierten Rechtsextremismus gibt. Das ist auch ein Ergebnis der Studie. Es gibt Fremdenfeindlichkeit, insbesondere latent, insbesondere auch bei der älteren deutschen Bevölkerung, dort, wo sie sich mittlerweile in der Minderheit fühlen in manchen Gebieten, der es zu begegnen gilt. Diese lässt sich auch, wenn die Zeiten besonders unsicher sind, im Wahlverhalten ablesen. Es gibt bestimmte Gebiete im Bezirk, wo dann rechtsextremistische Parteien – seien es die Republikaner, sei es die NPD – auch überproportionale Stimmenzuwächse verzeichnen können. Aber wie gesagt, das ist latent geäußert, das ist nicht offen zutage treten. Der Bezirk Mitte hat natürlich damit zu tun, dass sich hier die zentralen staatlichen Stellen der Bundesrepublik Deutschland befinden, auch die zentralen Mahn- und Gedenkstätten. Er ist damit natürlich Aufmarschfeld für politischen Rechtsextremismus. Eine NPD - Demo, wird natürlich meistens immer erst im Bezirk Mitte angemeldet, ob sie nun zum Brandenburger Tor führen soll oder zum jetzt entstehenden Mahnmal für die ermordeten Juden Europas, also als bewusste Provokation. Das ist natürlich von außen an den Bezirk heran- und in den Bezirk hereingetragen, das kommt nicht aus dem Bezirk selbst. Aber wir müssen damit umgehen. und auch natürlich die Gedenkstätten, die Mahnmale, die Denkmäler, die an das jüdische Leben erinnern, das mit dem Holocaust ausgelöscht wurde und die wir im Bezirk haben, sind oftmals Gegenstände rechtsextremistischer Schandtaten, allerdings ohne, dass wir nachweisen können, dass es aus dem Bezirk kommt. Wir gehen davon aus, dass es meistens von Außen an den Bezirk herangetragen wird.

Dr. Matthias Franck

Herr Zeller, wir wollen später noch in die Zukunft schauen. Jetzt erst mal zu ihrem Kollegen nach Pankow. Herr Kleinert, Sie haben unter der roten Mappe versteckt den Aktionsplan Pankow. Also welchen Nutzen haben Sie aus diesem Aktionsplan für ihre politische Arbeit saugen können?

Burkhard Kleinert

Es war sehr wichtig für uns, diesen Aktionsplan zu erarbeiten. Die Bezirksverordnetenversammlung und die Kommunalpolitiker in Pankow und in den Vorgängerbezirken haben sich auch schon vor der Erarbeitung des Aktionsplanes häufig anlassbezogen mit dem Problem des Rechtsextremismus und der Gewalt auseinandergesetzt. Aber es hat in der Vergangenheit keinen wirklichen Ansatz gegeben, nachhaltig in vernetzten Strukturen und unter Einbeziehung auch der Verwaltung das Thema anzupacken und hier hat der Aktionsplan einen echten Fortschritt erbracht. Im Aktionsplan wird die Situation vor Ort untersucht. Das war für uns aufschlussreich. Wir haben bei uns im Bezirk rechtsextreme Erscheinungen, Personen, Ideologien vor allem in den nördlichen Randbereichen und hier gibt es, glaube ich, auch Kontakte zum Brandenburger Umland und den dortigen Strukturen. Ich bin deshalb der Auffassung, dass ein wirksames Vorgehen gegen diese Erscheinungen bezirks- und auch länderübergreifend erfolgen muss. Gerade die Randbezirke sollten Kontakt zu Akteuren der Antigewalt - Arbeit im Land Brandenburg suchen.

Wir haben zur Umsetzung des Lokalen Aktionsplanes einen Maßnahmenplan entwickelt, wobei es darum geht, sehr zielstrebig unter Nutzung aller Möglichkeiten Einfluss zu gewinnen auf Gruppen, die möglicherweise anfällig sind für rechtes Gedankengut, aber auch die Öffentlichkeit zu ermutigen, aktiv gegen solche Erscheinungen vorzugehen. Wir haben für das erste Jahr der Umsetzung einige Schwerpunkte, sogenannte Handlungsfelder, festgelegt, die jetzt in einer Arbeitsgruppe systematisch bearbeitet werden. Dazu wurde eine Zielvereinbarung zwischen dem Bezirksamt, dem Pfefferwerk und der RAA abgeschlossen. Die Handlungsfelder betreffen zum einen die Sicherheit im öffentlichen Raum. Das meint Gebiete, die von Opfergruppen als Gefahrenorte erlebt worden sind. Das sind z. B. Lokalitäten, bestimmte Gruppen, die attackiert werden, Leute mit eindeutigem Migrationshintergrund, oder aber junge Menschen, die sich deutlich als linksdenkend zu erkennen geben. Diese sind dort dann Attacken ausgesetzt. Wir versuchen, für die Problematik in diesen Gebiet Handlungsstrategien zu entwickeln. Das setzt zunächst voraus, dass die Öffentlichkeit, die ja in aller Regel nicht rassistisch, fremdenfeindlich oder rechtsextrem orientiert ist, für die Probleme sensibilisiert wird, dass sie aufgefordert wird, sich couragiert mit solchen Erscheinungen auseinander zu setzen, sich mit Opfern zu solidarisieren und natürlich auch dahingehend Einfluss zu nehmen, dass solche Erscheinungen, wenn sie denn sichtbar werden, mit den angemessenen Mitteln bekämpft werden können. Das heißt im Falle einer Straftat, dass eine Anzeige erfolgen und die Polizei tätig werden muss. Aber es gibt da auch Hemmschwellen. Gerade Menschen mit Migrationshintergrund scheuen oft den Weg zur Polizei. In diesem Falle müssen Hilfestellungen gegeben werden.

Sie wissen, Buch ist ein Zentrum der Medizintechnik, des Gesundheitswesens, der Biotechnologie, und dort sind sehr viele ausländische Mitarbeiter in den Forschungseinrichtungen tätig. Wir haben von der Leitung dieser Einrichtungen mehrfach Hinweise erhalten, dass diese auf dem Weg zum Bahnhof Pöbeleien und Ähnlichem ausgesetzt waren. Das ist – denke ich – ein Grund, hier besonders aktiv zu werden, und wir wollen für diesen Ortsteil auch mit den vor Ort Tätigen – und das sind nicht nur antifaschistische Initiativen, sondern auch Schulen, Senioreneinrichtungen, natürlich die ansässigen Unternehmen und Institute – gemeinsam ein Konzept entwickeln, um die Bedrohungssituation deutlich zu reduzieren. Dem dient auch die Implementierung eines Registers, in dem rechtsextreme, rassistische und antisemitische Vorgänge erfasst werden sollen und wo auf freiwilliger Basis die Betroffenen solche Vorkommnisse anzeigen. Da geht es häufig um Vorkommnisse, die nicht justiziabel sind, unterhalb der Schwelle der Straftat liegen. Aber ich denke, es ist wichtig, dass wir einen Überblick erhalten, was insgesamt passiert, dass all diese Dinge tatsächlich öffentlich gemacht werden. Denn vieles verschließt sich unseren Blicken. Wir erstatten seit Jahren zum Thema Rechtsextremismus Berichte an die Bezirksverordnetenversammlung. Diese enthalten nur die Informationen, die wir von Polizei, Verfassungsschutz und Staatsschutz erhalten. Wir wollen weiterkommen und denken, dass mit diesem Register die Auseinandersetzung mit dem Thema neuen Antrieb bekommt, auch die Auseinandersetzung um unterschiedliche Sichtweisen auf das Problem. Die Bezirksverordnetenversammlung hat sich bereits mit dem Vorschlag beschäftigt, einen Ehrenpreis für Zivilcourage zu stiften.

Das heißt, wenn es eine Situation gibt, wo sich eine Bürgerin oder ein Bürger besonders couragiert für Demokratie, Toleranz, gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit eingesetzt hat, dann wollen wir dies auch öffentlich machen und öffentlich würdigen (nach dem Motto: Engagement erwünscht). Das heißt nicht, dass Bürger in solchen Situationen Leib und Leben riskieren. Aber ich denke, es gibt viele Möglichkeiten, bedrängten Menschen zu Hilfe zu kommen. Wir haben in unserer Zielvereinbarung zur Umsetzung des Aktionsplanes ein weiteres Handlungsfeld verankert, den Sportbereich. Wir haben feststellen müssen, dass Trainer, Vereinsfunktionäre, aktive Sportler oft nicht die Tragweite dessen erkennen oder erkennen wollen, was sich auf Sportplätzen abspielt. Da gibt es häufig einen Verbalradikalismus, der sich gegen Minderheiten bzw. Ausländer richtet und das wird oft abgetan, verniedlicht. Wir haben die Erfahrung gemacht, wenn man mit den Vereinen redet, sie darauf hinweist, auch versucht, sie für das Thema zu sensibilisieren, dass man dann sogar ganz erfolgreich zusammenarbeiten kann. Wir haben z.B. eine Haus- und Platzordnung für die Sportstätten entwickelt, die bestimmte Verhaltensweisen ächtet, wir haben in den Pankower Sportstätten eine Antigewalt - Plakataktion mit dem Berliner Fußballverband gemacht, wir haben interkulturelle Sportturniere organisiert und uns mit jungen Fußballern, die oft sehr ruppig in ihren Äußerungen gegenüber Fremden sind, auseinandergesetzt.

Dr. Matthias Franck

Herr Kleinert, sie kommen noch mal zu Wort heute, ich...

Burkhard Kleinert

Ich wollt nur sagen, dass man aus Pankow eine ganze Menge Konkretes berichten kann.

Dr. Matthias Franck

Ja okay, Herr Kleinert, das finde ich einen wichtigen Hinweis, denn die Thematik spielt ja sogar im internationalen Fußball eine Rolle. Was Sie sagen beschäftigt ja auch die UEFA - ausländerfeindliche Äußerungen übelsten Ausmaßes.

Lassen sie uns Frank Jansen mal kurz ins Spiel bringen, und zwar mit einer kurzen Vorfrage und dann mit einer Frage von größerem Umfang. Heute als ich hierher fuhr, hat Inforadio verbreitet, dass der Verfassungsschutz in Berlin gemeldet hat, die Zahl der registrierten Rechtsradikalen seien in Berlin um 50 % gestiegen, von 500 auf 750. Was ist da dran? Sie beobachten die Szene Herr Jansen?

Frank Jansen

Also es handelt sich offenkundig um die Zahlen der Neonazis, also der politisch engagierten nicht unbedingt als gewaltbereit, sagen wir mal theoretisch nicht unbedingt als gewaltbereit geltenden Rechtsextremisten. Nach meinen Informationen ist es aber eine ältere Zahl. Wir beobachten schon seit langem, dass sich ein Teil der Skinheadszene beispielsweise politisiert, in die Neonazikameradschaften auch reinkommt und dass insgesamt die – sagen wir mal - schon härter politisierten Neonazis einen gewissen Zulauf bekommen, insbesondere was ihre Kameradschaften angeht. Einige sind ja eben schon erwähnt worden, die sogenannte Berliner Alternative Südost etc.

Dr. Matthias Franck

Wenn sie denn jetzt den Auftrag hätten, in wenigen Minuten eine Seite 3 zu schreiben, die ein offener Brief an die drei Bürgermeister wäre. – ich gebe den Anfang „Liebe Bürgermeister,...“ – , so fangen sie an mit dem offenen Brief an diese drei Herren. Wie würde der inhaltliche Text lauten, kurz zusammengefasst von ihnen als einer, der kritisch beobachtet und sagt, das stelle ich fest, ich habe das Ohr an der Szene, in der Szene und das fällt mir auf und jetzt nutze ich mal die Gelegenheit, hier bei der Friedrich - Ebert - Stiftung das zu sagen, was mal unbedingt gesagt werden muss. Bitte, die Drei hören Ihnen zu und werden ihnen antworten.

Frank Jansen

Also das Problem ist, wenn man eine größere Reportage schreibt und man hat einen Anfang vorgegeben, dann fällt einem oftmals lange Zeit erst nichts ein, aber ich will es mal versuchen: Was mir einfällt, ist vor allem ein Datum das bei mir in der letzten Woche, nicht das Datum selber, aber das, was drum herum passiert, doch eine gewisse Empörung ausgelöst hat. Die NPD-Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten hat für den 8. Mai eine Demonstration angemeldet. Nach ihrem Bekunden soll es die größte rechtsextreme Demonstration werden, also nationale Demonstration, die Berlin je gesehen hat - am 8. Mai 2005, dem 60. Jahrestag der Befreiung vom Naziterror. Diese Demonstration soll die Route ablaufen vom Alexanderplatz am Holocaustmahnmal vorbei zum Brandenburger Tor. Das Motto lautet: „Gegen die Befreiungslüge, Schluss mit dem Schuld kult“. Ich würde mir wünschen, liebe Bürgermeister, und das richtet sich auch an alle anderen maßgeblichen Politiker in dieser Stadt, ganz gleich, welcher Couleur, dass es endlich wieder eine massive symbolische Geste gibt, dass die Politik sagt, wir gehen auf die Straße. Denn die Straße ist – sagen wir mal – das Element der rechtsextremen Szene, das Element für Neonazis und es kommt meines Erachtens bei den vielen sehr verdienstvollen Initiativen, Konzepten, Symposien etc., was es alles gibt, zu kurz. Das muss alles auch sein, das ist vollkommen richtig, aber es reicht eben bei weitem nicht aus. Die Demokraten müssen gerade auf der Straße einen Zahn zulegen, wenn sie nicht die Straße den Rechtsextremen – vor allem den rechtsextremen Provokationen – überlassen wollen. Und ich würde mir eben wünschen, liebe Bürgermeister, dass die Mitglieder der demokratischen Parteien, das gilt auch für die CDU insbesondere, die sich da leider immer ein bisschen zurückhält, dass sie von ihren maßgeblichen Führungspersonlichkeiten aufgefordert werden, an diesem Tag auf die Straße zu gehen und ein Zeichen zu setzen, zu sagen, dass lassen wir nicht zu, und wir lassen nicht zu, dass sich so eine Art Eskalation, so eine Art Gewaltspirale oder Provokationsspirale beim Holocaustmahnmal bildet. Ich vermisse bis heute eine Initiative, die sagt, das Holocaustmahnmal ist nicht nur etwas, was dahingesetzt worden ist und wo die Lea Rosh und andere dann mitgedreht haben, sondern es ist etwas, was den Berlinern gehört, das ist etwas von uns, das ist ein Teil unseres Erinnerns und dass es entsprechend ziviles Engagement gibt, dass sich Bürger darum Gedanken machen, wie können wir dieses Mahnmal schützen, wie können wir dazu beitragen, dass Leute, die dahinkommen, die Fragen stellen, dass die informiert werden und nicht einfach nur weggeschickt und gesagt bekommen, geht mal ins Museum, da kriegt ihr schon eure Antworten, sondern gesagt bekommen, wie sich das demokratische Berlin das Holocaustmahnmal aneignen kann. Wie kann das demokratische Berlin zeigen, dass es nicht zulässt und nicht bereit ist, sich länger diese Provokationen auf der Straße gefallen zu lassen und warum, liebe Bürgermeister, ist es nicht denkbar, dass das demokratische Berlin beispielsweise sagt, am 8. Mai gehört die Straße uns und nicht den Anderen, und wenn es sein muss, dann setzen wir uns eben auch hin auf den dann schon etwas wärmeren Asphalt und wir lassen die hier nicht durch, ob sie nun dürfen oder nicht.

Dr. Matthias Franck

Joachim Zeller, Sie haben den Aufruf, den beklatschten Aufruf, des Kollegen Jansen gehört. Würden Sie ihre anderen Bezirksbürgermeister, die jetzt nicht da sind, vor allem den von Neukölln würde ich mir auch dabei wünschen, einladen, am 8. Mai zu sagen, wir erobern für uns Demokraten die Straße zurück. Das, was Herr Jansen sagt, wäre das eine Idee, die Sie so spontan aufgreifen könnten oder sagen Sie, das ist nicht das Mittel, wie wir uns gegen eine solche Demonstration am 8. Mai wehren müssten?

Joachim Zeller

Zunächst einmal möchte ich vorausschicken, dass sich die CDU Berlin bereits dagegen gewandt hat, dass die NPD am Brandenburger Tor demonstriert und insbesondere in der Nähe des Mahnmals für die ermordeten Juden Deutschlands.

Dr. Matthias Franck

Aber er geht ja weiter, er sagt „Gesicht zeigen“.

Joachim Zeller

Stichwort Zurückhaltung, also da haben wir überhaupt keine Zurückhaltung geübt und ansonsten wird zunächst einmal alles getan werden, um diese Route an sich zu unterbinden. Ich meine, da sind die Innenbehörde, der Polizeipräsident und dort, wo wir ein Stückchen Zipfel an Zuständigkeit haben, ist auch der Bezirk gefordert, nämlich dann, wenn wir es verhindern können, dass derartige Demonstrationen insbesondere an den medienträchtigen Orten stattfinden. Das ist ja die Absicht der Antragsteller. Dann nehmen wir ihnen auch ein Stückchen der Publizität und dessen raus, was sie eigentlich beabsichtigen. Das ist das eine und ich meine, da gibt es immer wieder gute Gründe, dass uns das gelingt. Und zum anderen haben wir jetzt gerade in der jüngsten Vergangenheit, zumindest Kollege Kleinert und ich, einen gemeinsamen Aufruf gegen eine NPD-Demo unterschrieben, die an der Bornholmer Brücke stattfinden sollte, wo es dann auch wiederum mit guten Argumenten gelang, diese letztendlich zu verhindern. Aber im Vorfeld dessen, es war nicht klar, ob es uns gelingt, war uns die Parteizugehörigkeit egal und wir haben beide gemeinsam mit unseren Vorstehern in der Bezirksverordnetenversammlung zur Gegendemonstration aufgerufen. Es ist natürlich insofern immer ein wenig schwierig, das ganze auch zu einer Massenbewegung werden zu lassen, weil im Vorfeld die Berichterstattung dann so ist: Es wird zu Konfrontationen kommen, massiver Polizeieinsatz. Gegendemonstrationen aus dem linken Spektrum werden angekündigt, so dass der Normalbürger dann meist schon Abstand nimmt und sagt, also wenn die Sicherheitsbehörden mich versuchen schon fernzuhalten, wo soll ich mich dann aufhalten. Aber das ist für uns kein Grund, nicht eindeutig Flagge zu zeigen und das haben wir in der Vergangenheit gemacht und das werden wir auch in der Zukunft tun.

Dr. Matthias Franck

Kurze Reaktion „Gesicht zeigen“ – Herr Ulbricht und Herr Kleinert – bitte, wenn sie das Mikrofon weitergeben würden.

Burkhard Kleinert

Herr Zeller hat ja schon auf die letzte gemeinsame Veranstaltung hingewiesen. Ich halte es unbedingt für notwendig, dass man die Straße nicht den Rechten überlässt. Deshalb muss man nach geeigneten Formen suchen, um deutlich zu machen, dass Berlin kein Aufmarschplatz der Rechtsextremen sein kann. Im übrigen denke ich, drückt man ja damit auch den Willen der Mehrheitsbevölkerung dieser Stadt aus. Aber was ich leider auch festgestellt habe: die demokratische Öffentlichkeit muss stärker motiviert werden. Der Aufruf von Bezirkspolitikern alleine ist es noch nicht, der die Menschen auf die Straße treibt. Da muss noch mehr passieren, und deshalb sind nachhaltige Auseinandersetzungen mit dem Thema wichtig, um Verbündete in solchen Situationen zu haben. Also wenn Herr Zeller um Unterstützung am 8. Mai nachsucht, wir werden da sein, das ist kein Problem.

Dr. Matthias Franck

Ganz kurz bitte, ganz kurz Herr Ulbricht, ja...

Dr. Klaus Ulbricht

Ja, wenn ich auch vorhin dem Aktionismus ein bisschen entgegen getreten bin, natürlich ist es wichtig, dass die Mehrheitsgesellschaft sagt, der öffentliche Raum gehört uns und wir überlassen ihn nicht euch. Insofern kann ich nur alle Berlinerinnen und Berliner aufrufen - wir haben gerade 5.000 oder 8.000 Blatt Aufruf gedruckt - am 4. Dezember nach Treptow - Köpenick zu kommen, wenn vom Bahnhof Adlershof zum Bahnhof Köpenick die BASO, andere Kameradschaften und Neonazis marschieren werden und sich für ein nationales Jugendzentrum und gegen die Ausgrenzung rechtsextremer Jugendlicher aus Jugendfreizeiteinrichtungen einsetzen werden. Na sicher ist das ein Riesenthema, die Mehrheitsgesellschaft an dieser Stelle zu mobilisieren und man braucht wirklich das ganze Netzwerk. Wir haben ja nun einige Netzwerke in unserem Bezirk, um viele, viele, viele aufzufordern, an diesem Tag Flagge zu zeigen und Gemeinsamkeit zu demonstrieren. Viele bleiben zu Hause und sagen, mein Gott, ich hab grade was anderes vor, meistens ist ja noch Samstag oder irgend so etwas und der Rest, das sind die, vor denen ich wirklich Angst habe, sagt hinter vorgehaltener Hand, na ja so ganz Unrecht haben die ja nicht.

Dr. Matthias Franck

Wir haben uns heute nicht nur mit dem Vortrag von Prof. Dr. Heitmeyer insgesamt befasst, sondern auch spezifischer über die Jugend gesprochen, über Schüler, Jugendarbeit usw. Wir haben dabei ein bisschen die Erwachsenen aus dem Blickfeld verloren, die aber eine viel größere Zahl und vielleicht auch das größere Problem darstellen, wie Sie jetzt genauer und viel besser sagen können als ich, Frau Prof. Rommelspacher...

Prof. Dr. Birgit Rommelspacher

Ja, das ist völlig richtig, wenn wir also schauen wollen, Revue passieren lassen wollen, was in der Auseinandersetzung zum Thema Rechtsextremismus und in Bezug auf Maßnahmen dagegen in den letzten 10 Jahre passiert ist, dann werden wir einen sehr interessanten Shift, also eine Verschiebung der Schwerpunkte feststellen, nämlich von einem Jugendproblem zu einem Problem der Zivilgesellschaft und das ist ja von Ihnen auch allen bestätigt worden. Dass dies so gesehen wird, ist im Grunde – denke ich – eine sehr positive Entwicklung, dass es eben kein Jugendproblem ist, nicht allein die Frage von Arbeitslosigkeit, nicht allein die Frage der Gewalt.

Nur wenn wir uns die Realität der Projekte angucken, richten sich doch die meisten wieder an die Jugendlichen, also sei es die vielen Schulprogramme, die sicher sehr gut und auf jeden Fall zu unterstützen sind, aber auch die in der Jugendhilfe usw., die mobilen Beratungsdienste .. Irgendwie scheint die Jugend einen Sog auszuüben, wo man meint, hier kann man am besten ansetzen. Und das ist die Frage – warum das so ist. Vielleicht weil man glaubt, da den größten Einfluss zu haben, da am ehesten etwas zu tun können. Aber es könnte natürlich auch ein Stück Abwehr sein, sich mit anderen Akteuren, Herr Borstel hat es heute Vormittag gemeint, z.B. mit der Wirtschaft, z.B. mit der Justiz usw. genauer auseinander zusetzen. Aber dennoch – wie gesagt – ich finde die Entwicklung sehr positiv, die Verantwortung an die Gesellschaft zurückzugeben, das Thema nicht zu einem Randproblem zu machen, zu einem Problem einer Randgruppe. Nur müsste der nächste Schritt meines Erachtens jetzt sein, sich die Zivilgesellschaft genauer anzuschauen und da komme ich auf das, was sie eben auch sagen: Ist die Zivilgesellschaft quasi die Lösung des Problems oder nicht auch Teil des Problems? Wenn wir die Untersuchungen angucken, gibt es eben die weit verbreiteten antisemitischen Einstellungen, die rassistischen Einstellungen, fremdenfeindliche, die Überfremdungsangst oder die Behauptung, wir würden überfremdet. Wo es relativ große Einigkeit gibt, ist die Ablehnung von Gewalt. Da gibt es nur 4 %, die in der Tat die Gewalt auch noch befürworten. Das heißt, auf der Einstellungsebene finden wir viel Übereinstimmung: „Die Rechten können ja, da haben sie ja durchaus Recht, aber nicht in dieser Form...“. Das heißt, viele wenden sich nur „gegen die Rechten“, nicht gegen die Inhalte, sondern es ist ihnen einfach zu gewalttätig, zu unordentlich, eben einfach nicht in der rechten Form. Also insofern denke ich, die nächsten Schritte in der Analyse sind im Grunde genommen die, sich die Zivilgesellschaft genauer anzugucken. Was heißt eigentlich Zivilgesellschaft und wie gehe ich damit um, welche Strategien muss ich entwickeln, wenn ich mehrere Akteure am Tisch habe. Das ist ja sehr positiv, aber auch da werden eben entsprechende Positionen vertreten. Wir brauchen nur das Stichwort Islamismus zu nennen. Wie gehe ich damit um, um dann tatsächlich eben gegen dieses Gedankengut anzugehen. Insofern – denke ich – ist es nicht nur ein Zurückgeben an die Gesellschaft, sondern auch eine Frage der Politisierung des Problems, Repolitisierung würde ich das nennen: Dass es wirklich auch auf die inhaltliche Auseinandersetzung ankommt und wir nicht mehr nur darüber reden, welche Gruppen von Bedeutung sind und wo wir ansetzen, sondern dass wir uns viel mehr fit machen müssen, kompetent machen müssen, inhaltlich zu argumentieren, denn die Argumentationsebene liegt in der Regel auf einem recht schlechten Niveau. Und wenn ich jetzt z.B. von meinen Studentinnen / Studenten ausgehe, kann ich sagen, da ist wenig gefestigte demokratische Argumentationskraft oder Kompetenz vorhanden und ich glaube, dass dies in anderen Bereichen durchaus auch der Fall ist. Also insofern würde ich dafür plädieren, in Zukunft sehr wohl auch mehr Gewicht und mehr Augenmerk darauf zu legen, wie eigentlich inhaltlich Auseinandersetzungen geführt werden können.

Vielleicht noch ein kurzes Ergebnis. Ich habe Analysen von Aussteigern gemacht, also von Menschen, die aus dem Rechtsextremismus den Rücken gekehrt haben. Alle durch die Bank haben gesagt, niemand hat sich mit ihnen inhaltlich auseinandergesetzt. Die Eltern haben die Musik aus dem Fenster geschmissen, sie haben verboten, die Fahnen aufzuhängen und, und, und. Aber die inhaltliche Auseinandersetzung ist nicht gelaufen. Sie ist weder mit den Eltern gelaufen, noch mit den Lehrern, noch mit Sozialarbeitern, noch mit sonst jemandem und ich glaube, dass da auch wirklich ein großes Kompetenzdefizit vorhanden ist bzgl. einer überzeugenden und fundierten demokratieorientierten Debatte.

Und noch ein dritter Punkt, bitte, der betrifft etwas, das heute meines Erachtens auch viel zu kurz kam: die Opferperspektive. Die ist gewissermaßen gar nicht in den Blick gekommen, die rutscht bei dem Thema immer sehr schnell runter. Ich glaube, dass gerade mit Blick auf die Opferperspektive – sie wird ja nur von ein oder zwei Projekten bei einer Unzahl von anderen Projekten eingenommen – auch die Mittelverteilung in diesem Bereich sehr ungleich ist. Und ich glaube, dass es nicht nur, aber ein wesentlicher Punkt ist, natürlich die Opfer zu schützen, sie zu stärken, ihnen Unterstützung zu geben. Das ist das unmittelbar wichtige Ziel und es ist unsere Aufgabe, auch modellhaft zu zeigen, dass ihre Perspektive hier in dieser Gesellschaft gehört werden muss, dass sie wichtig ist, dass sie dazugehört und damit auch die Norm der Pluralität.

Es ist wichtig, darauf hinzuweisen, dass es viele Sichtweisen auf diese Gesellschaft gibt, um der Opferperspektive auch zum Durchbruch zu verhelfen. Insofern würde ich mir wünschen, dass in diese Richtung auch etwas intensiver diskutiert und auch gearbeitet wird.

Dr. Matthias Franck

Vielen Dank, das war Professorin Birgit Rommelspacher.

Einen Punkt haben wir heute nur ganz kurz gestreift, der aber – glaube ich – sehr wichtig ist. In der Kaffeepause wurde mir zugeflüstert, ihn unbedingt noch einzuführen, das ist die Wirtschaft, d.h. die Arbeitgeber und die Arbeitnehmer.

Thomas Härtel – wie wichtig ist es, diesen Bereich, diesen ja auch die Gesellschaft so bestimmenden Bereich, mit einzubeziehen? Braucht man gerade die Arbeitgeber in besonderem Maße an der Seite, um solche aufkeimenden rechten Tendenzen zu verhindern, weil die sie viel besser beobachten können als Sie oder jeder der hier anwesenden Bürgermeister?

Thomas Härtel

Also eine klare Aussage: Selbstverständlich brauchen wir die Wirtschaft und die Arbeitgeber. Wir merken das ja auch bei dem, was in der Ausbildung abläuft. Wir stellen immer wieder fest, dass leider in den Betrieben viel zu wenig gegen entsprechende Äußerungen gegen Minderheiten, gegen fremdenfeindliche und antisemitische Äußerungen getan wird. Wir brauchen in den Betrieben vor allen Dingen natürlich auch kompetente Ausbilder. Und wir brauchen natürlich auch Unternehmer, die ihren Betrieb so führen, dass er im Grunde genommen auch ein Stück demokratisches Leitbild wiedergibt. Es ist sehr wichtig, wie man mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Betrieb umgeht und wie man beispielsweise auch Beteiligungsprozesse von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bewertet. Das ist übrigens ein Punkt, der in der Arbeit bisher viel zu wenig bewertet worden ist und wo wir wirklich in der Tat Nachholbedarf haben. Ich stelle das immer wieder fest, wenn wir im Zusammenhang mit Schülerfirmen, die wir in den Schulen haben, beispielsweise eng mit Betrieben zusammenarbeiten. Es ist wichtig dieses Thema auch im Betrieb offen anzusprechen und dort Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter entsprechend zu qualifizieren, um dem alltäglichen Rassismus und der Fremdenfeindlichkeit auch dort entgegenwirken zu können. Wir haben einen hohen Fortbildungsbedarf von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Betrieben.

Dr. Matthias Franck

Können Sie, Herr Zeller, dies ansprechen? Machen Sie das in ihrer aktiven Arbeit als Bürgermeister?

Joachim Zeller

Wir sind ja selbst Arbeitgeber. Das Bezirksamt Mitte hat fast 5.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und insbesondere bei uns, ob ich das Sozialamt nehme oder das Jugendamt, ist natürlich der Kontakt gerade mit den Bevölkerungsteilen, denen es sozial am schlechtesten geht, die also von der laufenden Sozialhilfe leben müssen, und unserer Behörde am intensivsten. Und bei dem Arbeitsanfall, den die einzelnen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern haben, müssen wir bei allem Verständnis auch für die Arbeitssituation in unseren Ämtern dafür Sorge tragen, dass wir, um möglichst schon im Vorfeld rein formale Missverständnisse auszuräumen, beispielsweise die interkulturelle Kompetenz auch unserer Mitarbeiter erhöhen.

Wir versuchen das, indem wir Lehrgänge organisieren, so dass nicht allein schon bei dem Aufeinanderzukommen der Keim des Missverständnisses entsteht. Von daher kommt bei einer so verschärften sozialen Situation natürlich auch gerade auf die Mitarbeiterschaft in der Verwaltung die große Aufgabe zu, Konfliktpotential zu vermindern oder gar nicht erst aufkommen zu lassen und ich nehme an, dass dieses auch der übergroßen Zahl unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewusst ist.

Dr. Matthias Franck

Herr Borstel, es wurde gesagt, dass eigentlich kein rechtsradikales Phänomen bezirksspezifisch sei, sondern dass es sich um bezirksübergreifende Phänomene handle. Ich habe aber gerade am Anfang bei den Bürgermeistern herausgehört, dass sie die Unterschiede ihrer eigenen Bezirke deutlich herausgearbeitet haben. Was stimmt? Oder ist im schlimmsten Fall beides richtig?

Dierk Borstel

Natürlich sind einzelne Sozialräume, einzelne Kieze zu differenzieren. Es gibt in Berlin aufgrund der sozialen Zusammensetzung Unterscheidungen. Herr Zeller hat das ja deutlich gemacht. Anteile z.B. der Personen mit Migrationshintergrund sind natürlich in unterschiedlichen Bezirken und in Ost / West einfach unterschiedlich und dadurch sind auch Problemlagen natürlich zu differenzieren. Treptow - Köpenick hat mit Islamismus herzlich wenig zu tun, klassischer Rechtsextremismus hingegen ist im Wedding doch deutlich weniger zu finden. Von daher gibt es natürlich sozialraumbezogene Unterschiede. Was mir sehr wichtig war, auch aufgrund sozusagen dessen, was sie eben angedeutet haben, möchte ich noch mal hervorheben. Wir müssen so ein bisschen – glaube ich – aufpassen, dass wir diese Grundfrage „Demokratie“ tatsächlich als bezirksübergreifende, als Berlin weite, als deutschlandweite Frage festhalten und wir müssen aufpassen, dass wir diese Frage bzw. die Demokratie nicht nur verwalten, sondern wir müssen Probleme lösen und ich glaube, dass die Tagung heute sehr deutlich gezeigt hat, dass wir zu sehr, sehr vielen Fragen einfach noch – wenn wir ganz ehrlich sind - keine Antwort haben. Ein Beispiel: Bezogen auf Treptow - Köpenick – Herr Dr. Ulbricht bringt das gern und er hat immer wieder Recht – haben wir gesagt, es fehlt dort ein Klima der Vielfalt, es fehlt ein Klima der Heterogenität. Herr Dr. Ulbricht hat immer gefragt, wie erreicht man ein solches Klima denn, und dann hab ich immer bloß in die Luft geguckt und hab gedacht, lass die Anderen doch mal antworten. Das ist natürlich sozusagen ein Problem, d.h. wir müssen ehrlich sein, wir haben zu vielen Punkten noch keine Antworten, wir haben keine Lösungen. Was man aber tun könnte, ist z.B. auch Berlin weit so etwas wie eine Ideenwerkstatt zu entwickeln, wo man genau diese Themen mit den Experten bespricht, wo man Ideen, Konzepte vielleicht auch neu entwirft, wo man Erfahrungen, die bereits da sind, einsammeln kann, wo man die Erfahrungen auch mitintegriert und genau an diesem Problem – wir haben es ja heute hier oben sozusagen sehr deutlich gesehen – , an diesen Thesen auch noch ein Stückweit weiter arbeitet und da sehe ich eine ganz, ganz wesentliche Sache, die nicht nur in den Bezirken, sondern die einfach bezirksübergreifend stattfinden muss.

Und ein zweiter Punkt, wenn Sie erlauben: Bezirke wandeln sich ausgesprochen schnell, d.h. wir müssen auch analytisch nachlegen. Es gab auf der Bundesebene einmal die Idee, eine „unabhängige Beobachtungsstelle“ einzurichten. Sie ist trotz entsprechender Beschlusslage aber nicht umgesetzt worden. Dies würde auch nicht bedeuten den Verfassungsschutz zu ersetzen, sondern es heißt, die Demokratiefrage analytisch in den Mittelpunkt zu stellen und dauerhaft zu bearbeiten und dann nicht nur die Struktur, sondern tatsächlich die Qualität von Demokratie zu begreifen. Auch das könnte verbunden mit dieser Ideenwerkstatt ein Konzept sein, von dem ich denke, dass ganz Berlin etwas davon hätte und es würde auch über Berlin hinaus ausstrahlen.

Dr. Matthias Franck

Können Sie die Vorschläge übernehmen?

Dr. Klaus Ulbricht

Ja, die kann ich übernehmen. Ich würde sie aber gern noch ein bisschen untersetzen, weil, was ich im Moment noch nicht brauche, ist eine neue Analyse. Ich brauche politische Bildung, politische Bildung, politische Bildung und zwar für Multiplikatoren. Ich habe 250 Sportvereine, 100 Kleingartenvereine und, und, und. Also wenn man so will, eine engagierte Struktur. In dieser Struktur muss ich Bildungsangebote machen, dringend. Und ich brauche für diesen Prozess ne qualifizierte Begleitung. Wir haben die Mobile Beratung Rechtsextremismus, was sehr wertvoll ist. Ohne sie ginge es überhaupt nicht, muss ich ehrlich sagen, aber wir brauchen eigentlich eine Verstärkung an dieser Stelle. Ich will das noch mal aufnehmen, was Sie vorhin gesagt haben. Auch ich habe Argumentationstraining machen müssen, weil es gibt kaum noch eine Bürgerversammlung, zu der ich einlade, wo nicht zwei, drei, vier, fünf Vertreter von der BASO oder wem auch immer drinsitzen und heute soweit sind, dass sie die provokativen Fragen gegen Rechtsextremismus stellen. Sie fragen mich: Was tun Sie denn gegen die rechtsextremen Erscheinungen? Wieso lassen Sie denn ein Schulungszentrum der NPD in diesem Bezirk zu? Also die sind präsent mit dem weichgespülten Betage an der Spitze, der ja nichts mehr scheut, als mit irgendwelchen Gewalt- oder anderen Auseinandersetzungen auch nur irgendwie in einen Zusammenhang gebracht werden zu können. Die Auseinandersetzung auf der Argumentationsebene, da wünsche ich mir viel, viel mehr Unterstützung, und wir brauchen sie dringend, und die kann natürlich nur fachlich fundiert sein.

Dr. Matthias Franck

Bianca Klose macht genau das, was gerade angesprochen worden ist, sie ist nämlich von der „Mobilen Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin“. Frau Klose, wenn sie jetzt für den Bürgermeister oder für die alle drei Kommunikationsberaterin wären, was würden sie denn aus ihrer Erfahrung dort abliefern als Argumente?

Bianca Klose

Also ich muss dazu sagen, dass die Mobile Beratung, die MBR, ja in drei unterschiedlichen Bezirken, also nicht nur in Treptow - Köpenick die Kommunalanalyse, sondern vor allem auch in Pankow und in Lichtenberg die lokalen Aktionspläne begleitet, und das ist ja genau der Ansatz, den wir dabei verfolgen, dass wir die zivilgesellschaftlichen Kräfte, die Demokraten, in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus professionalisieren möchten. Es geht nicht nur um Argumentationstraining, sondern auch um andere Maßnahmen. Man muss es gewährleisten können, inhaltlich vor allem, dass sich die Demokratie gegenüber den menschenverachtenden Positionen der Rechtsextremisten, Rassisten und Antisemiten als resistent erweist und da ist ein Argumentationstraining, das wir u.a. Herrn Dr. Ulbricht schon angeboten haben und auch dem Bündnis für Demokratie, natürlich nur eine Maßnahme. Aber trotzdem lassen sie mich vielleicht an dieser Stelle mal ein Resümee aus der Arbeit in diesen drei Bezirken ziehen. Was heißt es eigentlich mit lokalen Aktionsplänen oder Kommunalanalysen zu arbeiten und vor allem was sind die Befunde, die wir aufgrund unserer Arbeit dort formulieren können. Wir sehen in allen Bezirken, also sowohl Lichtenberg, Pankow als auch Treptow - Köpenick, dass die dort anwesenden Demokraten es verstanden haben, dass auf der Grundlage einer lokalen Problemanalyse sozialräumlich gearbeitet werden muss.

Das heißt, selbst die Analyse in einer Kommunalanalyse ist noch viel zu grob, man muss das noch stärker herunterbrechen auf die einzelnen Kieze, vielleicht sogar noch auf die (Jugend-) Einrichtungen und Schulen ganz konkret. Und das hat sich ja auch in der Praxis gezeigt: So wird inzwischen z.B. ein Handlungskonzept für einen Bahnhof und dessen Umfeld entwickelt oder an anderer Stelle mit Hilfe eines Runden Tisches für einen konkreten Ortsteil Treptow - Köpenicks, da dort massiv Übergriffe mit rechtsextremem Hintergrund stattgefunden haben. Auch in Lichtenberg gibt es ein Konzept zur Belebung eines Platzes, weil dort unterschiedliche Gruppierungen der lokalen rechtsextremen Szene versucht haben, sich diesen öffentlichen Raum anzueignen. So beobachten wir in all diesen Bezirken, dass ganz klar diese Fokussierung auf das lokale Problem stattfindet. Zum anderen begegnet uns in den Bezirken, in denen wir arbeiten, eine mehr und mehr aufmerksame Zivilgesellschaft. Das heißt, im Laufe der Jahre sehen wir wirklich, dass die Zivilgesellschaft wachsender mit dem Problem umgeht und sich nicht mehr scheut, Rechtsextremismus als Thema in die Öffentlichkeit zu bringen, Rassismus und Antisemitismus ganz klar zu benennen und da natürlich auch vor allem die Bezirkspolitik, die sich zum Teil auch selbst an die Spitze dieser Bewegung stellt. Das ist ein Erfolg. Herr Heitmeyer hat gesagt, dass der Rechtsextremismus im öffentlichen Raum präsent ist und dass natürlich auch die Engagierten in der Öffentlichkeit präsent sein sollten. Hier müssen wir sehen, dass man da eine Menge von den Bürgerinnen und Bürgern verlangt. Wir beobachten das zum Beispiel bei der Demonstration am 4.12. in Treptow - Köpenick – viele scheuen sich, an dem Tag aus Angst vor möglichen Übergriffen auf die Straße zu gehen. Überdies sehen wir in den Bezirken, dass ein allmähliches Umdenken stattfindet, nämlich das Einnehmen der Opferperspektive und vor allem auch dass gesagt wird, je mehr sich an dem Tag auf der Straße befinden oder je mehr Personen das Problem im Bezirk auch benennen, desto stärker verteilt sich dieses Handeln auf unterschiedliche Schultern. Das muss weiterverfolgt werden. Es gilt, die Betroffenenperspektive einzunehmen und dafür zu sorgen, dass die wenig Handelnden eine immer noch größere Unterstützung finden und dass das Problem auf unterschiedliche Schultern verteilt wird. Und zum Letzten denke ich, dass sich zeigt, dass – auch unterstützt durch die lokalen Aktionspläne – die Bezirksämter, aber auch die sonst engagierten zivilgesellschaftlichen Kräfte, erkannt haben: Es ist eben nicht ein Problem, das sich durch staatliche Repression erledigen lässt oder aber eben eines, das nur mit der Sozialpädagogik angegangen werden kann. Sondern es ist ein Problem, das im Alltag virulent ist und mit dem sich die Engagierten tagtäglich im Alltag auch auseinandersetzen müssen. Und, Herr Dr. Ulbricht, ich kann ihnen garantieren, dass das, was in Pankow und in Lichtenberg schon in Form eines lokalen ganz konkreten Aktionsplanes oder Handlungsplanes gemacht worden ist, versehen mit Zeitleiste, unter Benennung von den unterschiedlichen Handlungsträgern, denn auch in der Verwaltung müssen die Menschen dieses Problem als ihres anerkennen, dass dies auch in ihrem Bezirk mit der Kommunalanalyse durch die Unterstützung der MBR geschehen wird.

Dr. Matthias Franck

Herr Kleinert, ist das etwas, was Sie in die Zukunft mitnehmen, dass Sie sagen, wir müssen an die lokalen Brennpunkte heran und dort das Problem lösen mit diesen mobilen Beratungsteams oder mit anderen?

Burkhard Kleinert

Ja auf jeden Fall ist das ein Punkt, der sehr wichtig ist und den wir auch bei uns verfolgen. Aber es ist natürlich auch nur ein Element. Die Zurückdrängung des Rechtsextremismus, antidemokratischer Kulturen ist ein sehr komplexes Thema und da kann man auch auf lokaler Ebene noch allerhand tun. Aber selbst wenn die gesellschaftliche Situation im Wandel begriffen ist und auch die Situationen vor Ort sich ändern, so denke ich, sollte uns nichts daran hindern, uns immer wieder aktiv für ein demokratisches Miteinander, ein gewaltfreies Miteinander einzusetzen und das werden wir auch bei uns weiter vorantreiben.

Ich hoffe, dass wir damit insgesamt einen Beitrag dazu leisten, dass die Situation in Berlin besser wird und dass so vielleicht auch langfristig gesellschaftliche Veränderungen erreicht werden können.

Dr. Matthias Franck

Jetzt kommt noch mal kurz Heide Determann.

Heide Determann

Eben gerade klang es so, als wäre schon fast alles gesagt worden, was man auch nur unterstützen kann. Ich versuche jetzt noch mal bei Frank Jansen anzusetzen. Liebe Bürgermeister, liebe Landesvertreter, ein kleiner Zusatz zu dieser Demonstration zum 8. Mai und vielen anderen auch: Setzen Sie sich bitte dafür ein, dass nicht in einem windelweichen Kompromiss diese Demo dann wieder in die Außenbezirke verlagert wird mit der latenten Stimmung, da gehören sie ja schließlich hin. Es ist unser täglich Brot gerade in den Außenbezirken - wir arbeiten da nicht nur, aber auch - damit konfrontiert zu sein, dass es eine Abwehr gibt, die vollkommen verständlich ist, weil diese Bezirke sich stigmatisiert fühlen, und weil diese Bezirke als rechte Hochburgen gelten und dabei heute viel zu wenig berücksichtigt wird, was es an anderen Aktivitäten gibt. Das ist auch der Ansatz und Sinn mobiler Beratung, genau diese Geschichten weiter zu unterstützen, sei es, dass man Mitarbeiter unterstützt, die sich mit vielleicht latent rechten Jugendlichen auseinandersetzen, sei es, dass man Leute unterstützt, die überhaupt nicht wahrgenommen werden als Akteure gegen Rechts, weil sie noch nicht auf die Idee gekommen sind, über einen Sondermittelantrag ihre ohnehin ausgesprochen prekäre Personalsituation aufzustocken, sondern weil sie beispielsweise eine Anlaufstelle für homosexuelle Jugendliche in einer Gegend betreiben, in der es äußerst brenzlich ist, als sichtbar schwuler / lesbischer Mensch zu bestimmten Zeiten rumzulaufen. Ein wichtiger Aspekt im Zusammenhang mit den Kommunalanalysen ist, dass das endlich auf dem Tisch ist, dass es für Akteure in diesen Bezirken möglich ist zu sagen, welche Probleme es gibt, ohne dass diese Bezirke per se niedergemacht werden. Es geht uns ganz stark darum, bestehende Ansätze möglichst auch weiterhin zu unterstützen und ergänzend mit Beratung, mit Fortbildung oder auch Wahrnehmungsangeboten überhaupt präsent zu sein. Das vielleicht noch mal als kleine Ergänzung. Ganz kurz vielleicht noch mal was zum Stichwort „ist es denn nun Jugendproblem oder nicht“. Wir sind uns hier ja im wesentlichen allesamt einig, dass es das nicht ist. Es gibt da natürlich eine gewisse Ausnahme. Stichwort „Rassismus oder Rechtsextremismus in der Mitte der Gesellschaft“. Es gibt doch in Jugendeinrichtungen, ganz stark im Bereich der Jugendberufsbildung und im Bereich der Beschäftigungssicherung eine Haltung, die erst mal von Folgendem ausgeht: Wenn die Politik zu blöde war, die NPD zu verbieten, dann ist es eine Partei wie jede andere, und dann lassen wir die auch dementsprechend mit ihren Positionen genauso auftreten und sich äußern und mit Jugendlichen agieren. Und da wird die Sache natürlich zum Jugendproblem, und zwar deswegen, weil da nachgehakt werden muss, dass also derartige Ansätze unterbunden werden müssen bzw. die Auseinandersetzung mit den jeweiligen Mitarbeitern und Pädagogen ganz intensiv geführt werden muss.

Dr. Matthias Franck

Gut, dass wir den Berliner Integrationsbeauftragten, Herrn Piening, da haben. Sie waren gerade nicht ganz mit dem Gesagten einverstanden, knurrten ein bisschen leise und schüttelten den Kopf anfangs. Ich bitte Sie, uns die Inhalte der nonverbalen Kommunikation jetzt mitzuteilen.

Günter Piening

Es sind viele Stichworte gefallen: Aufmerksamkeit, Differenzierung, genau hinschauen. Alles das macht die Erfolgsgeschichte der lokalen Aktionspläne aus. Diese Haltungen finden sich im Alltag der Berlinerinnen und Berliner häufiger als früher. Das ist auch eine positive Folge des Aufstands der Anständigen, als die Bürgerinnen und Bürger nach den großen Demonstrationen gesagt haben, eine Demonstration reicht uns nicht, wir müssen ran an den Alltag, an die Milieus. Natürlich stimme ich zu, dass wir Gesicht zeigen müssen; aber ich bin jetzt doch überrascht, dass plötzlich eine Gegendemonstration zum 8. Mai der zentrale Ansatzpunkt zur Bekämpfung von Rechtsextremismus sein soll. Das ist es für mich nicht. Selbstverständlich bin ich froh, wenn an der Bornholmer Brücke gegen den Aufmarsch der Nazi ein Zeichen gesetzt wird, und ich freue mich, dass Herr Zeller dabei ist. Aber das wird letztlich die betroffene Alltagsarbeit in Neukölln, in Köpenick oder wo immer nicht tangieren. Deswegen bin ich jetzt überrascht, dass die 8. Mai - Demonstration in den Vordergrund gestellt wird. Denn nach wie vor ist für mich entscheidend, dass Gesicht im normalen Alltag gezeigt wird. Den Handlungsschwerpunkt sollten wir also nicht auf die große Straße legen. Deswegen glaube ich nach wie vor, dass der Ansatz der Aktionspläne richtig ist: in die Nähe der Menschen und die Bezirke gehen – dort, wo die Probleme sind. Das ist das eine.

Zweitens: Ich finde richtig, was Frank Jansen sagte. Berlin ist nicht die Hauptstadt des deutschen Rechtsextremismus, aber wir haben als deutsche Hauptstadt viele Symbole, die für die Rechtsextremen hochinteressant sind, und wir bekommen mit dem Holocaust - Denkmal ein großes neues dazu. Sicherlich ist es eine gesamtstädtische Aufgabe, darüber nachzudenken: Bürger schützt eure Anlagen. Das ist eine große Aufgabe. Ich möchte auch nicht, dass wir alle zwei Monate einen großen Kampf ums Brandenburger Tor haben. Da müssen wir uns etwas überlegen. Aber auch da ist die Rechtsstaatlichkeit besser als Sie es zugespitzt haben. Wir haben die Demo an der Bornholmer Brücke nicht verdrängt in die Außenbezirke, sondern sie ist vom Innensenator verboten worden. Zum ersten Mal seit langem ist wieder eine Demo verboten worden, weil gesagt worden ist, dass volksverhetzende Plakate gezeigt werden und dass das ein Straftatbestand ist. Das zeigt, wir sind durchaus wehrhaft.

Zusammenfassend: Alles, was Sie gesagt haben, ist m.E. ein wichtiger Hinweis dafür, dass wir mit den lokalen Aktionsprogrammen auf dem richtigen Weg sind, weil wir rankommen an die Leute, weil wir diese tiefen sozialen und bürgerschaftlichen Desintegrationsprozesse, die Herr Heitmeyer in ihrer Vieldimensionalität dargestellt hat, nicht abstrakt auf der Straße bekämpfen können. Wir müssen überlegen, wie wir mit solchen Entwicklungen umgehen. Wir können diese nur dort bekämpfen, wo die Bürgerinnen und Bürger sind, und das ist nun mal in den Bezirken. Lassen Sie uns gemeinsam darüber reden, was wir am 8. Mai 2005 machen. Aber dieses jetzt zum zentralen Schritt in der Bekämpfung von demokratiefeindlichen Entwicklungen zu machen, halte ich für eine Kehrtwende, die ich gerade nach den Debatten um den Aufstand der Anständigen nicht unterstützen kann.

Dr. Matthias Franck

Der Frank Jansen hat uns ja den 8. Mai eingebrockt – das muss man so sagen - und ist dann gegangen. Frau Koch-Laugwitz, Sie werden den Herrn Jansen morgen bitte anrufen und ihm Bescheid sagen, was der Herr Piening gesagt hat..

Wir sind jetzt eigentlich offiziell am Ende, aber wir haben ja drei Bürgermeister da, ein wunderbares Triumvirat finde ich, und deswegen sollen die jetzt das letzte Wort bekommen – und zwar in umgekehrter Reihenfolge und mit einer kleinen Bemerkung, weil sie heute Morgen nicht da waren, quasi zur Strafe. Herr Heitmeyer hat gesagt, es sei – jetzt werden wir ganz ernst wieder – auch ein Anerkennungsproblem, das die Leute haben. Und Hans - Joachim Maatz, den ich allen empfehle, wer den noch nicht kennt, er ist ein Psychoanalytiker aus Halle und hat Anfang der 90er Jahre ein Buch geschrieben, das hieß Gefühlsstau.

Er hat aber 1999 einen neuen Aufsatz geschrieben, aus dem ich hier zitiere, in dem er sagt, dass viele Ostdeutsche auch zusätzlich eine Kränkung empfinden, weil sie sich nicht so anerkannt fühlen als Deutsche und daraus resultiere u.a. Gewalt – so sagt der Psychoanalytiker – und auch rechtes Gedankengut. Das können sie nachlesen, genauer als ich es jetzt in dieser Verkürzung sage. Jetzt aber noch mal zu Ihnen, was sie gelesen, was sie jetzt gehört haben, wie wollen sie weitermachen, was sind ihre Pläne in diesem Zusammenhang? Bitte in der Reihenfolge: Herr Kleinert, dann Herr Ulbricht und dann Herr Zeller mit dem Schlusswort:

Burkhard Kleinert

Also bei uns gibt es recht konkrete Vorstellungen. Ich hatte ja vorhin schon gesagt, dass wir eine Zielvereinbarung abgeschlossen haben zur Umsetzung dieses lokalen Aktionsplanes, die hat eine Laufzeit von einem Jahr. Wir sind jetzt fast am Ende des Jahres und wir sind gegenwärtig dabei, auch in Betrachtung der Ergebnisse dieses ersten Jahres, darüber nachzudenken, diese Zielvereinbarung für ein weiteres Jahr zu verlängern. Ich denke, das werden wir dranbleiben, weil noch Vieles zu tun verbleibt.

Dr. Matthias Franck

Bitte Herr Ulbricht.

Dr. Klaus Ulbricht

Dass man öffentlich Flagge zeigen muss, ist, glaube ich, unstrittig. Das Eine zu tun und das Andere nicht zu lassen, ist, glaube ich, das Thema. Ich meine, dass es wichtig ist, an der Stelle, und das haben wir uns vorgenommen, weiterzuarbeiten, etwas in der Gesellschaft zu tun und nicht nur gegen eine kleine Gruppierung vorzugehen. Da sind solche Projekte, wie vom Zentrum für Demokratie die Bildungsbörse „Demokratie lernen“, wo unterschiedliche Projekte vorgestellt werden, aber eben nicht nur aus Schule, sondern auch aus der Seniorenfreizeitstätte wichtig: „Wie kann ich demokratische Prozesse lernen, verstehen und mich auch entsprechend verhalten“. Es gibt auch von unserem Zentrum für Demokratie ein Projekt – ich sage mal – Argumentationsmaterial gegen Rechtsextremismus, zugeschnitten auf die bezirkliche Ebene. Wie kann ich dem Argument begegnen: Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg. Wie sieht es in unserem Bezirk aus, wie kann ich das heruntergebrochen dann den Menschen, die – jetzt sage ich mal – Multiplikatoren sind, auch an die Hand geben. Solche Dinge halte ich für sehr wichtig. Ich will an dieser Stelle noch eine These aufstellen, die vielleicht ein bisschen provokativ klingt, aber ich meine, man kann unsere Gesellschaft nicht allein mit dem Feindbild Rechts-Extremismus entwickeln, sondern wir haben in der Mehrheitsgesellschaft Konflikte, die sich verstärkt haben und die letzten Endes – na sagen wir mal – zur Bereitschaft, der Demokratie den Rücken zu kehren, geführt haben. Der Hauptkonflikt ist natürlich zwischen denen, die Arbeit haben und denen, die keine haben, zwischen denen, die einen Ausbildungsplatz haben und denen, die keinen haben. Insofern ist das Thema, das sie vorhin angesprochen haben, aus meiner Sicht ein ganz zentrales, nämlich die Unternehmerinnen und Unternehmer an dieser Stelle stärker zu sensibilisieren, erstens natürlich auszubilden, völlig klar, zweitens sich bei dem Thema Schwarzarbeit genau zu überlegen, was sie denn eigentlich für gesellschaftliche Dimensionen damit berühren und drittens natürlich das Thema Wirtschaftsentwicklung überhaupt, das ganz grundsätzlich ist. Ich meine, dass das Thema größer ist als wir es häufig meinen, dass es sei. Danke.

Joachim Zeller

Wir haben ja bisweilen immer noch Kenntnis- und Erkenntnisprobleme und ich glaube, da müssen wir gegen vorgehen und vor allen Dingen müssen wir den Dingen auch tabulos ins Auge schauen, so wie sie sind. Wir müssen den Unternehmern sagen, sie sollen Ausbildungsplätze schaffen bzw. Arbeitsplätze schaffen, das ist ein guter Appell, aber wir wissen ganz genau, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen z.Z. so sind, dass eher weitere Arbeitsplätze abgebaut werden als dass aufgebaut wird. Und wenn ich das bei mir im Bezirk sehe, bei 320.000 Einwohnern leben 80.000 von Transfermitteln. Sei es klassisch Sozialhilfe, sei es Arbeitslosenhilfe, sei es Arbeitslosengeld, ab 1. Januar aufgrund der neuen Gesetzgebung Hartz IV bzw. SGB XII, dann wird sich das Ganze nicht zum Positiven verändern. Und wir müssen sehen und aufpassen, dass Demokratie nicht verstanden wird als ein Phänomen einer Wohlstandsgesellschaft, sondern dass wir gerade auch auf diese sozialen Herausforderungen reagieren. Wir spüren das ja dann auch im Bezirk, dass es neben der sozialen Differenzierung auch schnell zur ethnischen Differenzierung kommt, die Segregationsprozesse nehmen zu, das müssen wir erst mal alles wissen, und auch was dann, insbesondere bei einem Anteil von 90.000 Menschen im Bezirk ohne deutschen Pass, dort an Selbstorganisation in den einzelnen Milieus stattfindet. Das ist ja bisher von uns weitestgehend unbeobachtet geblieben. Wir haben 22 Moscheevereine. Wer weiß denn, was die einzelnen Moscheevereine bei uns machen? Die machen natürlich eine große Arbeit unter den Menschen, die zu ihnen kommen, das reicht von der soziokulturellen Betreuung bis hin dazu, dass auch dem religiösen Bedürfnis dort etwas entgegengebracht wird. Aber nicht unbedingt nur diese Dinge sind von Bedeutung, sondern dort werden ganz neue Strukturen aufgebaut, und da dürfen wir nicht mehr wegsehen, da müssen wir hingehen und auch mit den Menschen vor Ort reden, insbesondere mit denen, die dort auch Verantwortung tragen und sie an ihre Verantwortung fürs Gemeinwesen mahnen, da sie ja auf Dauer, so ist jedenfalls das Echo, was ich erfahre, - und ich habe bisher alle meine 22 Moscheevereine besucht - hier bleiben wollen. Und wenn sie dauerhaft hier bleiben wollen, dann haben sie auch Verantwortung fürs Gemeinwesen insgesamt und dementsprechend auch nicht nur für die Jugend, sondern für Menschen aller Generationen. Und, was wir machen müssen, ist, integrative Angebote schaffen von der Jugendbetreuung bis zur Seniorenbetreuung und wir dürfen hier nicht die Ausdifferenzierung weiterhin gelten lassen, sondern müssen zusammenführen. In einer Seniorenfreizeitstätte zwischen Gesundbrunnen und Moabit sieht es dann so aus: Am Montag sind die Deutschstämmigen da, am Dienstag die Türkischstämmigen, am Mittwoch die Arabischstämmigen. Ich habe gefragt, was soll der Blödsinn? Warum macht ihr nicht gemeinsam etwas? Und da müssen wir beginnen. Leichter wäre es natürlich, wenn der Faktor Arbeit als Integrationsfaktor zur Verfügung stände, er tut es aber nicht und deswegen müssen wir ausweichen auf Bildungsangebote, auf Formen der Begegnung, auf gemeinsame Aktionen im Rahmen des Quartiersmanagements, das eingerichtet wurde, das weg muss von Wohnumfeldverbesserung, hin eben zu einer stärkeren soziokulturellen Arbeit. Da sind wir derzeit gerade dabei. Das denke ich, ist das Wichtigste. Dort wo die Menschen zusammenkommen, miteinander reden, dort können auch Vorbehalte gegeneinander am besten abgebaut werden. Das ist die Herausforderung, die vor uns steht und natürlich gehört dazu die Kenntnis der Dinge. Deswegen war die Analyse wichtig, aber nun gilt es, gemeinsam den Kopf anzustrengen, wie wir das, was uns die Analyse an Zuständen beschrieben hat, wie wir dies angehen können. Ich sage nicht, dass ich da schon die Weisheit mit Löffeln gefressen habe, aber es gibt viele, die da mehr wissen als ich und die sind herzlich eingeladen, daran mitzutun.

Dr. Matthias Franck

Meine Damen und Herren, vielen Dank Ihnen hier in dieser großen Runde, die ich ein bisschen dressieren durfte. Ich danke ihnen für die Aufmerksamkeit, für die Anwesenheit den ganzen Tag. Wir danken der Friedrich - Ebert - Stiftung und insbesondere Frau Koch - Laugwitz.

Meine Damen und Herren, es war schön, dass Sie da waren. Der letzte Wortmelder: Schnappen Sie sich alle drei Bürgermeister beim Hinausgehen, die kommen bei ihnen vorbei, sie nehmen nicht den Notausgang, sie gehen aber auch nicht über Los und den Rest kennen Sie. Kommen Sie gut nach Hause. Schönen Abend.

Autorinnen und Autoren

Sabine Behn, geb. 1960, ist seit 1997 bei der Camino gGmbH tätig und seit 2001 geschäftsführende Gesellschafterin von Camino. Sie ist für die Bereiche Gewalt- und Kriminalitätsprävention sowie Jugend / Jugend(sozial)arbeit verantwortlich. Vor ihrem Eintritt bei Camino hat Sabine Behn als wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Informations-, Forschungs- und Fortbildungsdienst Jugendgewaltprävention (IFFJ), einer Einrichtung im Rahmen des Bundesaktionsprogramms gegen Aggression und Gewalt (AgAG), gearbeitet. Inhaltliche Arbeitsschwerpunkte: Kommunale und stadtteilorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention, Konfliktschlichtungsmodelle an Schulen und anderen Einrichtungen, Strategien gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Camino
Scharnhorststr. 5
10115 Berlin
Tel.: 030 / 7862984
e-mail: sabinebehn@camino-werkstatt.de
Internet: www.camino-werkstatt.de

Dierk Borstel ist Diplompolitologe und seit 1997 Mitarbeiter im Zentrum Demokratische Kultur.

Zentrum Demokratische Kultur
Mühlenstr. 47
13187 Berlin
Tel.: 030 / 24045 320
Fax: 030 / 240453 309
e-mail: dierk.borstel@zdk-berlin.de
Internet: www.zentrum-demokratische-kultur.de

Carl Chung ist Diplom-Politologe und Projektleiter des MBT „Ostkreuz“ der Stiftung SPI.

Stiftung SPI
MBT „Ostkreuz - Netzwerke gegen Rechts“
Schönhauser Allee 73
10437 Berlin
Tel.: 030 / 41725628
Fax: 030 / 41725630
e-Mail: ostkreuz@stiftung-spi.de
Internet: www.stiftung-spi.de/ostkreuz

Heide Determann ist Koordinatorin des MBT „Ostkreuz“ der Stiftung SPI.

Stiftung SPI
MBT „Ostkreuz - Netzwerke gegen Rechts“
Schönhauser Allee 73
10437 Berlin
Tel.: 030 / 41725628
Fax: 030 / 41725630
e-Mail: ostkreuz@stiftung-spi.de
Internet: www.stiftung-spi.de/ostkreuz

Dr. Matthias Franck ist freier Journalist, Moderator NDR Hörfunk, Dokumentarfilmer, Autor und Entwickler von Serienformaten für die ARD.

Blücherstr. 38
10961 Berlin
Tel.: 030 / 61 62 77 86
e-mail: out.of.the.blue@t-online.de

Andreas Germershausen ist Referent beim Integrationsbeauftragten des Senats von Berlin (seit 2001). Bis Januar 2005 leitete er dort die Arbeitsgruppe „Antidiskriminierung und Gewaltprävention“; derzeitiger Arbeitsbereich: Grundsatzfragen der Integrationspolitik; frühere Tätigkeiten: Projektleiter von sozialwissenschaftlichen Forschungsvorhaben in Berlin und Südostasien.

Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz
Beauftragter des Senats von Berlin für Integration und Migration
Potsdamer Straße 65
10785 Berlin
Tel.: 030 / 9017 - 2383
Sekretariat des Beauftragten für Integration und Migration
Tel.: 030 / 9017 - 2351
Fax: 030 / 2625407
e-mail: Andreas.Germershausen@AuslB.verwalt-berlin.de
Internet: www.berlin.de/auslb

Thomas Härtel ist Vorsitzender der Landeskommision Berlin gegen Gewalt und Staatssekretär für Bildung, Jugend und Sport in Berlin.

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport
Beuthstr. 6-8
10117 Berlin
Tel.: 030 / 9026 - 7
Internet: www.berlin-gegen-gewalt.de www.senbjjs.de

Prof. Dr. Wilhelm Heitmeyer ist Leiter des Instituts für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung an der Universität Bielefeld.

Universitätsstr. 25
33615 Bielefeld
Tel.: 0521 / 106-3164
Fax: 0521 / 106-6415
e-mail: ikg@uni-bielefeld.de
Internet: www.uni-bielefeld.de/ikg

Frank Jansen

ist seit 1990 Redakteur des Berliner Tagesspiegels und setzt sich seitdem auch mit den Themen „Rechtsextremismus“ und „Rassismus“ auseinander.

e-mail: Frank.Jansen@tagesspiegel.de

Sanem Kleff ist Lehrerin für „Deutsch als Zweitsprache“ in der Sekundarstufe und war ca. fünfzehn Jahre lang Dozentin in der Lehrerfortbildung (LISUM) in den Bereichen Interkulturelle Pädagogik, Deutsch als Zweitsprache, Gewaltprävention, Rechtsextremismus, Islam – Islamismus und Antisemitismus. Sie leitet das Projekt „Schule ohne Rassismus – Schule mit Courage“, dem aktuell bundesweit 237 Schulen angehören.

SOR-SMC

Ahornstraße 5

10787 Berlin

Tel.: 030 / 2145860

e-mail: Kleff@gew-berlin.de

Burkhard Kleinert ist Bezirksbürgermeister von Pankow und Leiter der Abteilung Finanzen, Personal und Verwaltung

Dienstsitz: Rathaus Pankow Breite Str. 24A - 26

13187 Berlin

Tel.: 030 / 90295-2300

Fax: 030 / 90295-2230

e-mail: burkhard.kleinert@ba-pankow.verwalt-berlin.de

Internet über: www.berlin.de

Bianca Klose ist Geschäftsführerin des Vereins für Demokratische Kultur in Berlin (VDK) e.V. und seit Juli 2001 Leiterin des Projektes „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin“ (MBR). Sie ist für die Projektkoordination und Öffentlichkeitsarbeit der MBR zuständig und trat in diesem Zusammenhang bei zahlreichen Fachtagungen, in landes- und kommunalpolitischen Gremien sowie den unterschiedlichsten Medien als Expertin für die Themenfelder „Rechtsextremismus in Berlin – Strukturen, Strategien, Erscheinungsformen“ und „Handlungsstrategien im Umgang mit Rechtsextremismus“ auf. Ihr Beratungsschwerpunkt liegt derzeit im Bezirk Treptow - Köpenick. Dort begleitet sie u.a. die Umsetzung der Kommunalanalyse und entwickelt Qualitätskriterien in der Jugendarbeit mit rechtsextrem - orientierten Jugendlichen sowie Handlungsstrategien für den Umgang mit so genannten „Angstzonen“.

Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Berlin (MBR)

Chausseestraße 29

10115 Berlin

Tel.: 030 / 240 45 - 430

Fax: 030 / 240 45 - 319

e-mail: bianca.klose@mbr-berlin.de

Internet: www.mbr-berlin.de

Günter Piening ist Beauftragter für Integration und Migration in Berlin.

Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin

Tel.: 030 / 9017-2351

Fax: 030 / 262 54 07

e-Mail: Integrationsbeauftragter@auslb.verwalt-berlin.de

Internet: <http://www.berlin.de/auslb>

Prof. Dr. Birgit Rommelspacher, Jg. 1945 ist Professorin für Psychologie mit dem Schwerpunkt Interkulturalität und Geschlechterstudien an der Alice Salomon Hochschule Berlin. Zahlreiche Veröffentlichungen u.a: Dominanzkultur. Texte zu Fremdheit und Macht. Berlin: 1995; Anerkennung und Ausgrenzung. Deutschland als multikulturelle Gesellschaft. Frankfurt/Main: Campus 2002.

Fritschestr. 74
10585 Berlin
Tel.: 030 / 3420757
e-mail: rommelspacher@de.inter.net
Internet: www.birgit-rommelspacher.de

Michael Rump - Räuber, Historiker und Lehrer, ist Projektleiter im Landesinstitut für Schule und Medien in Berlin im Bereich Demokratieerziehung, Antisemitismus und Rechtsextremismus.

Berliner Landesinstitut für Schule und Medien (LISUM)
Alt - Friedrichsfelde 60
10315 Berlin
Tel.: 030 / 9021 2916
Mobil: 0171 7421679
Fax: 030 / 8228931
e-mail: raeuberum@aol.com
Internet: www.lisum.de

Ingo Siebert ist Diplom - Sozialpädagoge (FH) und Diplom - Sozialwissenschaftler. Langjährige Tätigkeit in der Jugend- und Erwachsenenbildung, Forschungstätigkeit im Arbeitsbereich Stadt- und Regionalsoziologie am Institut für Sozialwissenschaften der HU - Berlin. Lehrbeauftragter an der Humboldt - Universität und der Fachhochschule Potsdam. Seit 2001 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Camino - Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH; thematische Schwerpunkte: Soziale Quartiers- & Stadtentwicklung, Jugendhilfe, Strategien gegen Rechtsradikalismus, Anti - Diskriminierung / Diversity & Gender Mainstreaming.

Camino
Werkstatt für Fortbildung, Praxisbegleitung und Forschung im sozialen Bereich gGmbH
Büro Berlin
Scharnhorststraße 5
10115 Berlin
Tel.: 030 / 786 29 84
Fax: 030 / 785 00 91
e-mail: ingosiebert@camino-werkstatt.de
Internet: www.camino-werkstatt.de

Dr. Klaus Ulbricht ist Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung Personal, Verwaltung, Finanzen und Wirtschaft in Treptow - Köpenick.

Dienstszitz: Rathaus Köpenick
Alt - Köpenick 21
12555 Berlin
Tel.: 030 / 6172 -2300
Fax: 030 / 6172 -2401
e-mail: dr.klaus.ulbricht@ba-tk.verwalt-berlin.de
Internet über: www.berlin.de

Joachim Zeller ist Bezirksbürgermeister und Leiter der Abteilung Personal, Bürgerdienste und Wohnen in Mitte

Tel.: 030 / 2009 3 2200

Fax: 030 / 2009 3 2101

e-mail: mitte.joachimzeller@berlin.de

Postanschrift des Bezirksamts:

Bezirksamt Mitte von Berlin

13341 Berlin

Internet über: www.berlin.de

GEWALT
BERLIN GEGEN
GEWALT

Landeskommission Berlin gegen Gewalt
Beuthstraße 6-8, 10117 Berlin
Telefon 90 26-52 53 Fax 90 26-50 03

Bestellcoupon

Veröffentlichungen der Landeskommission Berlin gegen Gewalt
(Bestellung nur schriftlich unter Beifügung der Briefmarken.
Bei gleichzeitiger Bestellung mehrerer mit Briefmarken zu entgeltenden Veröffentlichungen sind nur einmalig 1,44 € in Briefmarken beizufügen.)

- Adressen gegen Gewalt, 2004 (1,44 € in Briefmarken)
- „Trainingsangebote zur Gewaltprävention - ein Wegweiser“, 2002

- Graffiti - wo liegen die Möglichkeiten und Risiken der Prävention? (1,44 € in Briefmarken)
 Dokumentation einer Fachtagung vom 8. Dezember 1995
- Der Berliner „Aktionsplan Graffiti“ (1,44 € in Briefmarken)
 Ein zuständigkeitübergreifendes Präventionsmodell, 1995
- Berliner Modell: Kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention, 1996 (1,44 € in Briefmarken)
- Aktionsplan Graffiti - Fortschreibung, 1997 (1,44 € in Briefmarken)
- Schüler- und Elternbrief Graffiti, 1997 (0,55 € in Briefmarken)
- Aktionsplan Hilfen für wohnungslose Frauen, 1998 (1,44 € in Briefmarken)
- Psychische Krankheit bei wohnungslosen Frauen, 1998 - Ein ergänzender Beitrag zum Aktionsplan Hilfen für wohnungslose Frauen (1,44 € in Briefmarken)
- Antidiskriminierungsregelungen in den Bundesländern, 1998 (1,44 € in Briefmarken)
- Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Berlin, 1999 (1,44 € in Briefmarken)
- Handreichung für Schule und Jugendhilfe zum Umgang mit Schuldistanz, 2003 (1,44 € in Briefmarken)
- Flyer: Elterinformation zum Thema „Schuldistanz“, (0,55 € in Briefmarken)
 Deutsch, Russisch, Türkisch, Arabisch, 2003
- Häusliche Gewalt: Präventive Ansätze auf bezirklicher Ebene - (1,44 € in Briefmarken)
 Projekte, Maßnahmen, Aktivitäten, Initiativen, Strukturen, 2003
- Empfehlungen der von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt (1,44 € in Briefmarken)
 eingesetzten Arbeitsgruppe „Schuldistanz“ zum Umgang mit Schuldistanz, 2004

Berliner Forum Gewaltprävention

- Berliner Forum Gewaltprävention Nr.1, 1999 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Kommunale Prävention in Berlin
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr.2, 2000 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Gewaltprävention in der Schule Teil I
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 3, 2000- „Kriminalität, Gewalt und Gewalterfahrungen von Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft in Berlin“ - Dokumentation eines Erfahrungsaustausches 2000 (1,44 € in Briefmarken)
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 4, 2001 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Gewaltprävention in der Schule Teil 2
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 5, 2001 - Dokumentation des (1,44 € in Briefmarken)
 1. Berliner Präventionstages am 8.11.2000
Schwerpunkte: Kommunale Prävention in Berlin, Schule - Jugend - Gewalt, Beteiligung von Gewerbe und Einzelhandel an der Präventionsarbeit, Beteiligung von Wohnungsbaugesellschaften an der Präventionsarbeit, Beteiligung ethnischer, kultureller und religiöser Minderheiten, Prävention und Polizei, Gewalt gegen Frauen und Mädchen

- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 6, 2001 - Dokumentation der Tagung "Wer ist fremd?" am 6. Juli 2000 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Binationalität
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 7, 2001 - Dokumentation der Tagung „Kooperation von Jugendhilfe, Polizei und Justiz - Projekte und Standpunkte“ am 23. und 24.11.2000 (1,44 € in Briefmarken)
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 8, 2001 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Rechtsextremismus
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 9, 2002 - Dokumentation des 2. Berliner Präventionstages am 10.10.2001 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkte: Männliche Sozialisation und Gewalt, Rechtsextremismus, Beteiligung - Vernetzung und Prävention, Justiz als Partner in der Prävention, Sport und Gewaltprävention, Kooperation von Polizei und Schule
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 10, 2002 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Häusliche Gewalt
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 11, 2003 Dokumentation des 3. Berliner Präventionstages am 14.11.2002 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkte: Gewalt in der Erziehung, Kommunale Gewalt- und Kriminalitätsprävention, Männliche Sozialisation und Gewalt, Soziales Lernen in der Schule, Häusliche Gewalt, Rechtsextremismus, Antiaggressionstraining
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 12, 2003 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Kriminalitätsoffer
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 13, 2003 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter – Eine Elterninformation
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 14, 2004 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Schuldistanz
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 15, 2004 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: 10 Jahre Landeskommision Berlin gegen Gewalt
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 16, 2004 Dokumentation des 4. Berliner Präventionstages am 13.11.03 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkte: Prävention und Wirtschaft, Gewalt in der Erziehung, Ressourcen für die Gewaltprävention, Opfer von Rechtsextremismus, Streitschlichtung im Stadtteil, PiT – Prävention im Team, Jugendrechtshäuser und Rechtspädagogik
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 17, 2004 Dokumentation des Workshops zur Jugenddelinquenz – Entwicklungen und Handlungsstrategien vom 29.04. bis 30.04.2004 (1,44 € in Briefmarken)
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 18, 2004 Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus – Programme, Maßnahmen, Projekte (1,44 € in Briefmarken)
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 19, 2005 Dokumentation der Konferenz der Friedrich - Ebert - Stiftung und der Landeskommision Berlin gegen Gewalt „Erziehen für´s Leben - Eltern in der Verantwortung“ am 30.11.2004 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Elternkurse
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 20, 2005 Dokumentation der Fachtagung „Engagement erwünscht! Konsequenzen aus Berliner Bezirksstudien und Lokalen Aktionsplänen für Demokratie und Toleranz“ am 23. November 2004 in der Friedrich - Ebert - Stiftung (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

Gutachten der Unabhängigen Kommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt in Berlin (veröffentlicht 1994)

Die Gutachten zu verschiedenen Themen der Gewalt- und Kriminalitätsprävention sind bei der Geschäftsstelle der Landeskommission Berlin gegen Gewalt auf Anfrage erhältlich.

Alle Veröffentlichungen der Landeskommission Berlin gegen Gewalt können unter www.berlin-gegen-gewalt.de heruntergeladen werden.